

Heft 98 enthält u.a. folgende Beiträge:

- | | |
|---|---|
| Jock Young: | Soziale Exklusion |
| Uwe H. Bittlingmayer,
Ullrich Bauer und
Holger Ziegler: | Grundlinien einer politischen
Soziologie der Ungleichheit und
Herrschaft |
| Fabian Kessl: | Das wahre Elend?
Zur Rede von der
„neuen Unterschicht“ |
| Alex Klein,
Sandra Landhäußer
und Holger Ziegler: | The Salient Injuries of Class:
Zur Kritik der Kulturalisierung
struktureller Ungleichheit |
| Joachim Weber: | Mäeutisch statt klinisch.
Plädoyer für eine
nicht-klinische Sozialarbeit |
| Arnd Richter: | Politische Bildung und soziale
Kompetenzentwicklung –
ein ambivalentes Verhältnis |



Klassengesellschaft reloaded

Zur Politik der „neuen Unterschicht“



Kleine Verlag



Widersprüche

Herausgegeben vom Sozialistischen Büro

Redaktion: Michael May (Bad Homburg); Christof Beckmann, Fabian Kessl, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Friedel Schütte (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer (Frankfurt); Margret Bülow-Schramm, Frank Düchting, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Kirsten Huckenbeck (Offenbach); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, „Widersprüche“, Holger Adam, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach, Telefon (0 69) 88 50 06, Fax (0 69) 82 11 16, e-mail: widersprueche@gmx.de

Verlag: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld, Telefon (05 21) 1 58 11, Fax (05 21) 14 00 43, e-mail: KV@Kleine-Verlag.de, Webseite: <http://www.kleine-verlag.de>
Extra Webseite *Widersprüche*: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de>

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift *Widersprüche* erscheint viermal jährlich. Die *Widersprüche* können als Einzelhefte oder im Abonnement bezogen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt an den Verlag. Jahresabonnement € 36,00, SFr 62,10; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 23,50, SFr 41,20; Einzelhefte € 11,00, SFr 19,80, jeweils zuzügl. Zustellgebühren. Abbestellungen müssen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements erfolgen, anderenfalls verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Jahr.

Anzeigenannahme, Verwaltung,

Herstellung und Auslieferung: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld

© **Kleine Verlag GmbH:** Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Auch jede weitere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Kopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für unverlangt eingesandtes Material wird keine Gewähr übernommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Widersprüche

***Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen
des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,
nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.***

Niko Diemer (1952–1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift „Widersprüche“. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest). Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

Widersprüche ★

25. Jahrgang, Dezember 2005

*Knochenbrüche
Z'ammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)*

Inhalt

Zu diesem Heft 3

Schwerpunktthema

Klassengesellschaft reloaded

Zur Politik der „neuen Unterschicht“ 3

Jock Young

Soziale Exklusion 7

Uwe H. Bittlingmayer, Ullrich Bauer und Holger Ziegler

Grundlinien einer politischen Soziologie der
Ungleichheit und Herrschaft 13

Fabian Kessl

Das wahre Elend? Zur Rede von der „neuen Unterschicht“ 29

Alex Klein, Sandra Landhäußer und Holger Ziegler

The Salient Injuries of Class:
Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit 45

Forum

Joachim Weber

Mäeutisch statt klinisch.

Plädoyer für eine nicht-klinische Sozialarbeit 75

Arnd Richter

Politische Bildung und soziale Kompetenzentwicklung –

ein ambivalentes Verhältnis 93

Magazin

Rezensionen

Wolfgang Völker

über *Norbert Wohlfahrt und Werner Zühlke:*

Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

Zur politischen Steuerung im Konzern Stadt.

VSA-Verlag, Hamburg, 2005 103

Wolfram Stender

über *Mark Terkessidis: Die Banalität des Rassismus.*

Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive.

transcript-Verlag, Bielefeld, 2004 108

Informationen, Materialien, Termine 112

Bildnachweise

Titelfoto sowie Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

Zu diesem Heft

Christian Pfeiffer, ehemaliger niedersächsischer Justizminister und Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, plädiert als Folge der französischen Jugendrevolten Anfang November 2005 für verstärkte Integrationsanstrengungen auch in der Bundesrepublik. Zwar bestehe keine direkte Gefahr der Revolte, aber dennoch seien Hinweise, wie die neuerlich schlechten Ergebnisse hinsichtlich der Marginalisierung von MigrantInnen und benachteiligten Deutschen im Bildungssystem in der OECD-Studie Pisa alarmierend. Daher müsse „der Satz ‚Jeder ist seines Glückes Schmied‘ wieder Gültigkeit bekommen.“ (süddeutsche.de vom 4. November 2005). Ein entscheidender Integrationsanteil sei in den Schulen zu leisten. Hier könnten andere Anreizsysteme bereit gestellt werden als in den Familien. Dort kämen vor allem „Schüler aus sozial benachteiligten Familien nach Hause und durchleben in Computerspielen erstmal stundenlange Gewaltexzesse. Die Nachmittagskultur der Unterschicht ist geprägt von einem vor sich hin gammeln. Dort gibt es kaum noch Eltern, die dafür sorgen, dass ihre Kinder lesen, einen Sport betreiben, ein Instrument erlernen oder Nachhilfe bekommen. Diese Nachmittagskultur muss durchbrochen werden.“

Welche Deutung auch aus den Jugendrevolten in Frankreich gezogen werden, über eines scheinen sich die KommentatorInnen einig: Was hier sichtbar wird, ist die Gewalt von exkludierten Bevölkerungsgruppen, es handelt sich um einen „Aufstand der Armen“ (Bild vom 7. November 2005). In Frankreich revoltiert demnach die „neue Unterschicht“.

Diese Einschätzung ist bemerkenswert. Denn in den 1980er und 90er Jahren intonierten ModernisierungstheoretikerInnen unter anderem im deutschsprachigen Raum unter dem Dirigat von Ulrich Beck das Lied moderner Gesellschaften als Gesellschaften jenseits von Stand und Klasse. Klassengesellschaftsanalysen wurden daher mit Verweis auf den Grad funktionaler Differenzierung heutiger Gesellschaften als anachronistisch verworfen.

Was nun ein bis zwei Jahrzehnte später überrascht, ist nicht nur ein erneuter Fokus auf jene ‚unten‘ und ‚draußen‘, im ökonomischen, sozialen und moralischen ‚Abseits‘, sondern die Semantik in der dies geschieht: Begriffe von ‚Schicht‘ und ‚Klasse‘ erfahren eine neue, ungeahnte Konjunktur – und dies nicht nur im kleinen Kreis übrig gebliebener marxistischer und weberianischer Sozial-

strukturanalytikerInnen. Der kleine, aber bedeutsame Unterschied besteht allerdings darin, dass sie mit der Vorsilbe ‚Unter-‘ versehen werden, die augenscheinlich den wichtigeren Bestandteil der Rede von einer „neue Unterschicht“ darstellt. Sozial-progressive SozialwissenschaftlerInnen scheinen sich mit konservativen Intellektuellen darüber einig, dass eine solche ‚Unterschicht‘ existiert und eine wesentliche, nicht angemessen berücksichtigte, gesellschaftliche Herausforderung darstellt. Diskutiert wird ‚nur‘ über ihre Form, den Grad ihrer Ausprägung und die notwendigen öffentlichen Reaktionen. So spricht beispielsweise der designierte deutsche Innenminister einer großen Koalition, Wolfgang Schäuble, in der Bild-Zeitung vom 7. November 2005 davon, dass die Verhältnisse in Frankreich zwar anders seien „als bei uns.“ In der Bundesrepublik gäbe es nicht „diese riesigen Hochhaussiedlungen“, wie sie am Rand französischer Großstädte zu finden sind. „Aber auch bei uns entwickeln sich Viertel mit hohem Ausländeranteil, die sich immer mehr von der übrigen Gesellschaft abschotten.“ Heutige Gesellschaften werden auch von Schäuble in einem Zentrum-Peripherie-Modell gedacht: im Kern steht die ‚integrierte‘ bürgerliche Mehrheitsgesellschaft und am Rand verbergen sich in zunehmend eigenen Welten Bevölkerungsgruppen mit einem extrem hohen Erwerbslosen- und Migrationsanteil.

Wie kommt es zum Comeback der Klassengesellschaftsdiagnose?
Und in welcher Weise wird diese vollzogen?

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Diese Fragen haben sich die vier Schwerpunktbeiträge des vorliegenden Heftes gestellt.

Jock Young gibt in seinem Beitrag eine kritische Einführung in die Debatten um ‚soziale Exklusion‘. Mit Blick auf die Blindstellen und Fallstricke dieser Debatten, plädiert Young für einen auf Fragen der Ressourcenverteilung und ‚Citizenship‘ fokussierten Ausschließungsbegriff. In ihrem Ungleichheitstheoretischen Beitrag kritisieren *Uwe Bittlingmayer*, *Ulrich Bauer* und *Holger Ziegler* sowohl die herrschaftsanalytische Abstinenz zeitgenössischer Ungleichheits- und empirischer Bildungsforschung als auch die vorherrschende Dichotomie von linearitäts- und differenzanalytischen Deutungen sozialer Ungleichheit. Im Sinne einer sozialisations- und handlungstheoretischen Fundierung der Klassenmilieutheorie von Michael Vester skizzieren sie Grundlinien einer politischen Soziologie der Ungleichheit und Herrschaft. Mit seiner diskurs-rekonstruktiv orientierten Analyse der öffentlich-medialen Rede von der „neuen Unterschicht“ schließt sich der Beitrag von *Fabian Kessl* solchen klassentheoretischen Einsichten an. Dabei zeigt er die Dominanz einer kulturalistischen Problematisierung von Armut und Marginalität auf, die einen wesentlichen Hintergrund jenes zeitgenössischen ‚bla-

ming the victim' darstellt, das *Alex Klein*, *Sandra Landhäußer* und *Holger Ziegler* in ihrem Beitrag kritisieren. Dabei werden die Thesen einer ‚Kultur der Armut‘ und Entwicklung einer vom ‚Mainstream‘ der Gesellschaft entkoppelten ‚Underclass‘ einer empirischen und machtanalytischen Prüfung unterzogen.

Die Redaktion



Jock Young

Soziale Exklusion¹

Das Problem sozialer Exklusion ist ein zentrales Thema der Europäischen Union, ein Schlüsselbegriff der Politiken von New Labour und auch in Nordamerika finden sich – obwohl der Begriff dort weniger regelmäßig gebraucht wird – Paralleldiskurse in den wesentlichen sozialpolitischen Arenen.

Obwohl soziale Exklusion ein flexibler und eher amorph verwendeter Terminus ist, gibt es Kernelemente, die ihn von vorherigen Begriffen wie etwa Armut und Marginalisierung unterscheiden. Erstens ist es ein multidimensionales Konzept: soziale Exklusion kann ökonomischen, politischen und räumlichen Ausschluss ebenso beinhalten wie einen mangelnden Zugang zu spezifischen Bereichen wie z.B. zu Informationen, medizinischer Versorgung, Wohnraum, Sicherheit etc. Diese Dimensionen werden als zusammenhängend und sich wechselseitig verstärkend betrachtet: Zusammengenommen beinhalten sie den Ausschluss von dem, was als die ‚normalen‘ Bereiche der Teilhabe am Vollbürgerstatus betrachtet wird (vgl. Percy-Smith 2000). Zweitens ist soziale Exklusion ein soziales, kein individuelles Problem. Es steht früheren Vorstellungen der Nachkriegszeit entgegen, die Marginalität als ein Problem isolierter dysfunktionaler Individuen auffassten. Demgegenüber ist soziale Exklusion ein kollektives Phänomen. Hieraus ergibt sich auch ihre Verbindung mit dem Postulat einer Underclass. Das Konzept sozialer Exklusion hat der Tat hat mehr Gemeinsamkeiten mit den gefährlichen Klassen des Viktorianischen Zeitalters als mit den dysfunktionalen Familien des Wohlfahrtsstaates der 1950er und 1960er Jahre.

Ein drittes Element besteht darin, dass solche Exklusionsprozesse umfassende Ursachen aufweisen und kein lokal beschränktes Problem darstellen. Sie sind eine Auswirkung rapider Veränderungen des Arbeitsmarktes, dem Niedergang der verarbeitenden Industrien, dem Aufstieg eines stärker zergliederten Dienstleistungssektors und der Entstehung struktureller Arbeitslosigkeit in bestimmten Gebieten mit einer zerfallenden Industrie. Sie sind daher ein *systematisches* Problem: global in ihren Ursachen; lokal in ihren Auswirkungen.

Viertens transportiert das Konzept sozialer Exklusion den Imperativ der Inklusion; es bringt eine Unzufriedenheit damit zum Ausdruck, dass die Ausgeschlos-

senen außerhalb der Klasse der Bürger stehen und trachtet danach, Möglichkeiten zu eröffnen, sei es durch Veränderungen der Motivation, Leistungsfähigkeit oder der verfügbaren Zugänge für die sozial Ausgeschlossenen.

Gleichwohl finden sich deutlich unterschiedliche und politisch differente Deutungen sozialer Exklusion. Es scheint drei grundlegende Positionen zu geben:

1. findet sich eine Position, die im Wesentlichen den Betroffenen ob ihrer mangelnden Motivation, ihres Selbstausschlusses aus der Gesellschaft als Ganzer die Schuld zuweist. Allerdings wird die ultimative Verantwortung dem Wohlfahrtsstaat angelastet, der als Verursacher eines Zustands der ‚Abhängigkeit‘ betrachtet wird, in dem beispielsweise die Underclass auch dann nicht arbeiten will, wenn Jobs vorhanden sind. Das klassische Beispiel für diese Position ist die Arbeit von Charles Murray (1984).
2. finden sich Erklärungen, die das Problem als eine Art hydraulischen Fehler des Systems interpretieren, Arbeitsplätze bereit zu stellen. Dies führe zu einer Situation ‚sozialer Isolation‘, in der die Menschen zwar nicht ihre Arbeitsmotivation aber, aufgrund mangelnder positiver ‚Role Models‘, ihre Fähigkeit verlieren, Arbeit zu finden. Direkte, beispielsweise rassistische Formen des Ausschlusses werden als Hauptgründe sozialer Exklusion explizit ausgeschlossen. Die klassischen Texte für diese Position sind William Julius Wilsons Arbeiten „The Truly Disadvantaged“ (1987) und „When Work Disappears“ (1996).
3. findet sich schließlich ein Erklärungsstrang, der die aktive gesellschaftliche Aussonderung der Underclass hervorhebt: Durch den Abbau der Industrie, durch die Stigmatisierung der Arbeitslosen und durch das häufig rassistische und vorurteilsgeladene Stereotypieren einer kriminogenen, Drogen konsumierenden Underclass. Die Arbeiten von Foucaultianern wie Nikolas Rose (1999) gehören ebenso in diese Reihe wie der neo-marxistische Ansatz von Christian Parenti (2000) in „Lockdown America“ und die reichhaltigen, kritischen Arbeiten von Zygmunt Bauman (vgl. insbesondere 1998, 2000).

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der ersten Position der Geschmack einer ideologischen Beschuldigung der Armen für ihre Armut anhaftet (vgl. Bauman 2000; Colley/Hodgkinson 2001), während die zweite die aktiven Prozesse der Ausschließung ignoriert, die für spätmoderne Gesellschaften kennzeichnend sind. Darüber hinaus reflektieren die Politiken von Parteien wie etwa New Labour der Tendenz nach eine Fusion der beiden ersten Positionen (vgl. Social Exclusion Unit 1999, 2001; zur Kritik Young/Matthews 2003).

Substanziell ist das Konzept der sozialen Exklusion wegen seines dualistischen Charakters und der Aufgabe der Dimension Klasse kritisiert worden. Eingebettet in den Diskurs über soziale Exklusion ist ein Dualismus, der die Inkludierten über und gegen die Exkludierten stellt. Wesentlich Schwachstellen einer solchen Konzeption bestehen

- ▷ in der Annahme von *Homogenität*. Mit der Kategorie der Ausgeschlossenen wird eine homogene Gruppe von Menschen unterstellt, während sich die sozial Exkludierten in Wirklichkeit aus den Jungen, den Alten, den temporär Armen etc. zusammensetzt (vgl. Gans 1995);
- ▷ in der Annahme *sozialer Immobilität*. Die Unterstellung einer weitgehend statischen Underclass führt in die Irre. Tatsächlich findet sich ein hohes Maß an sozialer Mobilität zwischen den Gruppierungen (vgl. Hills et al. 2002);
- ▷ in der Annahme *lokaler Fixierbarkeit* und einer *gesonderten Moral*. Das Konzept beinhaltet die Vorstellung einer Gruppe ausgestoßener Menschen, die räumlich vom Rest der Gesellschaft abgeschnitten sind und womöglich andere Werte und Motivationen aufweisen. Tatsächlich findet sich eine solche räumliche Segregation nicht (die physische Bewegung in die und aus den Ghettos beispielsweise geschieht regelmäßig) und die Werte werden mit der breiten Gesellschaft geteilt (vgl. Young 1999; Nightingale 1993). Ferner weisen auch die Gebiete selbst eine gemischte Bewohnerschaft auf, von denen viele berufstätig sind (Hagedorn, J. 1991; Newman, K. 1999);
- ▷ in der Form der *Fokussierung von Armut und Deprivation*. Die Vorstellungen einer sozial ausgeschlossenen Underclass vermittelt den falschen Eindruck, eine Mehrzahl sozialer Probleme sei in diesen Gebieten lokalisiert. In Wirklichkeit finden sich Probleme über die ganze Stadt verteilt und die Mehrheit davon findet sich außerhalb der ärmsten Gebiete (vgl. Mooney/Danson 1997). Die Gegenüberstellung von sagen wir mal 20 Prozent Ausgeschlossenen von einer breiten Gesellschaft der Inkludierten unterschätzt die ökonomischen und sozialen Probleme der letztgenannten in einer massiven Weise. Es wird unterstellt dass die Inkludierten nicht mit den Problemen einer Klassengesellschaft konfrontiert wären – dass, wenn sie nur den Übergang von den Zonen der Exklusion in die inklusive Welt der Majoritätsgesellschaft schafften, auch der Rest ihrer Probleme verschwinden würde. Vor allem aber lässt sich argumentieren, dass die Vorstellung sozialer Exklusion impliziert, das Problem sei eine fehlgeschlagene Integration im Sinne Durkheims, und keines, das ein sozialistischer Ansatz als Klassenproblem identifizieren würde. D.h. Globalisierung wird als ein Phänomen gedeutet, das zu Problemen sozialer Kohäsion – mit Blick auf jene, die im Wandlungsprozess zurückgeblieben sind – führe, nicht aber als ein Problem der Verschärfung existierender Klassenspaltungen (vgl. Levitas 1996).

In diesem Sinne argumentiert John Anderson, dass eine solche Idee sozialer Exklusion eine tief greifende konzeptionelle Transformation beinhaltet: „eine Verschiebung des Fokus des Armuts- und Ungleichheitsdiskurses von einer vertikalen zu einer horizontalen Perspektive. Dieser Perspektivwechsel lässt sich in gewisser Weise auch als eine Verschiebung beschreiben von marxistischen und weberianischen Traditionen der Klassen- und Statusanalyse zu einem ‚Anomie-Integration‘ Diskurs in der Tradition Durkheims“ (Anderson 1999: 129).

Diese weitgehend akzeptierte Behauptung ist mit Blick auf zwei Aspekte unzutreffend. Erstens wird das Ausmaß überzeichnet, in dem klassenorientierte, redistributive Ansätze in politischen Strategiepapieren fehlen. So zählen beispielsweise sowohl das schottische Strategiepapier „Three Nations“ (vgl. Scottish Council Foundation 1998), als auch das Programm „English Preventing Social Exclusion“ (vgl. Social Exclusion Unit 2001) die Reduktion von Einkommensungleichheit und Kinderarmut zu ihren angestrebten Zielen und betonen die Wichtigkeit von ‚Working Family Credits‘ und Mindestlöhnen. Ferner ist es unklug, die Sorge um Integration und den Bürgerstatus zurückzuweisen. Diese haben die Basis für die französischen Politikstrategien sozialer Inklusion gebildet (vgl. Pitts 2003) und sie lassen sich direkt darauf richten, Probleme des Rassismus und der Erzeugung von ‚Andersartigkeit‘ ebenso anzugehen, wie die aktiven Formen sozialer Ausschließung, die sich sowohl in der Zivilgesellschaft als auch im System der Strafjustiz finden und die – wie bereits ausgeführt – in der Mehrheit der Annahmen über sozialen Ausschluss vernachlässigt werden. Notwendig sind daher Politiken die *beides* in den Blick nehmen: die Probleme des ökonomischen Ausschlusses ebenso wie die Prozesse der sozialen und politischen Ausschließung (vgl. Young and Matthews 2003).

Übersetzt von Holger Ziegler

Anmerkung

- 1 Der Text ist im englischen Original unter dem Titel ‚Social Exclusion‘ 2003 verfasst und im Internet (<http://www.malcolmread.co.uk/JockYoung>) veröffentlicht worden.

Literatur

- Andersen, J. 1999: Social and System Integration and the Underclass. In Gough, I./Olofsson, G. (eds): Capitalism and Social Cohesion. New York: Palgrave
- Bauman, Z. 1998: Work, Consumerism and the New Poor. Buckingham: Open University Press
- Bauman, Z. 2000: Social uses of Law and Order. In: Garland, D./Sparks, R. (eds) Criminology and Social Theory. Oxford: Oxford University Press
- Byrne, D. 1999: Social Exclusion. Buckingham: Open University Press
- Colley, H./Hodgkinson, P. 2001: Problems with „Bridging the Gap“: the Reversal of Structure and Agency in Addressing Social Exclusion. In: Critical Social Policy, 21(3), pp. 335–59
- Gans, H. 1995: The War Against the Poor. New York: Basic Books
- Hagedorn, J. 1991: Gangs, Neighborhoods and Public Policy. In: Social Problems, 38(4), pp. 429–42

- Hills, J./LeGrand, J./Pichaud, D. (eds) 2002: *Understanding Social Exclusion*. Oxford: Oxford University Press
- Levitas, R. 1996: *The Concept of Social Exclusion and the New Durkheimian Hegemony*. In: *Critical Social Policy*, 16(46), pp. 5–20
- Mooney, G./Danson, M. (1997): *Beyond Culture City: Glasgow as a Dual City*. In: Jewson, N./MacGregor, S. (eds): *Transforming Cities*. London: Routledge
- Murray, C. 1984: *Losing Ground*. New York: Basic Books
- Newman, K. 1999: *No Shame in My Game*. New York: Knopf
- Nightingale, C. 1993: *On the Edge*. New York: Basic Books
- Parenti, C. 2000: *Lockdown America*. London: Verso
- Percy-Smith, J. 2000: *The Contours of Social Exclusion*. In: Percy-Smith, J. (ed): *Policy Responses to Social Exclusion*. Buckingham: Open University Press
- Pitts, J. 2003: *The New Politics of Youth and Crime*. Lyme Regis, Dorset: Russell House
- Rose, N. 1999: *Powers of Freedom: Reframing Political Thought*. Cambridge: Cambridge University Press
- Scottish Council Foundation 1998: *Three Nations*. Edinburgh: SCF Social Exclusion Unit
- 1999: *Bringing Britain Together*. London: The Stationery Office
- Social Exclusion Unit 2001: *Preventing Social Exclusion*. London: The Stationery Office
- Veit-Wilson, J. 1998: *Setting Adequacy Standards*. Bristol: Policy Press
- Wilson, W. J. 1987: *The Truly Disadvantaged*. Chicago: Chicago University Press
- Wilson, W. J. 1996: *When Work Disappears*. New York: Knopf
- Young, J. 1999: *The Exclusive Society*. London: Macmillan
- Young, J. 2001: *Identity, Community and social Exclusion*. In: Matthews, R./Pitts, J. (eds): *Crime, Disorder and Community Safety*. London: Routledge
- Young, J. 2002: *Crime and Social Exclusion*. In Maguire, M./Morgan, R./Reiner, R. (eds): *The Oxford Handbook of Criminology 3rd ed*. Oxford: Oxford University Press
- Young, J. 2003: *Merton with Energy, Katz with Structure*. In: *Theoretical Criminology*, 7 (3) pp. 389–414
- Young, J./Matthews, R. 2003: *‘New Labour, Crime Control and Social Exclusion’ in The New Politics of Crime and Punishment*. Cullompton, Devon: Willan

*Prof. Dr. Jock Young, City University of New York,
John Jay College of Criminal Justice, 899 Tenth Avenue, New York
E-mail: jyoung@jjay.cuny.edu*



Uwe H. Bittlingmayer, Ullrich Bauer und Holger Ziegler¹

Grundlinien einer politischen Soziologie der Ungleichheit und Herrschaft

Im Mainstream der Ungleichheits- wie Bildungsforschung lässt sich gegenwärtig eine erstaunliche „theoretische Ratlosigkeit“ konstatieren. Zwar findet sich das individualisierungstheoretische Paradigma im Rückzug (Eickelpasch 1998) und die deutlichen Polarisierungstendenzen in Gegenwartsgesellschaften werden kaum noch bestritten, aber dies wird nicht von einer Rückkehr zu herrschaftsoziologischen Frage- und Themenstellungen begleitet. Wurden die Befunde zur sozialen Vererbung von Bildungschancen oder zur Herkunftsabhängigkeit sozialen Aufstiegs in den Debatten der 70er Jahre noch unmittelbar mit *gesellschaftskritischen* Argumenten in Verbindung gebracht, benennen gegenwärtige Studien und politische Expertisen zwar durchaus objektive soziale Ungleichheiten (vgl. BMA 2001 und Deutsches PISA-Konsortiums 2001), aber sie verknüpfen diese nicht mit einer ungleichheits- geschweige denn herrschaftskritischen Position. Anders formuliert: Es bereitet dem Mainstream der Forschung kaum Schwierigkeiten, Zusammenhänge zwischen sozialen Klassenpositionen und einer Reihe sozialer ‚Outcomes‘ zu finden, wohl aber die gesellschaftlichen Mechanismen zu bestimmen und zu erklären, die diesen Zusammenhängen zu Grunde liegen: Es bleibt bei einem *bloßen Registrieren statistischer Relationen*.

Demgegenüber richtet sich unser Beitrag auf den Zusammenhang von Milieu- und Bildungsperspektiven und einer politischen Soziologie sozialer Herrschaft, die als ein notwendiges Dach zur Analyse der Verhältnisse sozialer Ungleichheit und institutionell wie klassenkulturell vermittelter Verhältnisse von Bildungsungleichheit fungiert. Hierzu skizzieren wir zunächst die praxeologische Grundlegung einer Milieutheorie, die an Michael Vesters komplexe ungleichheitssoziologische und herrschaftskritische Perspektive anknüpft, diese aber um eine sozialisations- und handlungstheoretische Perspektive ergänzt und damit zugleich jenen Aspekt fokussiert, der auch mit Blick auf die marxistischen Ansätze klassenförmiger Ungleichheit „das schwächste Glied in der Kette“ darstellt (vgl. Lockwood 1981). Im Anschluss an eine Analyse des Verhältnisses von Defizit-

und Differenzmodellen schlagen wir eine politische Soziologie der Milieutheorie vor, die ungleichheits- und bildungssoziologische Perspektiven mit einem herrschaftsanalytischen Zugriff verknüpft.

Der Erklärungsgehalt einer praxeologischen Milieutheorie

Klassenmilieutheoretische Arbeiten beziehen ihren besonderen Reiz aus der Vermittlung vertikaler und horizontaler Dimensionen sozialer Ungleichheit, Praktiken alltäglicher Lebensführung und Mentalitäten mit einem gesellschaftstheoretischen Ansatz, der die sozialen Logiken hinter differentiellen und hierarchischen Praktiken alltäglicher Lebensführung sichtbar macht (Vester et al. 2001). Soziale Milieus werden als Ausdruck sedimentierter Präferenzstrukturen und Handlungsroutinen verstanden, die an der Schnittstelle zwischen der geronnenen Individualgeschichte (Habitus) und der geronnenen Institutionengeschichte (Felder) liegen (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996; Vester 2002). Dabei stellen sie besondere Sozialisationsinstanzen dar, die eigenen Handlungsrationitäten und Anerkennungslogiken folgen (Bauer 2002b).

Eine milieuspezifische Theorieanlage nimmt dabei das in Anerkennungsstrukturen *eingebettete*, d.h. das alltägliche *sozial sinnhafte* Handeln der Akteure als basale Analyseeinheit in den Blick. Ihr grundlegender Gedanke lautet, dass Menschen im Rahmen von Kontextbedingungen, die ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten übersteigen, sowohl routinisiert und vorreflexiv als auch kreativ und spontan handeln. Die Praxis sozialer Akteure wird durch eine nach Milieus differenzierbare Realität vorstrukturiert, die selbst wiederum nicht ohne die andauernden Handlungen sozialer Akteure denkbar ist. Eine solche Milieuperspektive ist zunächst vor allem ein Denkmodus, der das Individuelle konsequent von der gegebenen sozialen Realität her begreift. Die kreativen Potenziale menschlichen Handelns werden als eingebettet in soziale Kontextbedingungen verstanden, in denen sie sich auf je spezifische Weise entfalten: Individuelle Handlungen, Relevanzstrukturen und selbst biografische Entscheidungen werden *aus der Logik des Sozialen* in den Blick genommen. Für ein angemessenes Verständnis der sozialen Logiken alltäglicher Lebensführung, kollektivierbarer Mentalitäten oder Präferenzstrukturen ist die Frage bei welcher Referenzgruppe eine beliebige Handlung Anerkennung und Wertschätzung hervorrufen soll² ebenso zentral wie die Gruppen, die die Funktion der Abgrenzungsfolie übernehmen, zu denen also durch spezifische Verhaltensweisen eine Differenz signalisiert werden soll.

Jenseits der Linearität/Differenz-Dichotomie: Milieus, Sozialisation und Ungleichheit

Eine sozialisations- und handlungstheoretische Bestimmung sozialer Milieus versteht soziale Ungleichheitsstrukturen nicht nur als eindimensionale Hierarchisierung (Bittlingmayer 2006). Neben den im Sinne einer objektivistischen Sichtweise auf soziale Realität abgrenzbaren, ‚objektiven‘ Ungleichheitsrelationen, die sich in Einkommensungleichheiten, ungleichen Bildungschancen und hierarchisierten Berufsprestiges niederschlagen, werden die für ein Verständnis der sozialen Welt gleichermaßen bedeutsamen lebensweltlichen Differenzen der Präferenzstrukturen, Alltagsorganisationen sowie Mentalitäten und Einstellungsmuster der Akteure berücksichtigt.

Die Stärke einer objektivistischen Sichtweise liegt zunächst vor allem darin, die Einflüsse ungleicher Ressourcenausstattungen zur Geltung zu bringen. Entsprechende Studien liefern harte Daten und Befunde für die vertikale Stratifizierung von Gegenwartsgesellschaften nach Klassen, Schichten oder Milieus. Allerdings zeigen sie dann deutliche Schwächen, wenn es um die augenscheinliche Stabilität der Ungleichheitsrelationen und Herkunftsabhängigkeit der Biografien geht. Was z.B. statistisch ausweisbare Armutslagen für die Betroffenen im Alltag bedeuten, welche Stigmatisierungsprozesse damit einhergehen und mit welchen Selbstbeschreibungen sie verknüpft sind, gerät nicht in den Blick. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn stattdessen aus der individuellen Verfügbarkeit über Ressourcen der jeweilige Komplexitätsgrad der Alltagspraktiken, Handlungsstrategien oder Einstellungsformen abgeleitet wird. Menschen, die in Armut ihr Leben verbringen müssen, werden so tendenziell als kaum zurechenbare soziale Akteure konstituiert, denen die Handlungsressourcen fehlen, um überhaupt sozial sinnvolle Aktivitäten zu vollziehen. Die Konsequenz ist eine durch den sozialwissenschaftlichen Blick verdoppelte Stigmatisierung benachteiligter Gruppen, denen die Kapazitäten zur reflexiven Verarbeitung ihrer Lebenswelt – oder Bildungsprozesse – kurzerhand abgesprochen werden.

Objektivistische Ansätze basieren deshalb häufig auf einer Logik der Linearität, die den Komplexitätsgrad alltäglicher Handlungen direkt mit den verfügbaren Handlungsressourcen verknüpft: Je weniger Handlungsressourcen (Verfügbarkeit über ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital) vorhanden sind, so die Formel, desto geringer ist der Grad der Komplexität der Handlungsstrategien, Wertvorstellungen, Einstellungsmuster, Habitusstrukturen usw. Umgekehrt wird unterstellt, dass sich der alltägliche Optionsraum umso mehr auffächert und die reflexiven Abwägungsprozesse im Handeln ebenso wie die Bewusstseinsanteile an den Einstellungsmustern und Habitusstrukturen umso größer sind, je mehr Ressourcen verfügbar sind.

Gerade auch bei der Analyse von Bildungsungleichheiten tendiert eine solche Linearitätslogik dazu eine problematische Defizitperspektive zu produzieren, die aus der relativen Ferne *schulbildungsbezogener* Wissensformen bei bestimmten Gruppen auf eine vollkommene und alles übergreifende Bildungsferne schließt (vgl. Grundmann et al. 2004a, 2006). Sozialen Akteuren aus diesen Gruppen wird abgesprochen über reflexive Handlungskapazitäten oder komplexe Handlungsstrategien zu verfügen. Diese Charakterisierung folgt dem Urteilsspruch der schulischen Bildungsinstitutionen, die über ein Monopol der Bestimmungsmacht darüber verfügen, welche Wissensformen und Alltagspraktiken als Bildung gelten können und welche nicht. Demgegenüber geht es einer milieutheoretische Perspektive darum, nicht-schulbildungskonformes Handeln aus der Handlungslogik milieuspezifisch sedimentierter Relevanzstrukturen heraus zu *verstehen* (vgl. Bourdieu 1997). Die Handlungsstrategien benachteiligter Gruppen werden als ebenso sozial sinnhaft und komplex verstanden wie schulbildungsaspirative Handlungsstrategien.

Die Einsicht, dass die Alltagspraktiken sozialer Akteure nicht von vorneherein in ein hierarchisiertes Raster hineingezwungen werden können, wird insbesondere durch eine eher horizontal ausgerichtete Differenzperspektive hervorgehoben. Auf einer phänomenologischen Ebene wird aus dieser Perspektive etwa eine Unterscheidung in hochkulturelle Praktiken – wie z.B. der Besuch von Theaterveranstaltungen –, denen an sich mehr Würde inhärent ist, gegenüber Freizeitgestaltungen, die – wie z.B. das Lesen von Artromanen, oder der Konsum von Dauerwerbeseindrücken im Fernsehen – der bloßen Unterhaltung dienen, brüchig. Die Exklusivität der ‚hochkulturellen‘ Praxisformen kommt (theoretisch-modellhaft) als besondere soziale Inwertsetzung von Herrschaft in den Blick.

Die Stärke der Differenzlogik besteht also darin, alle sozialen Akteure mit guten Argumenten als gleichermaßen zurechenbare Handlungsträger zu bestimmen, deren alltägliche Lebensführungspraktiken sich prinzipiell nicht im Komplexitätsgrad unterscheiden. Die sensible Nachzeichnung der kreativen Bewältigungsstrategien von Akteuren aus benachteiligten Milieus kann allerdings mit einer Gefahr verbunden sein, die objektiven Verteilungsstrukturen und damit auch Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit aus den Augen zu verlieren, wenn z.B. im Sinne eines *going native*, die Vielfältigkeit auch benachteiligender Lebenswelten zugunsten biografieeinschränkender Momente überbetont werden. Eine solche kulturalistische Verschiebung des analytischen Fokus von Fragen der Ungleichheit auf Fragen der ‚Identität‘– und damit verbunden von Redistributions- zu Anerkennungspolitiken bzw. zu den ‚politics of identity‘ – fügt sich reibungslos in jene neo-liberalen Umgestaltungen ein, die ein ‚autonomen Subjekt‘ zur selbst-verantwortlichen GestalterIn ihrer Lebensführung erheben. Auch ihr ‚Scheitern‘, ihre ökonomische Marginalität und ihre symbolische Subdominanz

erscheinen dann nicht mehr als Effekte ungleicher (Macht-)Verhältnisse, sondern sind den betroffenen AkteurInnen selbst zuzuschreiben (vgl. Crompton/Scott 2005, vgl. Klein/Landhäußer/Ziegler i.d.H.). Ein andere Ausprägung der kulturalistischen Perspektive findet sich, wenn etwa benachteiligte Milieus als Projektionsfläche von SozialwissenschaftlerInnen fungieren, indem sie beispielsweise besondere Formen von nicht-kapitalistischen Authentizitätspotenzialen im Alltag verwirklichen oder eine Hintergrundfolie für kommunitaristische Ideen der Nachbarschaftshilfe bilden sollen. Diese Sichtweise zeigt eine gewisse Verwandtschaft mit den Strategien der Neuen Rechten, die insbesondere in den USA „landauf landab mit der Behauptung hausieren ging [durch] Kürzungen der Sozialhilfe [...] den Armen zu mehr Selbstständigkeit verhelfen [...] Ihr Zauberswort hieß ‚Empowerment‘ [...]“. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass die politische Linke zwar auf strukturelle Aspekte aufmerksam machen konnte, denen Benachteiligte und Marginalisierte ausgesetzt sind, aber ausgerechnet „die Rechte in ihnen aktive Gestalterinnen des eigenen Lebens“ sieht (Stern 1999: 12). Es lässt sich kaum bestreiten, dass genau dieser Aspekt einen Hauptkritikpunkt am eindimensionalen Defizitmodellen markiert. Allerdings wird hier gewissermaßen auch die traditionelle Kehrseite eines eindimensionalen vertikalen Denkens deutlich: Die Verherrlichung nicht verherrlichungswürdiger Verhältnisse.

Bildung, Milieus, Anerkennung und Herrschaft

Sofern sich berechtigt annehmen lässt, dass Lebensrealitäten, lebensweltliche Relevanzsetzungen, Präferenzstrukturen, Einstellungsmuster etc. milieuspezifisch variieren, spricht vieles dafür, dass die allgemeinen Sozialisationsprozesse in den verschiedenen sozialen Milieus unterschiedliche Formen in den Sozialisationsergebnissen hervorbringen (Bauer 2002a, 2002b). Dabei ist der *Sozialisationsprozess* aller sozialen Akteure gleich komplex. Nichtsdestoweniger unterscheiden sich die Nähe oder Distanz zu Aufstiegsaspirationen oder die individuellen Passungsverhältnisse zu den aktuellen institutionellen Anforderungen im Bildungssystem aber – im Sinne von Wahrscheinlichkeiten – nach der Zugehörigkeit zu sozialen Milieus. Einer solchen Perspektive liegt kein reduktionistisches Basis-Überbau-Modell zu Grunde, sondern ein „focus on how cultural processes are embedded within specific kinds of socioeconomic practices [...] and on] the way in which cultural outlooks are implicated in modes of exclusion and/or domination“ (Devine/Savage, 2000: 194 f). Mit diesem Fokus lassen sich insbesondere auch die Zusammenhänge von Bildung, Ungleichheit und Herrschaft in Gegenwartsgesellschaften in den Blick nehmen. Das Bildungsverhalten, argumentiert z.B. Michael Vester (2004: 39) ist „in die gesamte klassenspezifische Lage eingebettet“ und damit von Beginn an mit deutlichen Ungleichheiten *und*

Differenzen verknüpft. Soziale Akteure erwerben *milieuspezifische Handlungsbefähigungen* (Grundmann et al. 2003), die sie mit Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata ausstatten, die ihrem Milieu für den Erwerb von sozialer Anerkennung angemessen sind. So stehen die alltäglichen Wissensstrukturen und Handlungsstrategien der Akteure in den herrschenden Milieus von Beginn in besonderer Weise in einem Passungsverhältnis mit den Erfordernissen der Bildungsinstitutionen. Die Aufnahme eines Hochschulstudiums wird so zur wahrscheinlichen biografischen Option, während *hiervon abweichende* biografische Entwürfe innerhalb ihrer milieuspezifischen Anerkennungsstrukturen *begründungsbedürftig* werden (Schmeiser 2003).

Demgegenüber – aber auch gegenüber den in der Regel ebenfalls vergleichsweise ehrgeizigen und an die Institutionslogiken anschlussfähigen Bildungsaspirationen der Mittelschichtmilieus – befinden sich die über Generationen sedimentierten Handlungsstrategien der Angehörigen schulbildungsferner unterer Milieus häufig in einer Opposition zu den Handlungsanforderungen schulischer Institutionen. Das dominante individualisierungstheoretische Deutungsmuster tendiert dazu, letztere Konstellation vor allem als Produkt biografischer ‚Fehlentscheidungen‘ bzw. ‚Fehlinvestitionen‘ am Bildungsmarkt zu dechiffrieren. Insgesamt liegt der individualisierungstheoretischen Konzeptionalisierung jedenfalls das Modell zu Grunde, dass soziale Akteure in Gegenwartsgesellschaften nicht mehr sozial, sondern direkt systemisch integriert werden (vgl. Beck 1986). Individuen müssen sich auf scheinbar anonymen Bildungsmärkten behaupten und ihr scheinbar je individueller Erfolg sichert ihre Biografie ab. Diese – empirisch weder für den Bildungs- noch für den Arbeitsmarkt haltbare (vgl. Savage/Egerton 1997) – ‚meritokratische‘ Perspektive unterschlägt die besondere Logik des Sozialen und die für soziale Akteure zentralen personalen Anerkennungsformen. Stattdessen wird ein anonymen Markt der Bildung konstruiert, in dem die konkrete institutionelle Bildungsvermittlung erst gar nicht thematisiert wird, die für eine Vielzahl der Herrschaftseffekte verantwortlich ist, die in schulischen Sozialisationsprozessen übertragen werden.

Demgegenüber hat die empirische und theoretische Bildungsforschung eine ganze Reihe *institutioneller Diskriminierungen* (Gomolla/Radtke 2002) herausgestellt. Diese äußern sich nicht nur im unmittelbaren Verhältnis der Akteure zu den Institutionen, sondern z.B. auch darin, dass etwa Gymnasien – forciert durch den aktuellen neoliberalen Umbau schulischer Institutionen – in der Regel wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung haben als Hauptschulen, Sonderschulen, E-Schulen usw., um die man sich besonders kümmern müsste, wenn die Reduktion von Bildungsungleichheiten das primäre Ziel wäre (vgl. hierzu Gomolla/Radtke 2002; Solga/Wagner 2004; Bauer/Bittlingmayer 2005). Dieses Matthäus-Prinzip institutioneller Polarisierung entlang einer rigiden Schulformhierarchie findet sich bereits im Ausbildungssystem von LehrerInnen und Erzie-

herInnen. Auch hier perpetuiert die Struktur des Ausbildungssystems die Einflüsse der sozialen Herkunft: Das pädagogische Personal, das am stärksten kompensatorisch im Vorschulbereich eingreifen könnte, verfügt nicht nur über den niedrigsten Status und die geringste Entlohnung, sondern wird auch ‚nur beruflich‘, aber nicht akademisch ausgebildet. Die bisherige Ausbildung für den Primarstufenbereich ist kürzer und weniger intensiv, als die für darüber liegende Schulformen, obwohl z.B. Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie gerade für ein besonders hohes kompensatorisches Potenzial im frühen Kindesalter sprechen.

Keine Frage der Wahrscheinlichkeit

Die Frage sozialer Ungleichheit im Bildungsbereich wird seit dem PISA-Schock in Deutschland vorrangig im Sinne eines im internationalen Vergleich skandalösen Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen diskutiert. Falls überhaupt, lautet die Konsequenz der offiziellen Bildungspolitik aus diesen und ähnlichen Ergebnissen der empirischen Bildungsforschung vor allem, dass der statistische Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und individuellem Bildungserfolg zu reduzieren und der stabile Konnex zwischen Gruppen von Benachteiligten und intergenerationaler Weitergabe von Bildungsmisserfolg aufzubrechen sei. Eine solche Form der ‚herrschaftskritischen‘ Perspektive auf das Bildungssystem zieht sich also vor allem auf die Wahrscheinlichkeitstheorie zurück und bleibt in normativer Hinsicht gerade damit dem schlechten Status-Quo verhaftet. Der *kompetitive Mechanismus*, der eine ungleiche Verteilung des sozialen Status oder die ungleiche Zuteilung von Lebenschancen und Lebenserwartung³ produziert, wird in der Regel nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern wird gar nicht erst thematisiert. Abgesehen davon, dass bereits die Reduktion statistisch signifikanter Effekte entlang erreichter ungleicher Bildungsabschlüsse gegenwärtig nahezu utopisch scheint, wird in den meisten Arbeiten zur Bildungsungleichheit – ebenso wie in den Stellvertreterdiskursen um eine Ganztagsbetreuung – das aktuelle Bildungshierarchien erzeugende Schulsystem selbst nicht angetastet. Die Perspektive einer Entkopplung von gesellschaftlicher bzw. milieuspezifischer Anerkennung und individueller Arbeitsleistung, Bildungserfolg etc., ist kein Bestandteil des Bildungsdiskurses, auch nicht in den kritischen Beiträgen. Vielmehr werden die empirischen Befunde der Ungleichheits- und Bildungsforschung von grundlegenden Fragen nach sozialer Herrschaft und Gerechtigkeit entkoppelt.

Eine politische Soziologie der Milieutheorie

Der Versuch, Fragen sozialer Ungleichheit und Bildungsgerechtigkeit wieder auf soziale Herrschaft zu beziehen, fällt in den Aufgabenbereich jener Sozialphilosophie, der Max Horkheimer zu Beginn der 30er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts die Aufgabe zugewiesen hat, den „Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, der psychischen Entwicklung der Individuen und den Veränderungen auf den Kulturgebieten im engeren Sinn, zu denen nicht nur die so genannten geistigen Gehalte der Wissenschaft, Kunst und Religion gehören, sondern auch Recht, Sitte, Mode, öffentliche Meinung, Sport, Vergnügungsweisen, Lebensstil usf.“ (Horkheimer 1981 [1931]: 43) zu erforschen. Aus diesem umfassenden Katalog sind drei allgemeine theoretische Elemente ableitbar, die eine politische Soziologie der Milieutheorie umspannen: Gesellschaftstheorie, Klassentheorie und die Analyse der öffentlichen Diskurse im Sinne einer Ideologiekritik.

In den gesellschaftstheoretischen Überlegungen der Milieutheorie wie sie etwa Michael Vester (2002: 63ff.) vorgeschlägt, findet sich in Form der so genannten Achsentheorie eine moderne Variante marxischer Gesellschaftstheorie, mit der die Produktionsverhältnisse bzw. die Herrschaftsdimension auf der einen und die Produktivkräfte bzw. die Dimension der Arbeitsteilung auf der anderen Seite, d.h. die beiden maßgeblichen gesellschaftlichen Strukturierungsgrößen analytisch getrennt werden. Diese zunächst einfache Unterscheidung ist folgenreich. Sie aktualisiert die Einsicht Theodor Adornos, dass fortgeschrittene Industriegesellschaften nach ihrem technischen Stand durchaus die Möglichkeiten hätten, sich vollkommen anders zu strukturieren, dass sich aber der Grad der Herrschaftsausübung im Gegensatz zu diesen Möglichkeiten befindet. Mit fortschreitender Automatisierung der Industriearbeit hat sich dieses Missverhältnis forciert. So wäre eine Möglichkeit, die sich z.B. aus dem abnehmenden Maß an notwendiger Arbeit (technische Entwicklung) ergeben würde, die Senkung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Bevölkerung bzw. eine radikale Arbeitszeitverkürzung (gesellschaftliche Entwicklung). Die aktuellen Entwicklungen einer Verlängerung der durchschnittlichen Arbeitszeiten, der Verdichtung von Lohnarbeit, der Wiederkehr von vormodernen Arbeitsverhältnissen (wie etwa Dienstmädchen oder Heimarbeit) folgen also nicht aus der technischen Entwicklung selbst. Vielmehr sind sie Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen. Allgemein formuliert verdeutlicht die Differenzierung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, dass sich aus technischen Entwicklungen per se keine gesellschaftliche Entwicklungen ableiten lassen (vgl. hierzu die starken und lesenswerten arbeits- und industriesoziologischen Studien: Hack 1988, 1998, 2005). Letztere sind vielmehr immer auf den aktuellen Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Privilegien, Rechte und den Anteil am gesellschaftlichen Reichtum bezogen sind. Die Vorstellung, dass durch eine bestimmte technische Entwicklung – etwa das Inter-

net, das die Globalisierung ermögliche – beliebige Gesellschaften gezwungen werden, soziale Sicherungssysteme zu ändern, steigende Armutsquoten zu akzeptieren, sich in „beschleunigten Konkurrenzkämpfen“ behaupten zu müssen oder Kriege zu führen, ist ein Mythos (Bittlingmayer 2005).

Das zweite Element zur Konkretisierung einer zeitgemäßen Sozialphilosophie liefert die Klassentheorie. Ebenso wenig wie die Technikentwicklung als Determinante gesellschaftlicher Entwicklung betrachtet werden kann, lassen sich Klassenverhältnisse aus der technologischen Entwicklung oder der Entwicklung im für Gegenwartsgesellschaften zentralen Bildungssystem deduzieren. Vielmehr sind klassentheoretische Analysen erforderlich, die interne Dynamiken innerhalb der Klassen als Sozialisationsräume (Klassenkohäsion) ebenso wie das Verhältnis einzelner Klassen zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung (Produktivkräfte, gesellschaftliche Arbeitsteilung, technologische Entwicklung), und der Klassen untereinander (Klassenkampf) im Auge behalten. Die mit der Klassenmilieutheorie entwickelte Sozialtopografie (vgl. Vester et al. 1993, 2001) liefert ein Modell, das diese Aspekte aufnimmt. Die sozialen Milieus haben sich im Verlauf der letzten hundert Jahre zwar ausdifferenziert, aber sich eben keineswegs aufgelöst. Dabei ist nicht zu bestreiten, dass sich soziale Milieus intern wandeln. Ein solcher Wandel vollzieht sich z.B. schon allein dadurch, dass etwa nachwachsende Generationen in Milieus, die traditionell schulbildungsfern sind, über eine verlängerte Schulpflicht gegenüber der Elterngeneration andere Bildungsaspirationen, biografische Hoffnungen und andere Akzeptanzmuster für kulturelles Kapital erwerben. Nichtsdestoweniger wirken Klassenmilieus aber weiterhin als eigenständige Sozialisationsräume, in denen Handlungsdispositionen, Relevanzstrukturen usw. milieuspezifisch ausgebildet werden. Dabei verarbeiten Milieus gesellschaftliche Entwicklungen auf der Basis der ihnen eigenen historisch sedimentierten Handlungsstrategien und Weltwahrnehmungen. Sozialer Wandel stellt sich je nach Milieuzugehörigkeit anders dar, wird mit anderen Handlungsstrategien verbunden und ist mit unterschiedlichen Optionsräumen verknüpft.

Dies gilt auch mit Blick auf eine technologische Entwicklung, die in den letzten dreißig Jahren so rasant vorangeschritten ist, dass die Zeitdiagnose „Wissensgesellschaft“ zum populärsten Gesellschaftslabel avanciert. Im Kontext dieser Zeitdiagnose wird der gesellschaftliche Wandel in der Regel so begriffen, dass einzelne soziale Akteure gezwungen sind, sich nunmehr veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen, während der Wandel selbst als etwas Außersoziales konstruiert wird. Aus der Perspektive einer praxeologischen Milieutheorie stellt sich dieser Zusammenhang jedoch in einem gewissen Sinne genau umgekehrt dar: Nicht ein allgemeiner technologischer Wandel zwingt soziale Milieus, sich – z.B. durch das Ergreifen neuer Berufe – anzupassen. Eine beschleunigte technologische Entwicklung ist zunächst die indirekte Folge der Phase einer umfassenden und bis heute fortwirkenden Bildungsexpansion, die

infolge eines Facharbeitermangels einerseits und der Systemkonkurrenz (West-Ost) andererseits ‚Begabungsreserven‘ aller Milieus an die Bildungsinstitutionen führen sollte und zu einer bedeutsamen Ausdehnung der Akademikerquote in Deutschland geführt hat. Dabei ist eine Reihe neuer Berufe im Dienstleistungsbereich (vor allem produktionsorientierte Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer „New Economy“), nicht zuletzt dadurch entstanden, dass gut ausgebildete soziale Akteure sich neue Berufsfelder gesucht und teilweise selbst erzeugt haben. Durch die der Bildungsexpansion geschuldete Differenzierung und Professionalisierung der Berufe der mittleren respektablen Milieus hat vor allem an diesem Ort „eine Art Kompetenzrevolution stattgefunden“ (Vester 2004: 14). Dennoch sind die sozialen Gruppen „weitgehend in ihren angestammten Berufsfeldern geblieben“, auch wenn sich diese „durch die Wandlungen des Bildungs- und Ausbildungssystems erheblich modernisiert [haben].“ (Vester 2004: 17) Aber durch die modernisierten Lebensformen der Milieus hat sich der „Gegensatz zwischen herrschenden und beherrschten Milieus nicht aufgelöst“ (Vester 2002: 85; i.O. herv.).

Aus einer herrschaftssoziologischen Perspektive, ist dabei bedeutsam, dass der Hinweis auf eine allgemeine Bildungsexpansion und auf eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu ‚Wissensgesellschaften‘ die ungleichen Beteiligungschancen sozialer Akteure und die ungleichen Gestaltungsräume des Wandels der Milieus in zweifacher Weise verwischt. Zum einen hat sich im Verlauf der Bildungsexpansion eine starke soziale Polarisierung des institutionalisierten Kulturkapitals eingestellt, die im Extremfall aus HauptschülerInnen eine stigmatisierte Gruppe produziert (von Schulen für Lernbehinderte ganz zu schweigen) und Klassenschranken neu justiert. Zum anderen stehen im Mittelpunkt solcher Betrachtungen allgemeinen Wandels stets die jüngeren, besser ausgebildeten Kohorten, während etwa die Geburtsjahrgänge um 1950 und darunter, die gewissermaßen vor der „Kompetenzrevolution“ liegen, in der Regel ausgeblendet werden. Im Effekt wird die ungleiche Beteiligung der sozialen Milieus am konstatierten technologischen und gesellschaftlichen Wandel unterschlagen und zugunsten von allgemeinen Phrasen über gestiegene biografische Unsicherheiten ersetzt (klassisch bei Beck 1986).

Das Verhältnis der Klassen untereinander stellt sich auf der Grundlage der Analysen von Vester et al. (2001) so dar, dass sich nach wie vor klare vertikale Klassenschranken erkennen lassen.⁴ „Zunächst bilden die Milieus drei übereinander angeordnete Gruppen, die durch zwei ‚cleavages‘ voneinander gesondert sind. Die drei oberen Milieus [...] heben sich deutlich von den Milieus der Volksklassen unter ihnen ab. Wir sehen hier eine Trennlinie, die gemeinhin als Linie der Distinktion zwischen den feinen und den gewöhnlichen Leuten gilt. Die fünf Milieus der mittleren Volksklassen [...] liegen darunter. Sie sind ihrerseits durch das ‚Traditionslose Arbeitermilieu‘ [...] unterschichtet [...]. [Es bildet; die Verf.]

die Unterklasse im engeren Sinne. Diese ist durch eine unsichtbare Grenzlinie von der respektablen Mitte getrennt, die gemeinhin als Linie der Respektabilität bezeichnet wird.“ (Vester et al. 2001: 245). Dass diese empirisch kaum bestreitbaren Klassenschranken in den aktuellen öffentlichen Auseinandersetzungen so gut wie keine Rolle spielen, verweist nun auf die Ebene der öffentlichen Diskurse, die abschließend in ihrem Verhältnis zu sozialwissenschaftlichen Beschreibungen und Weltdeutungen betrachtet werden sollen.

Die Dominanz des Selbst: Klassenherrschaft und Diskurs

Ein Blick auf die gegenwärtigen Konturen des öffentlichen Repräsentationsraum – wie er sich z.B. in den alltäglichen Talkshows oder in den Statements und Presseerklärungen politischer Akteure manifestiert – vergegenwärtigt die Dominanz von Deutungsmustern aus dem Umfeld der Individualisierungstheorie. Die sozialwissenschaftliche These der generellen individuellen Zurechenbarkeit biografiebestimmender Entscheidungen (z.B. im Feld der Bildung), ist in einer Phase bedeutender allgemeiner Wohlfahrtssteigerungen entwickelt worden und wird auch in Zeiten wiederkehrender Ressourcenknappheit nach wie vor für gültig befunden. Dass es sich dabei um eine im Kontext sozialwissenschaftlicher Theorien geteilte Position handelt, bedeutet nun aber keineswegs, dass es sich dabei um eine neutrale sozialwissenschaftliche Deskription der sozialen Realität handelt. Sie stellt sich vielmehr als ein wichtiger Bestandteil eines augenblicklichen „Klassenkampfes von oben“ (Dangschat 1998) dar. Indem jede individuelle Biografie als selbst gesteuerte Karriere stilisiert (z.B. Kneer 1998) und indem unterschiedslos und undifferenziert auf einen sozialen und technologischen Wandel hingewiesen wird, der für alle sozialen Akteure dieselben Handlungsanforderungen bereithält (z.B. bei Erpenbeck/Heyse 1999; Stehr 2000), werden Deutungsmuster bestimmter Milieus übernommen, unkritisch verallgemeinert und bestehende Klassenschranken unterschlagen (ausführlicher hierzu Bittlingmayer 2005).

Der Umstellung im Raum der öffentlichen Repräsentationen von offensiver Distinktion der herrschenden Milieus zur Betonung des Eigenanteils am biografischen Erfolg korrespondiert ein spezifischer, individualisierungstheoretisch angeleiteter Blick. Dieser ist kein indifferenter, sondern „ein Blick, der herrscht“ (Foucault 1988: 55), der die Wahrnehmung der sozialen Welt vorstrukturiert und vielfältig auf die Selbstbeschreibung der sozialen Akteure rückwirkt. Wenn in Zeiten fortschreitender Sozialdisziplinierung durch politische Programme wie Hartz IV oder die Agenda 2010 im unteren sozialen Raum in der öffentlichen Rhetorik auf Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative umgestellt wird, dann ist das bei gleichzeitig zunehmender Abhängigkeit eines biografischen Erfolges von der milieuspezifischen Herkunft ein Ausdruck symbolischer Herrschaft.

Die Betonung des Selbst als Fixpunkt bildungsvermittelter Herrschaft

Die symbolische Umstellung auf das Selbst und der Erfolg eines individualisierungstheoretischen Blicks ist aus der Perspektive einer praxeologischen Milieutheorie nicht zuletzt Ausdruck eines symbolischen Kampfes innerhalb der herrschenden Milieus selbst, d.h. ihrem Ringen darum, zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Orientierungsfolie zu avancieren und die eigenen milieuspezifischen Praktiken und Deutungsmuster durchzusetzen. „In der gegenwärtigen Elitenkonkurrenz versucht das Milieu [der Liberal-Intellektuellen; Anm. d. Verf.], sich gegen die konservative Beharrung der Milieus zu ihrer Rechten und den postmodernen Avantgardismus der Milieus zu ihrer Linken abzugrenzen. Zugleich versucht es, als Leitmilieu einer Wissensgesellschaft, in der nicht Macht, sondern Kompetenz entscheiden sollte, an Boden zu gewinnen. Allerdings reklamieren die anderen Elitemilieus diese Leitpositionen ebenfalls, und sie haben damit das Liberal-intellektuelle Milieu [...] in die Defensive gedrängt“ (Vester et al. 2001: 38). Die Kämpfe um symbolische Dominanz finden in so fern vor allem zwischen dem konservativ-technokratische Milieu, das die „bestsituierten Teile der gehobenen Selbstständigen, Freiberufler, Wissenschaftler, Manager und leitenden Angestellten“ (Vester et al. 2001: 37) beherbergt und dem postmodernen Milieu, das die ästhetische Avantgarde bildet und vor allem auf den so bezeichneten neuen Berufen der Kultur- und Medienbranche, der kleinen Unternehmen der neuen Technologien und symbolischen Dienstleistungen fußt (vgl. Vester et al. 2001: 39). Besonders in diesem entradikalisierten, früher als *alternativ* bezeichneten Milieu herrscht die typische Semantik des *Selbst* vor, die von dieser spezifischen Position im sozialen Raum aus Einfluss auf die Selbstbeschreibungen der anderen Milieus nimmt. Mit Vester et al. (2001: 39) lässt sich nun davon sprechen, dass sich im Laufe der letzten 15 Jahre eine „neoliberal orientierte Koalition“ (Vester et al. 2001: 39) zwischen dem konservativ-technokratischen und dem postmodernen Milieu herausgebildet hat, die für die symbolische Dominanz einer wissenschaftlichen Orientierungsfolie bestimmend ist.

Ein zweiter Verursachungskomplex für den gewandelten Deutungshorizonte besteht in der Übernahme dieser Weltdeutung durch modernisierte Mittelschichtmilieus. Der Hinweis auf die besondere Koalition innerhalb der herrschenden Milieus reicht alleine nicht aus, um die gegenwärtige diskursive Alternativlosigkeit des „selbstbezüglichen Deutungshorizonts“ zu erklären. Erst das Aufgreifen dieser – vor allem aus den sechziger und 70er Jahre stammenden, einst emanzipative Inhalte transportierenden – Orientierungsfolie durch diejenigen Fraktionen der modernisierten Mittelschichtmilieus, die als Gewinner der Bildungsexpansion bezeichnet werden können und die vorrangig im Modernen

Arbeitsnehmermilieu und im Modernen Bürgerlichen Milieu beheimatet sind, produziert aus einer symbolischen Elitenkonkurrenz einen gesamtgesellschaftlichen Blick. Die Naturalisierung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse ist ebenso integraler Bestandteil dieses Blicks wie die Betonung des gesellschaftlichen Wandels hin zur „globalisierten Wissensgesellschaft“ mit all ihren unterstellten Sachzwängen (Bittlingmayer 2005). Das geschichtslose und gleichermaßen vorsoziale Selbst ist dann der einzige Referenzpunkt für Bildungserfolg oder Weiterbildungsbereitschaft (Bremer 2004). Die Benachteiligten der bestehenden strukturellen Hindernisse im Bildungssystem werden auf der Grundlage des individualistischen Blicks beschuldigt, ihren stets möglichen Bildungserfolg nicht realisiert zu haben – eine klassische Variante symbolischer Herrschaft.

Gegen die Affirmation des Bestehenden

Eine der bedeutendsten Formveränderungen symbolischer Herrschaft besteht in der enormen Ausdehnung einer individualisierungstheoretischen Folie als gesamtgesellschaftlichem Deutungsmuster. Zu diesem gehört die Betonung der Eigenverantwortlichkeit für gesellschaftlichen Aufstieg oder die Negation von Klassenschranken. Dieses Deutungsmuster erfüllt heute eine doppelte ideologische Funktion: *Erstens* werden die Lebensrealität und die Handlungsrestriktionen ganzer Milieus oder der älteren Geburtsjahrgänge unterschlagen, sodass unterprivilegierte Gruppen unter einen immensen symbolischen Druck geraten, an ihrer sozialen Lage selbst Schuld zu sein. *Zweitens* wird mit den augenblicklichen Deutungsmustern die prinzipielle Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse dadurch verdrängt, dass eine individualisierte Gesellschaft als eine besonders dynamische, nicht mehr politisch steuerbare Einheit erscheint. Die Ideologie zieht sich darin zurück, dass alles so ist, wie es ist und auch gar nicht anders sein kann (Institut für Sozialforschung 1956). Auf die früheren emanzipativen Gehalte der augenblicklich dominanten Orientierungsfolie einer „individualisierten Wissensgesellschaft“ Bezug nehmend könnte man etwas überspitzt in Anlehnung an Theodor W. Adorno (1980: 356) formulieren: Der Begriff der individualisierten Gesellschaft supponiert die Utopie als wäre sie schon da. Eine solche Perspektive, wie sie hier vertreten wird, hat auch für einen sozialwissenschaftlichen Blick Konsequenzen. Die ständige Thematisierung von nicht mehr zeitgemäßen sozialen Herrschaftsverhältnissen wird ihr zur ersten Pflicht und der stete Hinweis auf die radikalen gesellschaftlichen Möglichkeiten zur vornehmen Aufgabe. Das bedeutet aber auch, dass Theoriemodelle sozialer Ungleichheit, die weder soziale Herrschaft noch gesellschaftliche Gestaltungspotenziale berücksichtigen, zur sinnlosen Verlängerung sozialer Herrschaft beitragen.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel stellt eine Kurzfassung des folgenden Aufsatzes dar: Bittlingmayer, Uwe H./Ullrich Bauer, Ungleichheit – Bildung – Herrschaft. Zur politischen Soziologie der Milieutheorie Michael Vesters, in: Bremer, Helmut/Andrea Lange-Vester (Hrsg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Festschrift für Michael Vester zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2005: Verlag Sozialwissenschaften. Holger Ziegler übernahm die hier publizierte Verdichtung der vorhandenen Argumente und ergänzte die vertretene Perspektive um weitere Akzente aus der kritischen Theorie der Sozialarbeit.
- 2 Dies lässt sich als ein sozialisierungstheoretisches Moment der *alltäglichen* Gruppenintegration in soziale Milieus verstehen (Grundmann et al. 2003)
- 3 Nach den SOEP-Daten etwa beträgt bei den Frauen der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen dem obersten und dem untersten Quartil 5 Jahre, bei den Männern sogar 10 Jahre!
- 4 Die folgenden Argumente beziehen sich in erster Linie auf die vertikale Herrschaftsachse im Sozialraummodell von Vester et al. Die notwendigen Verfeinerungen und Differenzierungen, die sich durch die horizontale Achse ergeben, müssen hier ausgeblendet werden.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1980: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag, in: Ders., Soziologische Schriften I (= Gesammelte Schriften, Bd. 8), hrsg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt/Main, 354–370.
- Bauer, Ullrich 2002a: Selbst- und/oder Fremdsozialisation: Zur Theoriedebatte in der Sozialisationsforschung, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 22 (2), 118–142.
- Bauer, Ullrich 2002b: Die Reproduktion sozialer Ungleichheit. Pierre Bourdieus politische Soziologie und die Sozialisationsforschung, in: Bittlingmayer, Uwe H./Rolf Eickelpasch/Jens Kastner/Claudia Rademacher (Hrsg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, 415–445.
- Bauer, Ulrich/Uwe H. Bittlingmayer 2005: Egalitär und Emanzipativ: Leitlinien der Bildungsreform, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B12/2005, 14–20.
- Beck, Ulrich 1986: Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main
- Bittlingmayer, Uwe H. 2005: „Wissensgesellschaft“ als Wille und Vorstellung. Einige kritische Anmerkungen zu einem populären zeitdiagnostischen Label, Konstanz
- Bittlingmayer, Uwe H. i.E.: Handlungsbefähigung und Bildungsmilieus. Zur Bestimmung der isländischen Sozialisationsmatrix – Grundzüge einer mehrdimensionalen sozialstrukturellen Sozialisationsforschung, in: Grundmann, Matthias/Daniel Dravenau/Ders., Handlungsbefähigung und Milieu. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz, Münster
- BMA (Hrsg) 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

- Bourdieu, Pierre 1987: Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Urteilskraft, Frankfurt/Main
- Bourdieu, Pierre 1997: Verstehen, in: Ders. et al., *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz, 779–822.
- Bourdieu, Pierre/Loïc Wacquant 1996: Die Ziele der reflexiven Soziologie, in: Dies., *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt/Main, 95–249.
- Bremer, Helmut 2004: Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse, Münster, New York
- Crompton, Rosemary/John Scott 2005: *Class Analysis : Beyond the Cultural Turn*. Devine, Fiona/Mike Savage/Rosemary Crompton/John Scott (eds.): *Rethinking Class: Identities. Cultures and Lifestyles*. London
- Dangschat, Jens S. 1998: Klassenstrukturen im Nachfordismus, in: Berger, Peter A./Michael Vester (Hrsg.): *Alte Ungleichheiten, neue Spaltungen*, Opladen: Leske + Budrich, 49–87.
- Deutsches PISA-Konsortium 2001: *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*, Opladen
- Devine, Fiona/Mike Savage 2000: Conclusion: Renewing Class Analysis. In: Crompton, Rosemary/Fiona Devine/Mike Savage/John Scott (eds): *Renewing Class Analysis*. Oxford: Blackwell, pp. 184–99.
- Eickelpasch, Rolf 1998: Struktur oder Kultur? Konzeptionelle Probleme der soziologischen Lebensstilanalyse, in: Hillebrandt, Frank/Georg Kneer/Klaus Kraemer (Hrsg.), *Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit*, Opladen, Wiesbaden, 9–25.
- Erpenbeck, John/Volker Heyse 1999: *Die Kompetenzbiografie. Strategien der Kompetenzentwicklung durch selbstorganisiertes Lernen und multimediale Kommunikation*, Münster
- Foucault, Michel 1988: *Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blicks*, Frankfurt/Main
- Gomolla, Mechtild/Frank-Olaf Radtke 2002: *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Opladen
- Grundmann, Matthias/Olaf Groh-Samberg/Uwe H. Bittlingmayer/Ullrich Bauer 2003: Milieuspezifische Bildungsstrategien in Familie, Jugend und Kindheit, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 6 (1), 25–45.
- Grundmann, Matthias/Uwe H. Bittlingmayer/Daniel Dravenau/Olaf Groh-Samberg 2004: Bildung als Privileg und Fluch, in: Becker, Rolf/Wolfgang Lauterbach (Hrsg.), *Bildung als Privileg?* Wiesbaden
- Grundmann, Matthias/Daniel Dravenau/Uwe H. Bittlingmayer 2006: *Handlungsbefähigung und Milieu. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz*, Münster
- Hack, Lothar 1988: *Vor Vollendung der Tatsachen*, Frankfurt/Main
- Hack, Lothar 1998: *Technologietransfer und Wissenstransformation. Zur Globalisierung der Forschungsorganisation von Siemens*, Münster
- Hack, Lothar/Irmgard Hack 2005: *Wissen, Macht und Organisation. Internationalisierung industrieller Forschung und Entwicklung – ein Fallvergleich*, Berlin
- Institut für Sozialforschung 1956: *Ideologie*, in: Dass. (Hrsg.), *Soziologische Exkurse*, Frankfurt/Main

- Kneer, Georg 1998: Statuspassagen und Karriere. Neue Unsicherheiten im Lebensverlauf?, in: Hillebrandt, Frank/Kneer, Georg/Klaus Kraemer (Hrsg.), Verlust der Sicherheit? Lebensstile zwischen Multioptionalität und Knappheit, Opladen, 158–173.
- Lockwood, David 1981: The weakest link in the chain? Some Comments on the Marxist Theory of Action. In: Research in the Sociology of Work, 1, 435–481
- Savage, Mike/Egerton, Muriel 1997: Social Mobility, Individual Ability and the Inheritance of Class Inequality. In: Sociology, 31, 4, 645–672
- Schmeiser, Martin 2003: „Missratene“ Söhne und Töchter. Verlaufsformen des sozialen Abstiegs in Akademikerfamilien, Konstanz
- Solga, Heike/Wagner, Sandra 2004: Die Zurückgelassenen – die soziale Verarmung der Lernumwelt von Hauptschülerinnen und Hauptschülern, in: Becker, Rolf/Wolfgang Lauterbach (Hrsg.), Bildung als Privileg? Wiesbaden, 195–224.
- Stehr, Nico 2000: Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften. Die Stagnation der Macht und die Chancen des Individuums, Weilerswist
- Stern, Mark 1999: Gesellschaftsanalyse und Soziale Arbeit heute. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 1, S. 5–22
- Vester, Michael 2001: Milieus und soziale Gerechtigkeit, in: Korte, Karl-Rudolf/Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland-TrendBuch, (gleichzeitig: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 375), Opladen, 136–183.
- Vester, Michael 2002: Das relationale Paradigma und die politische Soziologie sozialer Klassen, in: Bittlingmayer, Uwe H./Rolf Eickelpasch/Jens Kastner/Claudia Rademacher (Hrsg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, 61–121.
- Vester, Michael 2004: Die Illusion der Bildungsexpansion. Bildungsöffnungen und soziale Segregation in der Bundesrepublik Deutschland, in: Engler, Steffani/Beate Kraus (Hrsg.): Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen, Weinheim, 13–52.
- Vester, Michael/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln
- Vester, Michael/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Dagmar Müller 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt/Main

*Dr. Ullrich Bauer, Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaft, AG 6,
Postfach 100131, 33501 Bielefeld
E-mail: ullrich.bauer@uni-bielefeld.de*

*Dr. Uwe Bittlingmayer, Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheits-
wissenschaft, AG 4,
Postfach 100131, 33501 Bielefeld
E-mail: uwe.bittlingmayer@uni-bielefeld.de*

*Dr. Holger Ziegler, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, AG 8,
Postfach 100131, 33501 Bielefeld
E-mail: ho.ziegler@gmx.de*

Fabian Kessl

Das wahre Elend? Zur Rede von der „neuen Unterschicht“¹

Paul Nolte diagnostiziert 2004 in seinem Reformaufruf „Generation Reform“ eine „neue Unterschicht“ in der Bundesrepublik Deutschland. Mit dieser Behauptung verbindet er die Grundlegung einer neuen kulturalistischen Klassentheorie. Klassengesellschaften sind demnach als gegeben hinzunehmen und Klassenbewusstsein als Einsicht in dieses Phänomen neu zu bestimmen. Der scheinbar identifizierten „neuen Unterschicht“ soll außerdem ein Erziehungsprogramm verpasst werden, das an Pestalozzis Armenerziehung aus feudalistischen Tagen erinnert. Allerdings erweist sich die neue kulturalistische Klassenanalyse vor dem Hintergrund einer relationalen Klassentheorie als völlig unzureichendes Analyseinstrumentarium. Dennoch erfahren kulturalistische Deutungen in jüngster Zeit in Form medialer Repräsentation und Vermittlung eine beachtliche Verbreitung. Grund dafür scheint das damit verbundene Versprechen zu sein, einfache Reaktionsmöglichkeiten auf menschliche Notlagen entwickeln zu können, ohne die strukturellen Bedingungen sozialer Ungleichheit und die damit verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse noch systematisch in Betracht ziehen zu müssen.

„Es wird nicht ohne den Mut zu künftig größeren sozialen Unterschieden gehen, diese dürfen aber nicht so weit reichen, dass die Gesellschaft auseinander bricht“

(Kannegießer, Präsident des Arbeitgeberverbandes
Gesamtmittel und Unternehmer in: Arbeitgeber 1/2 2005)

„Die Unteren darf man nicht so schröpfen, dass sie nicht mehr konsumieren können. Sie müssen als Kunde überleben.“

(Hans-Martin Buhlmann, Aktionär der Allianz AG
gegenüber dem *Stern* vom 12. Mai 2005)

„Wer Hilfe von Dritten erhält, muss in allen Lebensbereichen nachweisen, dass er seine finanzielle Unterstützung zu Recht bekommt.“

(Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, Berlin;
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, August 2005: 24)

In 17 Briefen entwickelt der Berner Patrizier Niklaus Emanuel Tschärner Ende des 18. Jahrhunderts seine Vorstellungen von idealen ländlichen Armenanstalten, Orten zur Erziehung der ärmsten Schweizer Gesellschaftsmitglieder dieser Jahre. Durch Feldarbeit und ein idyllisches Leben auf dem Lande sollten diese

Menschen standesgemäß und insofern sittlich erzogen werden. Der mit Tscharner befreundete und von ihm geförderte Philologe und Philosoph Johann Heinrich Pestalozzi liest Tscharners Briefe, die dieser 1976/77 in den Ephemeriden, einer Zeitschrift für politische Ethik, veröffentlicht, und sieht sich zum Widerspruch herausgefordert. Zwar teilt Pestalozzi Tscharners erzieherischen Sittlichkeitsfokus, aber nicht den von ihm vorgeschlagenen Weg dorthin. Pestalozzi fordert vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in der „Armenanstalt Neuhof“, die er bis 1780 betreibt, vielmehr eine Erziehung des „Armen zur Armut“: diese Kinder, so schreibt er im ersten seiner 1777 an gleicher Stelle publizierten drei Briefe an Tscharner, „werden einst arme Leute sein; sie werden sich in der Art, sich zu erhalten, nach den Ressourcen bequemen müssen, welche nach den Lokalumständen eines jeden Distrikts den Armen offen stehen“ (Pestalozzi [1777] 1932: 19). Armenerziehung müsse sich daher den „Beschwerlichkeiten aller niedren Unterhaltungswege“ ausrichten (ebd.). Andernfalls würden nur Menschen erzogen, wie sie in den öffentlichen Anstalten vielfältig zu finden seien: Menschen mit einer „satte(n), ruhige(n), gleiche(n) Lebensart die Zufälle und Einschränkungen der untersten Klassen (...) nicht mehr tragen mögen und doch keine Fertigkeiten besitzen, sich herauszuheben“ (ebd.: 21).

Rechtzeitig zu seinem 260. Geburtstag erfährt Pestalozzis Armenerziehungslehre ein Come-back. Neo-konservative und neo-liberale Strategen, allen voran der neue bundesrepublikanische Starhistoriker Paul Nolte, sprechen von einer „neuen Unterschicht“ (underclass), in der sich gleichgültige und verwahrloste Lebensarten ausgebildet hätten. In der Bundesrepublik habe sich in den letzten Jahrzehnten eine Bevölkerungsgruppe ausgebildet, so die Diagnose, die kein Interesse an den Werten der bürgerlichen Gesellschaft mehr habe und stattdessen abgesichert durch sozialstaatliche Transferzahlungen „unzivil“ und „unvernünftige“ Lebensverhältnisse pflanze. „Satte, ruhige, gleiche Lebensarten“ also, vor denen der Schweizer Pädagoge in seinem Brief an Tscharner Ende des 18. Jahrhunderts gewarnt hatte – zumindest wenn man den heutigen Unterschichtspropagandisten glaubt. Noltens Beschreibung dieser Lebensarten lautet: „Ernährungsdefizite und Bewegungsmangel, Sprachdefizite und Bildungsrückstände, übermäßiger Fernseh- und auch Handykonsum konvergieren in jenen neuen Unterschichten“ (Tagesspiegel vom 25. Juli 2004).

I Die Geburt einer neuen Klassentheorie

Die Rede von einer „neuen Unterschicht“ erfährt in den letzten 12 Monaten im bundesrepublikanischen Zusammenhang eine beachtliche mediale Verbreitung. Einen entscheidenden Anstoß für diese Debatte gab die 2004 auch als Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte Programmschrift

Noltes zur Reform des bundesrepublikanischen Systems. Darin diagnostiziert dieser die bundesrepublikanische Gesellschaft als „neu-alte Klassengesellschaft“, die zwar noch immer entlang von Bildung und Besitz getrennt sei (vgl. Nolte 2004: 35). Entscheidender sei allerdings eine wachsende kulturelle Spaltung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der „neuen Unterschicht“.

Die neue Klassentheorie argumentiert damit kulturalistisch. Sie unterscheidet sich vor allem in zwei Aspekten zentral von den bisherigen materialistischen Klassen- bzw. Milieutheorien. Letztere sehen das zentrale Strukturproblem von Klassengesellschaften in den ungleich verteilten Kapitalien (ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital). Nach Ansicht von Klassenanalytikern wie Pierre Bourdieu ist der klassenförmig strukturierte soziale Raum der Gesellschaft außerdem das Ergebnis permanenter politischer Kämpfen. Diese führen sowohl zu den radikal ungleichen Verteilungen, als auch zu möglichen Umverteilungen zugunsten subalternen Akteure. Im Gegensatz dazu sehen die neuen kulturalistischen Klassentheoretiker in der sozialen Ungleichheit selbst kein Problem mehr. Die Schwierigkeit liege dagegen in der fehlenden Einsicht in diese „Realitäten der gesellschaftlichen Struktur und der sozialen Ungleichheit“ und der damit notwendig verbundenen Herausbildung eines entsprechenden „Klassen-Bewusstsein“ (ebd.: 44). Zu verändern gelte es daher nicht die Kontextbedingungen subjektiver Lebensführung, um den Gesellschaftsmitgliedern Handlungsoptionen zu ermöglichen bzw. ihre beschränkten Handlungsoptionen zu vergrößern. Vielmehr müssten die Mitglieder der „neuen Unterschicht“ unabhängig von den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und Zugangsmöglichkeiten dazu angehalten werden, ihre „unzivilisierten“ Lebensführungsweisen wieder der „bürgerlichen Leitkultur“ (Nolte) anzupassen.

Eine zentrale Rolle spielten in den bisherigen, materialistischen, Klassentheorien die marxistischen Ansätze. Diese unterscheiden einen strukturellen und einen historischen Klassenbegriff (vgl. Heinrich 2004: 193ff.). Im ersten Fall gehören Gesellschaftsmitglieder aufgrund ihrer Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess einer Klasse an, auch wenn ihnen das nicht bewusst ist. Im zweiten Fall verstehen sich Gesellschaftsmitglieder in bestimmten historischen Situationen in Abgrenzung zu anderen Klassen bewusst als Teil einer Klasse. Sie bilden ein gemeinsames Klassenbewusstsein aus. Doch die von klassentheoretisch rekonstruierten vertikalen Klassendifferenzen sind keine Determinanten für die jeweiligen Lebensstile einzelner Gesellschaftsmitglieder. Das haben vor allem Milieutheoretiker in ihrer reflexiven und kritischen Weiterführung materialistischer Ansätze dadurch verdeutlicht, dass sie neben vertikalen horizontale Klassendifferenzen markieren. Ergebnis solcher klassenanalytischen Arbeiten ist das rekonstruierte Bild eines sozialen Raums der Gesellschaft, mit dem die Anordnung der Milieus in heutigen Gesellschaften skizziert werden kann. Am bekanntesten ist der entsprechende Entwurf von Pierre Bourdieu für die französische

Gesellschaft und im Anschluss an dessen Arbeiten die Rekonstruktion von Michael Vester und Kollegen für die bundesrepublikanische Gesellschaft. In beiden Fällen wird damit auf einen weiteren grundlegenden Aspekt relationaler Klassentheorien hingewiesen. Der soziale Raum der Gesellschaft hat kein einheitliches „Innen“, demgegenüber ein „Außen“ der Marginalisierten oder Exkludierten beschreibbar wäre. Im Unterschied zu allen essenzielistischen Klassentheorien, die von substanziellen Klassen entlang einer vertikalen Gesellschaftsordnung ausgehen, machen relationale Klassenanalysen damit deutlich, dass der soziale Raum der Gesellschaft sich in sozialen Feldern sortiert. Diese Felder sind nicht als feststehende Orte zu begreifen, die sich übereinander ordnen, sondern sie werden permanent (re)konstruiert. „Die soziale Welt setzt sich nicht aus Einzelteilen zusammen, die erst völlig unabhängig voneinander sind und sich dann, ihren Eigenschaften entsprechend, zusammenfinden. Die Eigenschaften entstehen vielmehr im praktischen Zusammenwirken der Akteure“ (Vester et al 2001: 23). Klassen als fixierte Einheiten bestimmter Bevölkerungsgruppen anzusehen, deren Verhaltensweisen, Einstellungen und Mentalitäten sozusagen aus ihrem Klassenstatus ableitbar wären oder umgekehrt: aus dem realisierten Lebensstil einzelner Gesellschaftsmitglieder ihren Klassenstatus ableiten zu wollen, ist daher klassentheoretisch unzulässig. Klassen stellen locker abgegrenzte Zusammenhänge dar, wie Thompson formuliert, nicht determinierende Strukturen (vgl. Thompson 1987: 963). Zugleich prägen soziale Positionierungen, das heißt die Milieuzugehörigkeit, das Verhalten der Akteure (Habitus).

Doch derartige Einsichten ignoriert die neue kulturalistische Klassenanalyse und versucht eine grundlegende, wenn auch völlig reduktionistische klassentheoretische Neubestimmung vorzulegen. Klassenlagen sind in deren Deutung nicht mehr Ausdruck gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse, sondern eine notwendige und damit zu akzeptierende Konsequenz moderner Gesellschaften. Klassenbewusstsein wird umdefiniert in eine „Einsicht“ in die damit zur „Realität“ erklärten sozialen Ungerechtigkeiten. Vertikale Differenzen werden weitgehend ausgeblendet und die bürgerlichen Schichten den „neuen Unterschichten“ einfach gegenüber geordnet. Damit nehmen die neuen kulturalistischen Klassentheorien das Denkmuster sozialer Exklusion auf, wie es in der Europäischen Union in den letzten Jahren eine immer zentralere Rolle spielt (vgl. Anhorn 2005: 28ff., vgl. Kronauer 2002; vgl. dazu den Beitrag von Young in diesem Heft). Die entscheidenden feinen Unterschiede aber, mit denen Klassendifferenzen permanent (re)produziert werden, bleiben damit ausgeblendet. Stattdessen wird ein einfaches Zentrums-Peripherie-Modell zwischen scheinbar inkludierten und exkludierten Gesellschaftsmitgliedern konstruiert (vgl. Steinert 2003). Neue kulturalistische Klassentheorien reduzieren die gesellschaftspolitische Konsequenz aus ihren Analysen sozialer Ungleichheit dementsprechend auf die Anpassung des Verhaltens der im Abseits der Gesellschaft Lebenden an die

Lebensstile der Mehrheitsgesellschaft. Dazu soll das von Nolte angestrebte Klassenbewusstsein führen. Die Ausbildung eines solchen Klassenbewusstseins heißt für ihn denn auch „Abschied nehmen von manchen bequemen Illusionen“, die sich im wohlfahrtsstaatlichen Arrangement ausgebildet hätten (ebd.: 43). Denn ganz in der Tradition vordemokratischer Armenenerziehungsideen, wie sie beispielsweise Pestalozzi formuliert hat, beschreibt Nolte die öffentlichen – in seinem Fall sozialstaatlichen – Unterstützungsleistungen als den entscheidenden Teil des Problems. Öffentliche Unterstützungsleistungen sind demnach der zentrale Grund für die Ausbildung einer „neuen Unterschicht“, und nicht wie bisher angenommen Substitutionsmöglichkeit bestehender sozialer Ungleichheiten:

„Das Beispiel des schichtspezifischen Rauchens oder Alkoholkonsums illustriert bereits, dass gerade in materiell prekären Verhältnissen – sagen wir es einmal abstrakt – finanzielle Ressourcen in ein Verhalten investiert werden, das die Grenzen dieser Verhältnisse eher verstärkt als durchbricht. Schließlich sprechen wir von Milieus, in denen die Klienten und Transferempfänger unseres Sozialstaates, um es noch vorsichtig zu sagen, deutlich überrepräsentiert sind“ (Tagesspiegel vom 25. Juli 2004).

Die neue kulturalistische Klassentheorie versucht also zwei Sachverhalte in ein völlig neues Licht zu rücken: Zum einen wird die Tatsache sozialer Ungleichheit zum unweigerlichen Faktum einer freiheitlichen Gesellschaft erklärt. Und zum anderen wird aus dieser Behauptung gefolgert, dass die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Probleme nicht mehr darin zu suchen sind, dass Ressourcen und Nutzungsmöglichkeiten zwischen den Gesellschaftsmitgliedern extrem ungleich verteilt sind. Vielmehr gelte es, die Formen der Lebensführung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu bearbeiten: „Aus materieller wird ‚sozial-kulturelle Armut‘“ (Nolte in einem Interview mit dem Deutschlandradio im März 2005).

Das wohlfahrtsstaatliche Arrangement habe die zu beobachtenden spezifischen Lebensweisen einer „neuen ‚Unterschicht‘“ hervorgebracht: dequalifiziert, verarmt, isoliert, demotiviert und konsumabhängig vegetierten diese Gesellschaftsmitglieder vor sich hin. Das damit in den letzten Jahren verstärkt zu Tage tretende „wahre Elend“, diese scheinbar greifbare „Kultur der Armut“ (vgl. den Beitrag von Landhäußer/Klein/Ziegler in diesem Heft), sei das Ergebnis der „fürsorglichen Vernachlässigung“ sozialstaatlicher Unterstützungssysteme. Denn diese hätten nur auf Transferzahlungen und nicht auf eine gezielte und notwendige Beeinflussung der Lebensführungsweisen solcher Gesellschaftsmitglieder gesetzt.

Ganz abgesehen davon, dass Fürsorge eines der drei Strukturprinzipien des bundesrepublikanischen Sozialstaats darstellt und eine ihrer institutionellen Ausprägungen, die Soziale Arbeit nämlich, schon seit dem 19. Jahrhundert explizit die geplante Unterstützung und bewusste Beeinflussung von Lebensführungsweisen zur Aufgabe hat, weisen auch genealogische Rekonstruktionen der wohlfahrts-

staatlichen Denkweisen und ihrer jeweiligen institutionellen Ausprägung (wohlfahrtsstaatliche Arrangements) immer wieder darauf hin, dass sich die wohlfahrtsstaatlichen Arrangements gerade nicht durch monetäre Umverteilung (ökonomisches Kapital), und schon gar nicht durch die Umverteilung anderer Kapitalien (kulturelles und soziales Kapital) auszeichnen. Primäre Leistung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ist vielmehr die Bereitstellung eines gewissen Grades an Schutz für die Gesellschaftsmitglieder (vgl. Castel 2005: 47). Diese wohlfahrtsstaatliche Schutzfunktion zeigt sich besonders eindrücklich an der Logik des sozialstaatlichen Rentensystems. Mit diesem wird den Gesellschaftsmitgliedern für niedrigen Lohn eine niedrige Rente, und für hohen Lohn eine hohe Rente zugewiesen. Das heißt Ziel der wohlfahrtsstaatlichen Gestaltung des Sozialen war bisher nie die Angleichung der Lebensverhältnisse im Alter, also Umverteilung via Transferzahlungen, sondern die strukturelle Sicherung ihrer Lebensführung – allerdings auf extrem unterschiedlichem Niveau.

Doch solche sozialwissenschaftlich weithin bekannten und ausführlich untersuchten Zusammenhänge werden von den neuen kulturalistischen Klassentheoretikern ignoriert. Denn die daraus zu folgernde achtsame Einmischung in das undurchsichtige Gemenge gesellschaftspolitischer Kämpfe zur skeptischen Verteidigung wohlfahrtsstaatlicher Grundideen scheint ihnen zu wenig (vgl. Kessl 2005). Die neuen Klassentheoretiker wollen mehr. Sie wollen ein „Jenseits der blockierten Republik“ entwerfen, sich zu den Visionären, den Vordenkern einer „besseren Welt“ empor schwingen (Nolte 2004: 124; 18). Beurteilt man den Erfolg dieses Vorhabens nach dem Grad der medialen Präsenz ihres Hauptprotagonisten, so ist dieser bereits beachtlich. Denn in jüngster Zeit ist eine erstaunliche mediale Verbreitung dieser kulturalistischen klassentheoretischen Deutungen festzustellen.

II Die mediale Inszenierung der „neuen Unterschicht“ – exemplarische Hinweise

Die mediale Berichterstattung über die „neue Unterschicht“ verdichtet sich seit Ende 2004. Im Dezember 2004 veröffentlicht der Stern den mehrseitigen Beitrag „Das wahre Elend“. Mit diesem Beitrag knüpfen die Autoren an den bereits zwei Jahre vorher (November 2002) an derselben Stelle publizierten Beitrag „Wer hier lebt, hat verloren“ an. Im März 2005 berichtet auch die Zeit, illustriert an drei Fallbeispielen, ausführlich aus dem Unterschichtsallday. Eine weitere mediale Dramatisierung der „neuen Unterschicht“ zeigt Geo Wissen in ihrem Themenheft „Sünde und Moral“ Mitte 2005 (Themenheft Nr. 35). Einen der wenigen skeptischen Einwände formuliert Jan Feddersen in der Tageszeitung im März 2005 unter der Überschrift „Krieg dem Pöbel“.

Gerahmt wird diese print-mediale Produktion von Hörfunk- und Fernsehbeiträgen, in denen Paul Nolte als Propagandist der „neuen Unterschicht“ eine zentrale Rolle spielt: u.a. in dem bereits erwähnten Interview des Deutschlandradios im März 2005, einem dreiteiligen Bericht des 3sat-Kulturmagazins Kulturzeit im Frühsommer 2005 über den Wandel der Arbeitsgesellschaft und einer wachsenden Zahl von Interviews und Stellungnahmen.

Neben diesen expliziten Thematisierungen der „neuen Unterschicht“, weist eine wachsende Zahl von Reportagen und ministerialen Berichten bereits selbstverständlich auf die „neue Unterschicht“ hin, ohne diese Diagnose weiter zu problematisieren (vgl. u.a. den Bericht über die „Kunst der Sozialklempler“ im Spiegel 35/2005 oder den Report vom Arbeitsmarkt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im August 2005).

Auf zwölf reich und auffällig bebilderten Seiten berichtet der Stern im November 2002 über den „Verfall“ einer scheinbar wachsenden Zahl von Wohnquartieren. Im Text wird der Mitinitiator des 1996 initiierten Bundesprogramms zur Stadtentwicklung „Soziale Stadt“, Rolf-Peter Löhr, mit den Worten zitiert, in diesen Problemgebieten spüre man, welche „Kultur der Abhängigkeit“ der Sozialstaat geschaffen habe. Löhrs Argumentation nimmt damit bereits zentrale Charakteristika der von Nolte diagnostizierten „neuen Unterschicht“ vorweg. In den dargestellten abgehängten Stadtteilen lebten, so Löhr, Menschen bereits in der dritten Generation von Sozialhilfe, dort herrsche „Sozialhilfeadel“. Die Bewohner wüssten „gar nicht mehr, wie das ist, morgens aufstehen, sich rasieren, vernünftig anziehen und zur Arbeit fahren“. Diese diffamierende Aussage des stellvertretenden Leiters des Deutschen Instituts für Urbanistik unterstreicht die gewählte Bildästhetik: Die Ordnung im Quartier kann nur noch durch extreme Mittel aufrechterhalten werden, wie der Revolver in der Hand eines dargestellten Hausmeisters signalisieren soll. Welche „Verhältnisse“ drohen würden, wenn derartige rigide Kontrollmaßnahmen ausblieben, suggeriert das vorausgehende Bild aus einer Wohnung des Ihme-Zentrums in Hannover, wenn man denn der Bildunterschrift glauben will: zwischen Junkie-Besteck und leeren Getränkedosen sitzt in einer unaufgeräumten, dreckigen Wohnung im 13. Stock einer dieser „Verwahrlosten“, „Asozialen“ oder „Chaoten“. Noch deutlicher wird die Berichterstattung an derselben Stelle zwei Jahre später. Thema ist nun die „Unterschicht. Das wahre Elend“. Das erste Bild dieses Berichts, das nach Aussage der Bildunterschrift die Unterarme eines Bewohners aus Essen-Katernberg zeigt, korrespondiert in auffälliger Weise mit den Darstellungen im Beitrag von 2002. Zigaretenschachtel, Aschenbecher, Kaffepötte, eine Kaffeesahnepackung in loser Zusammenstellung auf dem einfachen runden Tisch ohne Tischdecke neben einem Sortiment von Süßwaren und dazwischen die tätowierten Arme des Bewohners. Das Bild unterstreicht die Botschaft des Textes, dass hier keine materielle Not herrscht, aber der bürgerlichen (Leit)Kultur nicht mehr entspro-

chen wird. Es ist dementsprechend unterschrieben: „Das süße Leben der Armen: Schokolade, Bonbons, Zigaretten und Geld vernichtende Handys. Die tätowierten Arme gehören Wolfgang Faber² aus Essen-Katernberg, der trotz Zuckerkrankheit und Übergewicht fleißig nascht“ (Stern, 52/2004). Das Elend sei keine „Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste“. Auch hier wird Noltesche Semantik reproduziert, der die „soziokulturelle Verarmung“, die er der „neuen Unterschicht“ attestiert, darauf zurückführt, dass diese die Menschen „auch jenseits des Portemaines“ in ihren Handlungsmöglichkeiten beschneide, einenge und fessele. Denn, so auch die Stern-Reporter, die „neue Unterschicht“ verliere die Kontrolle „beim Geld, beim Essen, beim Rauchen, in den Partnerschaften, bei der Erziehung, in der gesamten Lebensführung“. In den vergangenen Jahrzehnten habe die Unterschicht eigene Lebensformen entwickelt, mit eigenen Verhaltensweisen, eigenen Werten und eigenen Vorbildern: die „Unterschichtskultur“.³

In ähnlicher Weise dramatisiert Geo Wissen die „neue Unterschicht“. Der Thementeil zu „Sünde und Moral“ wird eingerahmt durch die doppelseitig bebilderte Darstellung der sieben „klassischen Tugenden“ zu Beginn und der „sieben modernen Todsünden“ an dessen Ende. Illustriert wird die vierte der Todsünden, die „Gleichgültigkeit“, mit einem Bild des englischen Künstlers Richard Billingham, das all das zu vereinen scheint, was die „neue Unterschicht“ nach Ansicht ihrer Propagandisten auszeichnet. Auf einem abgenutzten Sofa sieht der Leser hier eine Frau und einen Mann in ungewaschenen Kleidern nebeneinander sitzen, die sich scheinbar teilnahmslos ihrem unansehnlichen Essen widmen. Die beiden mit dicker Bratensoße völlig verschmierten Teller, auf denen sich ansonsten vor allem große Kartoffelstücke finden, scheinen sich in das unachtsame Gesamtarrangement des Zimmers einzupassen. Dementsprechend lautet die Bildunterschrift:

„Soziale Verwahrlosung – diese Trägheit des Herzens – gibt es in allen Gesellschaftsschichten. Auffällig wird sie aber nur dort, wo sich innere Lieblosigkeit und äußere Wurstigkeit vereinen. Im so genannten *white trash*, der heruntergekommenen Lebensart eines Teils der Unterschicht, ergeben sich eine unansehnliche Melange: Menschen, die seelisch erkalten und unempfindlich werden für Signale jeglicher Art.“

Allerdings verschweigt Geo Wissen den Lesern, was sich hinter dem Bildnachweis, der sich am Ende des Heftes findet, verbirgt: Die künstlerische Verarbeitung und damit verbundene schnörkellose Offenlegung seiner sozialen Herkunft durch den Künstler. In der nach seinem Vater benannten, ansonsten aber unkommentierten Bilderserie „Ray is’n Witz“, der das dargestellte Bild entnommen ist, zielt Billingham gerade nicht auf die Skandalisierung von Verhaltensweisen (Billingham 1996). Vielmehr hält er der westlichen Zivilisation einen unverzerrten Spiegel vor. Soziale Zusammenhänge, wie diejenigen in denen Richard Billingham und sein Bruder am Rande von Birmingham aufgewachsen sind, als

„Todsünde“ zu beschreiben, verfälscht damit nicht nur die Aussage des Künstlers, sondern verfehlt darüber hinaus ihre soziale Bedingtheit. Der Wohnblock, in dem Billinghams Familie mit anderen erwerbslosen Familien wohnt, ist die baulich und sozial eingeschlossene Ausschließung einzelner Bewohner. Billinghams sind nicht ausgeschlossen von der städtischen Gesellschaft, sondern haben sich in ihrer Wohnung am Rande der städtischen Gesellschaft Birminghams weitgehend eingeschlossen. Billinghams leben in einem Wohnblock mit Bewohnern, deren Alltag ebenfalls von Erwerbslosigkeit geprägt ist. Dies ist allen Bewohner gemeinsam und dennoch unterscheiden sie sich im Lebensstil teilweise deutlich. Auch wenn die mediale Inszenierung der „neuen Unterschicht“ das Gegenteil verdeutlichen möchte. „Hier sind alle in der gleichen Situation“, so zitiert die Zeit in ihrem Beitrag zur „neuen Unterschicht“ eine Bewohnerin des Stadtteils Hamburg-Mümmelmannsberg (Die Zeit, 11/2005).

Zu erklären ist der mediale Einfluss kulturalistischer Klassenanalysen nicht nur aufgrund der Unterstellung eines schlichten Innen-Außen-Modells von Gesellschaften. Mit diesem reduktionistischen Gesellschaftsmodell ist auch das Versprechen nach einfachen sozialpolitischen Reaktionen verbunden. Gerade deshalb scheint die Analyse einer „neuen Unterschicht“ gerne ohne weitere Überprüfung übernommen zu werden. Als Beispiel für eine solche mediale Selbstverständlichkeit der Rede von einer „neuen Unterschicht“ findet sich die bereits erwähnte Spiegel-Reportage über „Die Kunst der Sozialklempner“. Wenn der Sozialstaat schrumpfe, dann müssten Menschen das entstandene Vakuum füllen, „die mehr tun als ihre Arbeit“, so die Eingangsannahme des Spiegel-Autors. Diese stellten insofern die „Klempner in einem lecken sozialen System“ dar. Sie gingen als Ärzte in verarmende Dörfer, betreuten als Sozialarbeiter Gewaltopfer, holten Kinder zerbrochener Familien von der Straße, wie die drei Fallbeispiele verdeutlichen sollen. Diese letzten Helfer werden hier stilisiert als das einzige noch verbleibende Verbindungsglied zwischen „Unterschicht und der Gesellschaft“.

Der Spiegel-Beitrag ist nicht nur ein Beispiel für die inzwischen scheinbar selbstverständliche Rede von der „neuen Unterschicht“, er weist auch darauf hin, dass eine Kritik an dieser Rede als einer neo-konservativen oder neo-liberalen zu kurz greift. Sie findet sich auch in sozial-liberalen Positionen, die auf das Engagement und die damit verbundene Befriedigung der einzelnen willigen Bürgers setzen. Das bisherige wohlfahrtsstaatliche Arrangement wird zur Instanz umdefiniert, mit der ein neuer Altruismus aktiviert werden soll. Die Lebenslagen der Klienten, um die sich die dargestellten Helferpersonen kümmern, werden nicht (mehr) thematisiert, die Frage, ob es berechtigt sein kann, die verschiedenen sozialen Problemlagen als Lebenslagen *einer* Unterschicht zusammen zu fassen, schon gar nicht. Dem Spiegel-Autor scheint der Skandal vielmehr darin zu liegen, dass nur so wenige helfende Helden zu den Mitgliedern der „neuen Unterschicht“ Kontakt halten können. Doch wenigstens die gebe es noch, meint man

den Autoren am Ende des Beitrags seufzen hören: „So sorgt der Sozialstaat selbst in seiner Schwäche für sie. Er gibt ihnen, was die Menschen, um die sie sich kümmern, nicht mehr haben. Das Gefühl, gebraucht zu werden.“

Parallel zu solchen altruismus-orientierten Positionen finden sich zunehmend verbale Diffamierungen und Entwürdigungen der Betroffenen. Das aktuell einflussreichste Beispiel hierfür ist der vermutlich letzte Bericht des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, der unter dem Titel „Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“ im August 2005 veröffentlicht wurde (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005). Auch die Autoren dieses Berichtes gehen bereits selbstverständlich von der Annahme aus, dass eine „neue Unterschicht“ existiere. So behaupten sie eine „Mitnahmequalität“ dieser Bevölkerungsgruppen hinsichtlich der Unterstützungseleistungen, die mit den neuen Arbeitsmarktgesetzen gewährt werden. Zwar gestehen sie anfangs den so genannten Langzeitarbeitslosen noch zu, dass eine Überweisung für Miete und Heizung „die zweite Säule des Haushaltseinkommens“ bilde. Allerdings verleite diese „hübsche Summe“ von mehreren hundert Euro im Monat „vermeintlich findige Zeitgenossen immer wieder dazu, die Sozialkassen anzuzapfen“ (ebd.: 8).

III Von der Notwendigkeit einer relationalen Klassenanalyse und der Dominanz fürsorglicher Logiken

Die neuen kulturalistischen Klassentheorien und die damit verbundene Behauptung, es existiere eine „neue Unterschicht“ fallen hinter die bisherigen klassen- und milieutheoretischen Erkenntnisse zurück oder ignorieren den aktuellen Stand der in klassentheoretischen Forschung. Deren Einsichten müssen kulturalistische Klassenanalysen allerdings ignorieren, da sie nicht über Macht- und Herrschaftsverhältnisse sprechen wollen, sondern öffentliche Gegenmaßnahmen auf Formen der Regulierung des Verhaltens Betroffener reduzieren wollen. Das gesellschaftspolitisch verheerende solcher Redeweisen ist die damit angestrebte und im Rahmen der so genannten Hartz-Gesetze auch bereits gesetzlich fixierte Präferenz von Fürsorgelogiken gegenüber Sicherungslogiken. Denn die Rede von der „neuen Unterschicht“ verschiebt das bisherige, sozialstaatlich verfasste Verhältnis dieser beiden wohlfahrtsstaatlichen Logiken zu Ungunsten der ersteren. Das lässt sich am Beispiel des erwähnten Arbeitsmarktreports aus dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit gut verdeutlichen. Einerseits ist die im lokalen Sozialstaat verankerte Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) in den 1980er und 1990er Jahren de facto zu einer allgemeinen Grundsicherung geworden. Dementsprechend formuliert der zuständige Minister für Arbeit und Wirtschaft hinsichtlich der so genannten Hartz-Gesetzgebung, mit der die bisherige

Trennung von bundesstaatlich institutionalisierter Arbeitslosenhilfe und lokalstaatlicher Sozialhilfe aufgehoben wurde, im Vorwort: „Die Arbeitsmarktreform ist alles andere als ‚sozialer Kahlschlag‘ oder ‚Armut per Gesetz‘. Im Gegenteil: Das Arbeitslosengeld II und das neue Sozialgeld bieten den Betroffenen eine faire materielle Grundsicherung“ (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 2). Insofern könnte die Hartz-Gesetzgebung als durchaus sinnvolle Reaktion der damaligen rot-grünen Bundesregierung in Bundesratskoalition mit den CDU/CSU-regierten Landesregierungen verstanden werden – zumindest hinsichtlich der finanziellen Krise, in die die bundesrepublikanischen Kreise und Kommunen angesichts der rapide erhöhten Zahlen von Sozialhilfeempfängern geraten sind. Denn die so genannten Hartz-Reformen überführten die bisherige kommunalstaatliche de-facto-Grundsicherung in das neue integrierte System der Arbeitsmarktpolitik. Doch nicht nur finanziell, sondern auch konzeptionell werden dem System einer Hilfe zum Lebensunterhalt grundlegende Mängel attestiert. Man habe, so die These, das „Fordern“ der Hilfeempfänger vergessen und nur auf deren finanzielle Förderung gesetzt (vgl. Freyberg 2003). Und diese Förderung habe erst, so kommentieren die kulturalistischen Klassentheoretiker diese Diagnosen zustimmend, zur Ausbildung der „neuen Unterschicht“ geführt.

Die Ausbreitung und Radikalisierung der Fürsorgepolitik wird somit ganz im Sinne der neuen Klassentheorien zum konzeptionellen Nukleus der jüngsten Arbeitsmarktreformen. Der Einzelne hat nicht mehr nur seine Hilfeberechtigung zu belegen, sondern vor allem seine Arbeitsbereitschaft unter Beweis zu stellen und außerdem zu verdeutlichen, dass potenzielle nahräumliche Unterstützungssysteme diese nicht leisten können. Damit werden die bisher getrennten Logiken des Sozialversicherungssystems und des Fürsorgesystems zu Gunsten des letzteren miteinander verschränkt. Das bundesrepublikanische Sozialhilfesystem, wie es 1961 im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) installiert wurde, war als eine *Ergänzung* der zentralen wohlfahrtsstaatlichen Schutzinstrumente: der Sozialversicherungen, gedacht. Die ergänzenden Fürsorgesysteme wurden im Nachkriegs-europa zuerst in den skandinavischen Ländern und seit Anfang der 1960er Jahre auch in den Niederlanden, Belgien und eben der Bundesrepublik aufgebaut. Prägendes Strukturprinzip wohlfahrtsstaatlicher Arrangements war aber die sozialversicherungsrechtliche Schutzkonstruktion aller Beteiligten als einer (Schutz) Gemeinschaft der Ähnlichen (vgl. Castel 2005). Es sind genau die genannten drei zentralen Aspekte der aktuellen Arbeitsmarktreformen, die die Fürsorgesysteme charakterisieren: „Berücksichtigung der familiären Situation, Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitsbereitschaft“ (Vanderborght/van Parjis 2005: 20). Diese sind als grundlegende Strukturlogiken nun in das bisher sozialversicherungsrechtlich geregelte Feld der Erwerbslosenunterstützung eingebaut worden. Führt man sich diese Tendenz vor Augen, erklärt sich auch der im Vergleich zum Tenor des restlichen Reports deutlich widersprüchliche Hinweis auf eine de-

facto-Grundsicherung im Vorwort des ministerialen Arbeitsmarktreports. Denn ganz im Unterschied zu dieser anfänglichen Grundsicherungsthese wird im weiteren Bericht ein genereller Misstrauensverdacht allen potenziellen und realen Hilfeempfängern – und damit nicht zuletzt den Angehörigen der suggerierten „neuen Unterschicht“ – gegenüber formuliert, der in der diffamierenden Aussage kummuliert: „Biologen verwenden für ‚Organismen‘, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‘, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.“ (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 10). Zwar sollen Empfänger nicht als Parasiten bezeichnet werden. Die Inanspruchnahme der im ministerialen Vorwort als Grundsicherung bezeichneten Hilfe wird in den als „Sozialbetrug“ gekennzeichneten Fällen vielmehr als bewusste, und damit illegale Vorgehensweise charakterisiert.

Es ist die damit verbundene Stilisierung der ehrlichen Mittelschichtler als die Dummen, wie es im ministerialen Vorwort des Reports gleich zu Beginn heißt, die kulturalistische Klassentheoretiker befördern. Der Mittelschichtsbürger sieht sich, glaubt er den neuen Klassengesellschaftsdiagnosen, umzingelt von unangepassten, unwilligen und potenziell kriminellen Gesellschaftsmitgliedern – den Angehörigen der „neuen Unterschicht“. Derartige Unterstellungen werden medial repräsentiert und damit zum Teil einer verzerrten öffentlichen Meinungsbildung. Mitte August 2005 wird beispielsweise im Rahmen der Sendung ZDF reporter eine Reportage über das „Zusammenleben von Deutschen und Türken“ in Duisburg-Marxloh ausgestrahlt. Die eingefangene Sequenz, in der eine muttersprachlich deutsche Bewohnerin mit ihrem Metzger türkischer Herkunft türkisch spricht, kommentiert dieser einer Zeit-Redakteurin gegenüber später folgendermaßen: „Das machen wir immer so. Sie spricht gerne türkisch. Das hat sie von ihrem türkischen Ehemann gelernt“ (Die Zeit vom 20. Oktober 2005). Der Off-Kommentar der Reportage lautet demgegenüber – ganz im Stile der neuen Unterschichtsdiagnose: „Weil es hier kaum noch deutsche Läden gibt“, lerne Frau Maier⁴ Türkisch. „Um hier zurechtzukommen, passen sich die Deutschen im eigenen Land an“.

Die Rede von der „neuen Unterschicht“ konstruiert eine Bedrohung für die Mehrheitsgesellschaft. Allerdings können sich auch deren Angehörige keineswegs zurücklehnen und auf die „neue Unterschicht“ verweisen. Denn auch jene sehen sich in wachsendem Maße mit dem allgegenwärtigen Generalverdacht konfrontiert, ein derartiges unangepasstes Verhalten zu reproduzieren, wie der zitierte Arbeitsmarktreport zeigt: Die neue „Mitnahmequalität“ der „neuen Unterschicht“ beschränke sich demnach keineswegs auf diese: Die Bereitschaft zum „Abzocken des Sozialstaats“ finde sich vielmehr „in allen gesellschaftlichen

Schichten – auch in der Mittelschicht und bei Menschen mit beträchtlichem Vermögen“ (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: 9). Nolte, Pestalozzi, ministeriale Autoren und mediale Repräsentanten scheinen sich einig: die „neue Unterschicht“ mit ihrer „satten, ruhigen, gleichen Lebensart“ besitzt keine Fertigkeiten, sich selbst aus dieser Lage zu befreien. Doch sollen von sozialer Ungleichheit betroffene Gesellschaftsmitglieder überhaupt noch aus dieser Lebenslage befreit werden? Nicht, wenn es nach den Propagandisten einer „neuen Unterschicht“ geht. Denn man müsse sich „von der Illusion verabschieden“, so Nolte, „die Armut abschaffen, die Unterschicht kollektiv zu einer bürgerlichen Mittelklasse machen oder soziale Ungleichheit überhaupt aufheben zu können“ (Nolte 2004: 44). Ermöglicht werden soll den Angehörigen einer „neuen Unterschicht“, sich in ihrer Armut, den „Beschwerlichkeiten aller niedren Unterhaltungswege“ angemessen einzurichten. Angemessenheit heißt dabei einen weitgehenden Verzicht auf sozialstaatlich gewährleisteten Schutz. Stattdessen wird von ihnen eine Anpassung an die bürgerliche Mehrheitskultur verlangt. Ein solches Programm versucht das zu realisieren, was Pestalozzi bereits vor knapp 260 Jahren forderte: eine Armenerziehung, die die Armen dazu bringt, sich nach den Ressourcen zu bequemen, welche ihnen offen stehen. Allerdings formulierte Pestalozzi diese Einschätzung 12 Jahre vor der Französischen Revolution, ein gutes Jahrhundert vor der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und fast 200 Jahre vor der Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes.

Anmerkungen

- 1 Für weiterführende Hinweise und skeptische Einwände sei Helga Cremer-Schäfer, Alex Klein, Arnd Richter und Holger Ziegler herzlich gedankt.
- 2 Der im Bericht des Sterns genannte Name wurde geändert, F.K.
- 3 Dem Terminus der Unterschichtskultur hat der Talkmaster Harald Schmidt in seiner wiederholten Persiflage eines „Unterschichtfernsehen“ im Rahmen seiner Late-Night-Shows auf Sat.1 zu immenser medialer Präsenz verholfen.
- 4 Der in der Reportage genannte Name wurde geändert, F.K.

Literatur

- Anhorn, Roland 2005: Zur Einleitung: Warum sozialer Ausschluss für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zum Thema werden muss. In: ders./Bettinger, Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit: Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Wiesbaden, S. 11–41.
- Billingham, Richard 1996: Ray is'n Witz. Zürich.

- Bourdieu, Pierre [1979] 1987: Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M.
- Freyberg, Thomas 2003: Fördern und Fordern Teil 1: Der Angriff auf den deutsche Sozialstaatskonsens. In: Widersprüche, 23. Jg. Heft 88, S. 117–134.
- Heinrich, Michael 2004: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart (2. Auflage).
- Kessl, Fabian 2005: Von der Notwendigkeit einer Politischen Theorie Sozialer Arbeit. In: Neue Praxis, 35. Jg., Heft 3, S. 216–219.
- Kronauer, Martin 2002: Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a.M.
- Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005. Berlin. [Quelle: <http://www.bmwa.bund.de/Arbeitsmarkt-reform/Redaktion/PDF/report-leistungsmisbrauch,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf>, Stand: 28. Oktober 2005]
- Nolte, Paul 2004: Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. Bonn.
- Pestalozzi, Johann Hinrich [1799] 1932: Brief an einen Freund über seinen Aufenthalt in Stanz. In: Sämtliche Werke, Band 13. Berlin/Leipzig, S. 3–32.
- Steinert, Heinz 2003: Participation and Social Exclusion: A Conceptual Framework. In: ders./Pilgram, Arno (eds.): Welfare policy from below: struggles against social exclusion in Europe. Hampshire (Ashgate), S. 45–59.
- Thompson, Edward P. [1963] 1987: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Frankfurt a.M.
- Vanderborght, Yannick/Parijs, Philippe van 2005: Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt a.M./New York.
- Vester, Michael 1997: Klassengesellschaft ohne Klassen: Auflösung oder Transformation der industriegesellschaftlichen Sozialstruktur?. In: Widersprüche, 17. Jg., Heft 66, S. 25–57.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 1993: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.

*Dr. Fabian Kessl, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, AG 8:
Sozialarbeit/Sozialpädagogik,
Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld
E-mail: fabian.kessl@uni-bielefeld.de*



Ulrike Vogel (Hrsg.)

Was ist weiblich – was ist männlich?
Aktuelles aus der Geschlechterforschung in den Sozialwissenschaften

Wissenschaftliche Reihe, Band 157

2005, ISBN 3-89370-402-7, 200 Seiten
€ 19,90 / SFr 34,90

- Trotz der Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung sind im Alltagsbewusstsein – bis in die Wissenschaft hinein – immer wieder Unterscheidungen von Eigenschaften für Frauen und Männer zu finden, die letztlich gängige Geschlechterklischees bestätigen.
- Um Studierenden, aber auch allen übrigen Interessierten den aktuellen Stand sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zur Unterscheidung ›was ist weiblich, was ist männlich‹ zu vermitteln, kommen in diesem Band acht Repräsentantinnen der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung in den Sozialwissenschaften zu Wort. *Carol Hagemann-White*, *Angelika Wetterer* und *Regine Gildemeister* beziehen sich in ihren Beiträgen vor allem auf die Entstehung von Geschlechterunterschieden in Interaktionen, *Regina Becker-Schmidt* und *Gudrun-Axeli Knapp* auf die Auswirkungen gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse auf Geschlechterungleichheiten und *Beate Kraus* sowie *Margareta Steinrücke* auf die Konzeptionen Bourdieus zu Ungleichheiten unter den Geschlechtern. *Sigrid Metz-Göckel* beschäftigt sich mit Möglichkeiten der Rekrutierung weiblicher Eliten.
- Diese Expertinnen eröffnen zugleich wesentliche theoretische Zugänge der Diskussion um die Definition von Gleichheiten und Ungleichheiten unter den Geschlechtern: So sind die interaktionistischen Ansätze auf den Mikro- und Meso-Bereich, die gesellschaftskritischen Ansätze auf den Makro-Bereich soziologischer Analyse bezogen und der Ansatz Bourdieus auf allen drei Ebenen wichtig.
- Dieses Buch ist zum unkomplizierten Einstieg in ein hochaktuelles Thema gedacht und bietet mit seiner jeweils weiterführenden Literatur auch Möglichkeiten zur Vertiefung.



Alex Klein, Sandra Landhäußer und Holger Ziegler

The Salient Injuries of Class: Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit

Ab den frühen 1990er Jahre findet sich eine politisch-ökonomische wie diskursive Formation, in der zunehmend sichtbar wird, dass das, was Andrew Gamble als ‚Free Economy and the Strong State‘ analysiert hatte, kein Sonderweg von Thatchers Großbritannien war. Begleitend dazu finden sich Anzeichen einer (un-)heimliche Allianz aus intellektuellen VertreterInnen der Neuen Rechten und (post-)kritischen ModernisierungstheoretikerInnen. Diese manifestiert sich in gesellschaftlichen Diskursen in Form eines (moralisch aufgeladenen) Kulturalismus bzw. wie es Nancy Fraser (2001: 21) formuliert, in einem „widespread decoupling of cultural politics from social politics, of the politics of difference from the politics of equality“ (Fraser 2001: 21). Den Rahmen dieser Allianz bildet eine tatsächlich oder vermeintlich historische Zäsur, in der das Ende des ‚kurzen 20. Jahrhunderts‘ weniger den Beginn eines mutmaßlich langen 21. Jahrhunderts andeutet, sondern eher das endgültige ‚Ende der Großen Erzählungen‘ (Lyotard), wenn nicht überhaupt das ‚Ende der Geschichte‘ (Fukuyama). Mit der scheinbaren Alternativlosigkeit des globalen Kapitalismus ist die theoretische Bedeutungslosigkeit der Kategorie ‚Klasse‘ verknüpft. Dies gilt zumindest in so fern diese – im Sinne der arbeitenden Klasse – als Trägerin einer historischen Mission, der ‚großen Erzählung‘ des Sozialismus, in den Blick genommen wird. Radikaler noch erklären ModernisierungstheoretikerInnen – in einer empiriefreien, analytisch diffusen, aber diskursiv deutungsmächtigen Form – auch mit Blick auf die Sozialstruktur fortgeschrittener liberaler Gesellschaften gängige Konzepte strukturierter Ungleichheit, sprich ‚class, status and command‘, zu ‚Zombie-Kategorien‘ ohne analytischen Erklärungswert. Insbesondere Jugendliche, so eine typische Position in diesem Kontext, hätten nunmehr die „Chance, die eigene Entwicklung und die persönliche Biografie frei von allen sozialen Zwängen und unabhängig von der sozialen Herkunft gemäß den individuellen Interessen und Ansprüchen, Bedürfnissen und Zielvorstellungen zu planen und

gegebenenfalls zu realisieren“ (Mansel 1995: 18). Nicht vertikale, politisch-ökonomische Macht- und Distributionskämpfe, sondern horizontale ‚politics of identity‘ in der Arena der ‚Kultur‘¹ werden dabei als maßgeblich erachtet. Es geht nicht um einen Fokus auf materielle Lebenschancen, sondern um den von Klassenfragen entkoppelten, politischen Kampf um sozio-kulturelle Wertentscheidungen und Lebensstile (zur empirischen Kritik: Goldthorpe 2003). Der hier wesentliche ‚Kampf um Anerkennung‘ wird nicht als ein Moment der Differenzierung und Ergänzung von Verteilungskämpfen verstanden, sondern erscheint als ‚merely cultural‘, unabhängig von Fragen politischer Ökonomie und sozial hierarchisierter Positionierungen (vgl. Butler 1998). Anerkennung bezieht sich hierbei auf die ‚Identität‘ der AkteurInnen, während Klassenpositionen, im Sinne des materiellen Ausdrucks strukturierter Hierarchien, *per se* keine Identitäten formieren. Sie bedürfen daher keiner Anerkennung, um symbolisch und materiell wirkmächtig zu sein. In diesem Sinne verlassen Reinterpretationen gesellschaftlicher Kämpfe als kulturelle ‚Kämpfe um Anerkennung‘ insofern den Gegenstandsbereich des Egalitarismus, wie sie zumindest implizit auf einem horizontalen Gesellschaftsmodell aufbauen. Heinz Steinert (2004: 197) verdeutlicht diesen Zusammenhang folgendermaßen: „Nur im vertikalen Modell kann es persönliche und kollektive Befreiung geben, nur in diesem Verständnis gibt es den Kampf um Abbau von Herrschaft und Ungleichheit, wenn nötig den revolutionären Sturz der herrschenden Klasse, und den radikalen Umbau der Gesellschaft. In der horizontalen Metapher kann man keine Befreiung denken, nur Zugehörigkeit zum Herrschaftsverband und ‚Anerkennung‘. Wer ‚hinein‘ will, will Integration (und sobald dies gelungen ist, den Ausschluss aller, die noch nachdrängen). Die hegelianische Metapher der ‚Anerkennung‘ hat offensichtlich im Kontext des Denkens von multikulturellen Gesellschaften Konjunktur und dient dazu, die traditionelle bürgerliche Idee von ‚Befreiung‘ endgültig zu verabschieden“. Aus der Perspektive linker Politik ist „winning cultural battles but losing the class war“ (Cromton/Scott 2005: 200) die Konsequenz des Kulturalismus einer horizontalen ‚politics of identity‘. Deren Trägerin ist vor allem jene ‚Koalition‘ aus konservativ-technokratischem und postmodernem Milieu (vgl. Bauer/Bittlingmayer/Ziegler i.d.H.), die den ‚Class War‘ nicht zuletzt deshalb für beendet erklärt, weil sie glaubt ihn gewonnen zu haben. Seine ‚VerliererInnen‘ werden entsprechend als die „Ausgeschlossenen und Desintegrierten“ thematisiert, denen „etwas fehlt“ (Winkler 2005: 113). Was ihnen fehlt sind nicht ökonomische oder symbolische Machtmittel, sondern „Würde, Anerkennung, Achtung (vgl. Taylor 1995), vor allem aber Bildung, Zivilisation und Kultur“ (Winkler 2005: 113). Mit diesem Wissen um die Defizite ihrer AdressatInnen gewappnet, liegt auch für die Soziale Arbeit auf der Hand, was zu tun ist: Es „rekurriert sich die Klientel Sozialer Arbeit und der Sozialpädagogik keineswegs aus guten Menschen, denen die Zumutungen erspart werden können, die mit Zivilisation einhergehen“ (Winkler 2005: 112).

Die – wenngleich teilweise in einer progressiv verklausulierten Rhetorik vorgetragenen – Politiken rund um die Schlagworte ‚Kultur‘, ‚Differenz‘, ‚Identität‘ und ‚Anerkennung‘ sind an die Stelle getreten, die die Begriffe der ‚sozialen Gerechtigkeit‘, ‚Redistribution‘ und ‚Gleichheit‘ in sozialistischen Projekten – aber auch in den Kämpfen um die Gestaltung des Sozialstaats – belegt hatten. Jene basierten auf Vorstellungen einer durch vertikal verlaufende bzw. klassenförmige (Macht-) Ungleichheiten stratifizierten, kapitalistischen Gesellschaftsformation. Dem gegenüber verweisen identitätspolitische Kulturalisierungen auf ein Gesellschaftsverständnis, das schon alleine insofern mit dem des neo-liberalen Hegemonieprojekts kompatibel ist, wie beide von materiellen, strukturell ungleichen Position abstrahieren (vgl. Crompton/Scott 2005, Fraser 2001). Forderungen nach Gleichheit ebenso wie redistributive Wohlfahrtspolitiken erscheinen dabei bestenfalls noch als schwaches Echo eines nun ‚erloschenen historischen Projekts‘ (Giddens 1997). Was übrig bleibt, ist die Frage sozio-kultureller Integration und Ausschließung, als die dominante Form der Problematisierung von ‚Ungleichheit‘ in diesem Projekt. Diese basiert jedoch auf einem spezifischen Gesellschaftsbild „[which] does not draw attention to divisions amongst the ‚socially included‘ and implies a society where most social groups have been incorporated into a common social body, with shared values and interests, and no major issues to fundamentally divide them amongst themselves. [...] Seen in this light, the language of social inclusion and exclusion is entirely consistent with the language of ‚classlessness‘ [... and the idea that] policy need only focus on bringing in those – few – outsiders who remain outside the social body“ (Savage 2002: 60, vgl. Young i.d.H.).

Ordinalität und Nominalität sozialer Ungleichheiten: *RED, SID & MUD*

Sozialstrukturelle Ungleichheiten liegen nicht nur einfach empirisch ‚objektiv‘ vor, sondern sie werden erst durch spezifische Formen der Problematisierung zu einem sozialen und politischen Sachverhalt. Als politische Phänomene und damit als Gegenstand politischer Strategien sind sie vor allem ein Effekt bestimmter Deutungen und Repräsentationen, denen eben nicht nur eine ‚objektive‘ Sozialstruktur und Verteilung materieller Güter, sondern ein gesellschaftliches System von Klassifikationen zu Grunde liegt. Dieses ist keinesfalls ‚nur symbolisch‘ oder ‚lediglich diskursiv‘, sondern hat den sehr materiellen Effekt, Zugangsmöglichkeiten von AkteurInnen und Gruppen zu äußerst ‚realen‘ materiellen, kulturellen und sozialen Gütern zu eröffnen oder zu verschließen (vgl. Neckel 2003). „So macht es etwa einen bedeutenden Unterschied, ob Armut mit Klassifikationen verbunden wird, die Solidarität mobilisieren oder mit solchen die zum Anlass von Diffamierungen werden“ (Neckel/Sutterlüty 2005: 410). Ein

Beispiel für ersteres wäre etwa die Miserabilität von Verhältnissen aufzuzeigen, für letzteres, Arme als faule Menschen zu beschreiben. Über die prinzipielle Verbundenheit von materiellen und symbolischen Aspekten – bzw. von Klasse und Klassifikation – hinaus, unterscheiden Sighard Neckel und Ferdinand Sutterlüty (2005: 415) zwei zentrale Semantiken der Ungleichheit: Graduelle und kategoriale Klassifikationen. Während graduelle Klassifikationen Personen und Gruppen hinsichtlich quantitativer Differenzen (mehr/weniger) ordinal bewerten, dienen kategoriale Klassifikationen zur qualitativen, nominalen Beurteilung von Andersartigkeiten (gleich/verschieden). Graduelle Bewertungen setzen prinzipiell die gleiche Bezugsgröße zum jeweils bewerteten Merkmale voraus und nehmen „schwächere Gruppen zwar als unterlegen, nicht aber als minderwertig“ wahr. Dem entgegen basieren kategoriale Bewertungen auf exklusiven, sich wechselseitig ausschließenden Kategorien, die es erlauben „bestimmte Akteure aufgrund der Zuschreibung unveränderlicher Zustände und essenzialistisch gedeuteter Eigenschaften“ abzuwerten.

Vor diesem Hintergrund lassen sich mit einer Systematik von Ruth Levitas (1998) drei Stränge der Deutung und Bearbeitung sozialer Exklusion differenzieren (vgl. hierzu auch Young i.d.H.). Diese unterscheiden sich u.a. in einer ordinalen bzw. nominalen Klassifikationen der Merkmale von Exklusion sowie in der Benennung dessen, was als der zentrale Mangel der ‚Exkludierten‘ angesehen wird. Ein mit ordinalen Kategorisierungen arbeitender Ansatz – Ruth Levitas bezeichnet diesen als RED (redistributionist, egalitarian discourse) – thematisiert soziale Exklusion vor allem als Effekt (extremer Formen) sozialer Ungleichheitsverhältnisse. RED verbindet diese mit einem ‚ethischen‘ Bezug auf Fragen des Bürgerstatus, sozialer Rechte und sozialer Gerechtigkeit. Der Mangel der Exkludierten besteht demnach darin, dass ihnen symbolische und materielle Ressourcen vorenthalten werden. Demgegenüber lassen sich zwei weitere Diskurse – Levitas spricht von SID (‚social integrationist discourse‘) und MUD (‚moral underclass discourse‘) – identifizieren, die nominalisierende Re-Klassifikationen von Ungleichheit nutzen. In ‚Rein-‘ oder ‚Mischformen‘ sind SID und MUD in einem hohen Maße Bestandteil des derzeitigen medialen (vgl. Kessl i.d.H.) politischen und wissenschaftlichen, kulturalisierten Exklusionsdiskurses. SID geht davon aus, dass es den Exkludierten primär an bezahlter Arbeit und den hierfür erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten mangelt. Die Beseitigung dieses Mangels bildet die Basis für ‚sozialen Zusammenhalt‘ als Gegenbegriff zur Exklusion. Der enge Zusammenhang zwischen diesen Prämissen und der Programmatik des ‚Aktivierenden Staats‘ ist offensichtlich: SID legitimiert die vorgeblich ‚fördernden‘ Aspekte der Aktivierung. MUD schließlich weist jegliche relationalen Analysen und redistributiven Ansätze zurück. Stattdessen fokussiert MUD auf die individuellen Werte und Verhaltensweisen der Exkludierten, die sie vorgeblich aufgrund ihrer ‚Abhängigkeit‘ von wohlfahrtstaatlichen Versorgungsleistungen erworben haben: „To oversimplify: the three discourses dif-

fer in what the poor/excluded are seen to lack: In RED, they have no money; in SID they have no (paid) work; in MUD they have no morals“ (Levitas 2003). Insbesondere die kulturalistisch nominalisierende MUD-Variante des Exklusionsdiskurses ist eng mit den punitiven Aspekte der Praxis des ‚Aktivierenden Staats‘ bzw. der Legitimation der Dimension des ‚Forderns‘ verknüpft. In einem gewissen Sinne verweist die Rede vom ‚Fordern und Fördern‘ mit Blick auf die hegemonialen Ungleichheitsdiskurse in so fern bereits auf den Nexus von SID und MUD im gegenwärtigen Diskurs um ‚Reform‘ und ‚Modernisierung‘ (vgl. auch Kessl i.d.H.).

REDDy to rumble:

Der egalitätsorientierte Redistributionsdiskurs

In der Sprache von Nancy Fraser kann RED im Wesentlichen als ein transformativer Ansatz verstanden werden. RED zufolge ist Exklusion ein Problem „which could be solved only by a substantial redistribution of resources, both through cash incomes and public services. At this stage, the discourse in which ‚social exclusion‘ was embedded was explicitly redistributive [... and focused on] a process in which multiple deprivation has an impact on the social as well as material fabric of people’s lives“ (Levitas 2004: 4, 10). Der einzige Grund im Kontext des RED überhaupt von sozialer Ausschließung zu sprechen, besteht in dem prinzipiellen Potenzial dieses Begriffs, gesellschaftliche und institutionelle Prozesse zu kritisieren, durch die Menschen *ausgeschlossen werden*. Aus der RED-Perspektive basiert Ausschließung auf Prozessen sozialer Schließung von der bestimmte Akteure profitieren, indem sie symbolische, ökonomische, kulturelle und soziale Kapitale, Güter und Ressourcen sowie die Verteilungs- und Verfügungsgewalt über diese und über ‚Lebenschancen‘ und deren kategoriale Deutung mehr oder weniger exklusiv akkumulieren. RED thematisiert ‚Ausschließung‘ als ein graduelles Konzept, das vor allem auf die Selektivität jener strukturellen Bedingungen der Möglichkeiten verweist, die es den Akteuren erlauben, ihre formalen Rechte substanziell verwirklichen und sich damit als ‚gleichfreie‘ BürgerInnen begegnen zu können (vgl. Otto/Ziegler 2005, Young i.d.H.). Dabei ist ökonomische Armut *nur eine* Dimension sozial stratifizierter (Macht-)Ungleichheit, die ihrerseits einen wesentlichen Effekt vorherrschender materieller wie kulturell-symbolischer Produktionsweisen sowie der zugehörigen Herrschaftsformationen darstellt. Darüber hinaus problematisiert RED eine ganze Reihe alltagspraktischer wie institutionalisierter Prekarisierungen, Entmutigungen, Diskriminierungen, Zumutungen, Ab- und Entwertungen, Verweigerungen von Entfaltungsmöglichkeiten, Vorenthaltungen von Ansprüchen und Rechten etc. mit denen Gefühle der Unterlegenheit, Indignität und Scham einhergehen.² Diese – in Abwandlung der Terminologie von Sennett und Cobb (1972) – ‚salient

injuries of class‘ können keinesfalls auf die schlichte Verteilung pekuniärer Mittel reduziert werden (vgl. Bourdieu et al. 1997, Neckel 1991, Schultheis/Schulz 2005). Nichtsdestoweniger verweisen sie in einem hohen Maße auf das, was Andrew Sayer (2005) als die moralische Bedeutsamkeit von Klassenungleichheiten bezeichnet, die gerade von jenen erfahren wird, „who lack the privilege to be able to ignore it“. Der RED-Ansatz, so lässt sich zusammenfassen, versteht ‚Exklusion‘ als einen Herrschafts-Modus und Effekt strukturierter Ungleichheit. Er bleibt dabei ein Ansatz, der sich auf die sozialen und kulturellen Klassenstratifizierungen und -kämpfe richtet, bzw. auf jene vertikalen Auseinandersetzungen, die wesentlich durch die zentralen, wechselseitig verwiesenen Dimensionen struktureller Ungleichheit – sprich: ‚class, gender und race‘ – vermittelt sind.

SID and Nancy don't work: **Der erwerbsarbeitszentrierte Inklusionsdiskurs**

Verweist der Gedanke ‚Sozialer Schließung‘ im Kontext des RED Ansatzes auf die Interessen und Kämpfe, die Prozesse der Ausschließung hervorbringen und auf Akteure, die ausschließen, geraten diese aus den – in Frasers Terminologie politisch affirmativen – Perspektiven von SID und MUD aus dem Blick. Mit SID geht es hauptsächlich um die Inklusion der Ausgeschlossenen, die scheinbar abgekoppelt vom ‚Mainstream der Gesellschaft‘ sind. So argumentiert etwa Kronauer, dass aufgrund struktureller Veränderungen der Arbeitsmarktverhältnisse „eine eigene ‚soziale Schicht der Dauerarbeitslosen‘ [entstanden ist], die es in dieser Weise nach dem Krieg bislang nicht gegeben hat. In ihr verbindet sich eine bestimmte objektive soziale Lage mit spezifischen Bewusstseinsformen und Verhaltensmustern“ (Kronauer 1995: 201f.). Für diese eigenständige Schicht der Ausgeschlossenen ginge es, so etwa Giddens, „nicht darum, dass sie weniger Ressourcen haben als andere, sondern darum, dass sie nicht an den Möglichkeiten der Mehrheit teilhaben“ (Giddens 2000: 105). Und entsprechend „nicht um Abstufungen von Ungleichheit, sondern um Mechanismen, die Personengruppen vom Mainstream abkoppeln“ (Giddens 1998: 104). Ein solcher dichotomisierender Ansatz unterscheidet in einer nominalisierenden Weise zwischen dem ‚Mainstream der Gesellschaft‘ und den Ausgeschlossenen. Die Ausgeschlossenen erscheinen dabei weniger als ein Problem der Gesellschaft. Im Gegenteil scheint *ihr* Problem gerade darin zu bestehen, eben kein Teil der Gesellschaft zu sein (kritisch: Castel 2005). Politisch impliziert SID die Inklusion der bislang Ausgeschlossen zurück in den ‚Mainstream der Gesellschaft‘, und zwar durch zielgerichtete, ‚technologische‘ Maßnahmen, die gerade nicht darauf gerichtet sind, grundlegende gesellschaftliche Strukturen zu verändern. Ein zentraler Stellenwert kommt in dieser Logik den verschiedenen Varianten von „Work First“-Stra-

tegien zu, die darauf zielen, die Exkludierten durch das zu inkludieren, was ihnen scheinbar am meisten fehlt: „To be socially included is to work, and to work is to be socially included“ (Kleinman 1998: 10). Der für die Klassenstellung der Akteure maßgeblichen Frage nach Form und Qualität der Arbeit wird dabei keine Bedeutung beigemessen. Eine solche Kategorisierung von sozialem Ausschluss scheint vor allem dadurch an politischer Attraktivität zu gewinnen, wie sie es ermöglicht, die massiven Macht-, Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse, die kapitalistische Gesellschaften grundlegend strukturieren, zu verschleiern. Während SID einen (arbeitenden) ‚Mainstream‘ unterstellt, der eine scheinbar sozial und kulturell einheitliche Entität der Inkludierten darstelle (vgl. Young i.d.H.), verweist Goodin, darauf, dass – unter den Bedingungen realer Ungleichheitsverhältnisse – „couching the argument in terms of ‚inclusion of the excluded‘ constitutes an argument for pushing them ‚just over‘ the line. They remain borderline“ (zit. nach: Bowring 2000: 308). Zugleich verdunkelt SID die relationalen Machtpositionen dominanter Klassen und ihre Strategien zur Aufrechterhaltung und Monopolisierung ihrer Machtressourcen und Privilegien, da er politisch die Ausgeschlossenen fokussiert und analytisch Herrschafts- und Ungleichheits- auf ‚Arme-Leute-Forschung‘³ reduziert. Ein im Sinne von SID geführter – und damit *affirmativer* – Ausschlussdiskurs stellt also das kritische Potenzial der Schließungstheorie von den Füßen⁴ auf den Kopf.

Im Kontext von SID verweist Inklusion primär auf die Konformität zu sozialen Konventionen, während Exklusion – sofern es als ordinales Konzept gedacht wird – auf den Deviationsgrad von diesen Konventionen verweist. Typischerweise wird es in diesem Ansatz jedoch als nominales Konzept⁵ genutzt und bezeichnet dann im Wesentlichen das Absinken unter einen – ebenso willkürlich wie normativ gezogenen – ‚absoluten‘ Suffizienzgrad der Konformität. Dies kommt in der kaum zu übersehenden Tendenz des dominanten Exklusionsdiskurses „[to] create a social boundary or a permanent division between the ‚ins‘ and ‚outs‘ [... and to] ghettoize risk categories [... while] distracting attention from the general rise in inequality“ (Silver 1994: 545, 540) ebenso zum Ausdruck, wie in der Tatsache, dass Hilary Silver bereits vor mehr als zehn Jahren 23 verschiedene Gruppen zählte, die als ‚die Exkludierten‘ kategorisiert und nach allen Regeln der interpretativen und positivistischen Kunst erforscht worden sind.⁶ Die einzige Gemeinsamkeit dieser Gruppen scheint darin zu bestehen, dass man offensichtlich nicht in der Lage ist, diese lebenden Verneinungen des liberalen Traums eines für alle durch Anstrengungen, Fleiß und Anstand erreichbaren individuellen Erfolgs, ebenfalls als Teil der (scheinbar doch nicht so) ‚guten‘ und klassenlosen Gesellschaft zu definieren. Dies spiegelt sich auch darin wieder, dass ein neben der Arbeitslosigkeit weiterer zentraler Grund der Exklusion – und zum Teil auch der Grund für die Arbeitslosigkeit selbst – vor allem in der kulturellen Lebensführung verortet wird. Die Thematisierung von Armut und

Deprivation im Kontext der ‚politics of identity‘ ermöglicht es nicht nur auf mangelnde Anerkennung zu verweisen, sondern bringt es eben auch mit sich, strukturelle Ungleichheitsverhältnisse mit Blick auf die moralische und kulturelle ‚Identität‘ der Ausgeschlossenen zu verhandeln. Wer, so argumentiert etwa Michel-Schwartz (1998) mit Blick auf arbeitslose Jugendliche, „keine Anerkennung der eigenen Leistungsbereitschaft erfährt, wird entweder resignieren oder andere Betätigungsfelder bzw. Formen der Anerkennung suchen. So entstehen Biotope für Subkulturen mit eigenen Normen und Wertvorstellungen, mit Leistungs- und Anerkennungskulturen, die von gesellschaftlichen Standards abweichen, aber einen ungleich höheren Konformitätsdruck erzeugen. Wir finden derartige Phänomene in politisch radikalen Kreisen und in der Illegalität, vor allem in der kriminellen und Drogenszene“. Diese Form der Thematisierung kennzeichnet den fließenden Übergang von SID zu MUD.

MUD-slinging: Der kulturalistische ‚Underclass‘-Diskurs

Typisch für die MUD-Perspektive ist es, die Exkludierten als eine ‚Underclass‘ zu verhandeln, welche weniger durch ihre sozial-ökonomische Position als durch ihr moralisches Handeln und kulturelles ‚Sein‘ bestimmt wird. Mit Blick auf eine solche ‚Underclass‘ ist, wie Jencks und Peterson (1991: 3) ausführen, ‚Class‘ jedoch „the least interesting half of the word. Although it implies a relationship between one social group and another, the terms of that relationship are left undefined until combined with the familiar word ‚under‘ [... ‚U]nder‘ suggests the lowly, passive, and submissive, yet at the same time the disreputable, dangerous, disruptive, dark, evil, and even hellish. And, apart from these personal attributes, it suggests subjection, subordination, and deprivation“. Diese Underclass wird nicht nur mit stigmatisierenden Adjektiven, sondern mit einem ganzen Sammelsurium ‚negativer Klassifikationen‘ belegt, die von ‚Seuche‘ (Murray 1996) über ‚Krebsgeschwulst‘, „which eats away at the texture of societies“ (Dahrendorf 1987) bis zu dem reichen, was das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA 2005) in einer Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Vorrang den Anständigen“ zum Ausdruck bringt. Der (berechtigte) Empfang von 345 Euro ALG II und anderer sozialer Leistungen wird im Bezug auf die Moral (der LeistungsempfängerInnen) verhandelt: „Biologen“, so die Argumentation, „verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben, übereinstimmend die Bezeichnung Parasiten. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf den Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert“⁷ (BMWA 2005: 10). Für die Menschen am unteren Ende der Sozialstruktur wird also ‚moralische Verfasstheit‘ zu einem Kriterium, dass über ihre

Zugehörigkeit zur ‚Gesellschaft der Berechtigten‘ entscheiden kann. Eine solche Perspektive zeichnet sich zugleich im Sinne eines „blaming the victim“ dadurch aus, gesellschaftliche Verhältnisse und individuelle ‚Verfasstheiten‘ zu entkoppeln. Verhältnisse werden dabei tendenziell naturalisiert und damit Forderungen nach *gesellschaftlichen* Veränderungen entzogen: Was veränderungsbedürftig erscheint, ist die Moral der problematisierten Gesellschaftsmitglieder. Dieser, von der real existierenden ‚Sozialdemokratie‘ vorangetriebenen Variante des MUD gelingt es, zwei zunächst widersprüchliche Diskurse miteinander zu verknüpfen: Klassisch-konservative Diskurse, in denen Ausschließung ein Ergebnis der mangelnden Bereitschaft darstellt, sich in jene ‚natural order of things‘ einzupassen, die die „natural ‚rightness‘ of the established community“ zum Ausdruck bringt (O’Reilly 2005: 81) und das neo-liberale Ideologem, das Arbeitslosigkeit als eine „rational, self-interested reaction to the work disincentives in welfare politics“ (Silver 1994: 554f) fasst. MUD reformuliert entsprechend nicht nur das Problem von Armut in das der Armen, sondern in ein verhaltensbezogenes Doppelproblem von Abhängigkeit und normativer Abweichung. Diese beiden Aspekte werden in der Figur des moralisch unverantwortlichen In-Aktiven, der weniger der Wohlfahrtsleistungen der ‚linken‘ als der Autorität der ‚rechten Hand des Staates‘ (vgl. Bourdieu et al. 1997) bedarf. Dieser Bedarf wird durch eine fordernde Sozialpolitik gedeckt, die – so Lahusen und Stark (2003: 370) – „mit Hilfe des Instrumentes der sozialen Exklusion eine Erziehungsfunktion [... übernimmt und] dadurch die Reproduktion gemeinschaftlicher Wertevorstellungen zu erreichen [trachtet]; nicht zuletzt soll die soziale Exklusion bei jenen eine verstärkte Wertbindung erzeugen, die bereit sind, ihren ‚Pflichten‘ gerecht zu werden, und die ihrerseits diese Pflichterfüllung auch von allen Inkludierten erwarten“.⁸ Den durch MUD inspirierten Strategien ist in der Regel die These zugrunde gelegt, dass aktive wohlfahrtsstaatliche Sicherungs- und Verteilungspolitiken ein ‚passivierendes‘ System erzeugt hätten, das die Fähigkeiten zu Autonomie und Selbsthilfe verschüttet hätte: Sozialpolitisch sei es wesentlich, einer „Kultur der Abhängigkeit“ eine so genannte „Kultur der Selbstbestimmung“ entgegen zusetzen⁹ (Löhr 2000). Dabei wird im Wesentlichen jene besteckende Logik impliziert, dass – wie es Charles Murray (2005) expressis verbis formuliert – gerade die ‚Underclass‘ vor allem verhaltens- und moralbezogene Probleme hat, die nicht durch Wohlfahrtsleistungen zu lösen seien, während „poor people who are not part of the underclass seldom need help to get out of poverty“. Jenseits solcher Problematisierungen von redistributiven Wohlfahrtsleistungen impliziert gerade MUD eine auf Lebensführung, moralische Werte und individuelle Entscheidungen zielende ‚politics of identity‘. Das „mangelhafte oder unvollständige Individuum“, das sich, so etwa Nicholas Capaldi (1998: 105ff.), dadurch auszeichnet „keinen Sinn für Individualität [...] Selbstachtung, Selbstwertschätzung und die Herrlichkeit der Selbstdisziplin“ erworben zu haben, sei das größte Problem moderner, liberaler Gesellschaften. Mit Blick auf

die entsprechend wesentliche politische Herausforderung, „diesen unvollständigen Individuen dabei zu helfen zu wirklich autonomen Individuen heranzureifen“ sei jedoch die Einsicht notwendig, dass die Ursache für die Unvollständigkeit dieser Menschen „kein Mangel an Gelegenheit, kein Mangel an politischen Rechten und kein Mangel an Geldmitteln, sondern ein Charakterfehler, eine moralische Inadäquatheit“ sei. Auch wenn sich Deutungen in der stigmatisierenden Intensität wie sie Capaldi vorträgt in der Sozialen Arbeit selten finden, scheint es auf der Hand zu liegen, dass MUD für pädagogische Disziplinen eine große Anziehungskraft besitzt. Eine nominale Deutung sozialer Ungleichheit in der Semantik von Kultur, Identität und Anerkennung provoziert (sozial-)pädagogische Interventionen, die gerade nicht den Mangel an materiellen Ressourcen, sondern Probleme kultureller Werthaltungen, Fragen der Selbstaktualisierung der AkteurInnen sowie der Hervorbringung ‚sozialer Subjektivität‘ als ihren wesentlichen Gegenstandsbereich betrachten.

Die ‚Underclass‘ definiert sich also im Wesentlichen nicht durch ihre sozial-strukturelle Position in gesellschaftlichen Machtverhältnissen, sondern durch ‚kulturelle‘ Aspekte, die ihre ‚Identität‘ betreffen. Sie zeichnet sich durch eine ‚Kultur der Abhängigkeit‘ bzw. ‚Kultur der Armut‘ aus, welche auf Einstellungen und Verhaltensweisen verweist, die sie und ihre Lebensweise ‚außerhalb der Gesellschaft‘ und des normativ Akzeptablen stellen. Wesentliche Momente seien ihre Arbeitsunwilligkeit, ihre mangelnde Fähigkeit zum Bedürfnisaufschub, ihre mangelnde Belastbarkeit und mit unverschämten Anspruchshaltungen gekoppelte Aspirationslosigkeit, ihre Kriminalitätsneigung, ihre Drogenaffinität und die scheinbar gerade bei minderjährigen weiblichen Mitgliedern der ‚Underclass‘ verbreitete Neigung zur Promiskuität und dazu, uneheliche Kinder in die Welt zu setzen, die sie jedoch weder angemessen zu versorgen noch zu erziehen bereit sind. Weitere Aspekte bestehen in ihrer hygienischen Nachlässigkeit, ihrem verwahten Erscheinungsbild, ihren Tätowierungen und Piercings¹⁰, ihrer Fettleibigkeit aufgrund schlechter Ernährungsgewohnheiten¹¹, ihrem hohen Medien-, v.a. Fernsehkonsum, der sich auf anspruchslose, mediale Angebote schlechtester Qualität (‚Unterschichtfernsehen‘) richte, ihrer Tendenz zu ungesunden Verhaltensweisen, ihrer Abneigung dagegen, Bücher zu lesen und Theater zu besuchen, ihrem konsumeristischen, ‚materialistischen Hedonismus‘ usw. Methodologisch ist diesen und einer beliebigen Reihe weiterer Merkmale, die zur Beschreibung einer vermeintlichen ‚Underclass‘ herangezogen werden, gemeinsam, dass sie häufig schon als je einzelne gravierende handwerkliche Mängel und untereinander in der Regel nur mäßige Korrelationen aufweisen (hierzu treffend: Bourdieu/Wacquant 1999). Auf dieser Basis bemühen dann eine Reihe von ForscherInnen das ganze Potenzial der positivistischen Kunst, um ‚nachzuweisen‘, dass es ‚ernst zu nehmende Hinweise‘ dafür gäbe, dass sich eine solche ‚Underclass‘ ‚in der Zukunft‘ ‚vielleicht‘ entwickeln bzw. ausweiten könnte. Mit Blick auf die Unklar-

heit der im Wesentlichen politischen – und gerade wegen ihrer Unklarheit und damit beliebigen Einsetzbarkeit nützlichen – Konzepte ‚sozialer Exklusion‘ und ‚Underclass‘, wundert es nicht, dass es kaum Einigkeit darüber gibt, wer genau dazu gehöre und wie hoch ihr Anteil sei, und dass es vornehmlich (Modernisierungs-)TheoretikerInnen sind, die mit (geschätzten) Zahlen argumentieren. Wie Goldthorpe (2003: 45) aufzeigt, spricht etwa Giddens von einer kleinen Minderheit der Ausgegrenzten von etwa 5 Prozent in Großbritannien¹², Grey behauptet hingegen, dass Großbritannien mit zwanzig Prozent der Bevölkerung den höchsten Anteil an Ausgegrenzten in Europa aufweise, während Ulrich Beck von mindestens dreißig Prozent der Bevölkerung spricht, die in Deutschland sozial ausgegrenzt seien und dies durch die ‚Brasilianisierung‘ der globalisierten Welt, künftig für die ‚Mehrheit der Menschheit‘ zutreffen werde. Solche Schätzungen sind im Kern nicht wesentlich unpräziser, als jene ‚empirischen‘ Studien, die das Maß und die Entwicklung der ‚Underclass‘ darzustellen versuchen. Dies lässt sich exemplarisch mit Blick auf die Hauptgruppen von SID und MUD aufzeigen: den Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen und ‚jugendlichen Müttern‘.

Ein zentrales Thema stellt dabei die These der Entwicklung einer ‚Kultur der Armut‘ dar. Diese wird zugleich als ‚Armut an Kultur‘ sowie als ‚Armut an Aspiration‘ problematisiert, welche die Konsequenz eines lethargischen, durch Sozialleistungen alimentierten und über mehrere Generationen hinweg verfestigten ‚Sozialhilfeadels‘ bzw. ganzer ‚Armutsdynastien‘ sei. Sie wird vornehmlich im Sinne von Denk- und Handlungsmustern beschrieben, die in einer Lebensführung münden, in der „[s]taatliche Transferleistungen und Kleinkriminalität [...] Arbeit als materielle Basis für Lebensunterhalt und Konsum“ (Becker et al. 2002: 17) ersetze.

Über ‚Welfare Queens‘ und ‚Soccer Moms‘

Im Zusammenhang mit der behaupteten Verbreitung einer solchen ‚Kultur der Armut‘ hat das bislang vor allem in US-amerikanischer Varianten von SID und MUD maßgebliche Problem allein erziehender, Sozialhilfe empfangender (insbesondere jugendlicher) Mütter – den so genannten ‚Welfare Queens‘¹³ – inzwischen auch in Deutschland verstärkte politische und mediale Aufmerksamkeit erfahren: Ihre Entwicklung wird als ‚dramatisch‘, ‚besorgniserregend‘ und ‚verheerend‘ eingeschätzt.¹⁴ Insbesondere wird dabei das scheinbar epidemische Phänomen der Schwangerschaften von Jugendlichen aus ‚sozial schwierigen Verhältnissen‘¹⁵ problematisiert. Im Mittelpunkt stehen dabei jedoch weder sozialinfrastrukturelle noch die möglichen Realisierungsprobleme der Lebensziele und -vorstellungen dieser Jugendlichen, sondern ihre prognostizierte, nominal kategorisierte ‚Culture of Dependency‘. Was aus vorliegenden Zahlen demgegenüber

jedoch gesichert zu entnehmen ist, ist zunächst lediglich, dass im Jahr 2003 Mütter unter 17 Jahren bundesweit insgesamt 1868, Mütter unter 18 Jahren insgesamt 5131 Kinder zur Welt gebracht haben.¹⁶ Unabhängig davon, dass die Elternschaft Minderjähriger in den 1960er Jahren dreimal und in den 1970er bis 80er Jahren doppelt so hoch war wie heute, werden vor allem minderjährige und allein erziehende, wohlfahrtsleistungsempfangende Mütter zu einer Art Prototyp dessen, was die weiblichen Mitglieder der neuen ‚Underclass‘ auszeichne. Problematisiert werden dabei nicht nur ihre sexuellen Praxen im Sinne einer Neuaufgabe der klassischen Kategorie ‚sexueller Verwahrlosung‘, sondern diese repräsentieren nur einen Aspekt ihrer insgesamt problematischen Lebensführung.¹⁷ Die Verantwortungslosigkeit ihrer Handlungen, ihre mangelnde Investition in Schule, Ausbildung und Beruf sowie – bei den minderjährigen Müttern – nicht zuletzt das generelle Versagen ihrer eigenen Eltern. Ihnen drohe, so etwa der Bundesverband der deutschen Frauenärzte (Pressemitteilung vom 13.5.2005), „meistens die Enttäuschung sozialer Ausgrenzung“. Und nicht nur das: „Gefangen in der Armutsspirale jahrelanger Abhängigkeit von der Sozialhilfe drückt sich der Kindsvater vor der Verantwortung und macht sich nicht selten aus dem Staub“. Der Fokus auf die prognostizierte ‚Sozialhilfekarriere‘ – die sie, so eine weitere Prognose, an ihre Kinder weiter vererben werden – richtet sich zum einen darauf, dass diese Mütter nun nicht mehr in der Lage seien, sich durch Lohnarbeit selbst zu reproduzieren. Zum anderen reproduziert er implizit oder explizit auch den traditionellen Geschlechterstereotyp der Vollzeit-Mutterschaft, die eines solventen männlichen Ernährers bedürfe. Die jungen Frauen sehen sich in so fern nicht nur den strukturellen Problemen ihrer Lebenssituation, sondern auch dem Dilemma ausgesetzt, dass „they face judgement either as ‚bad‘ mothers who are not there for their children, or as ‚bad‘ [worker-]citizens who have not earned inclusion“ (Kidger 2004: 296). Dass das dieser Einschätzung mit zugrunde liegende konservative Ideal der Vollzeitmutter durchaus hegemonial ist, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass auch für die auf Wohlfahrtsleistungen verwiesenen Mütter die generelle Devise gilt, dass „the full-time stay-at-home mother is still the best mother“ (West 2002: 15). Im Ansatz findet sich dabei – auch in Deutschland – jedoch gleichzeitig, die vor allem im angelsächsischen Kontext weit verbreitete Ironie, dass „middle class and wealthier Soccer Moms¹⁸ are praised for ‚staying home‘ welfare mothers are severely criticized for ‚sitting home all day““ (West 2002: 15). Die nicht nur auf Jugendliche, sondern auf alle Frauen bezogene Kernthese lautet dabei, dass vor allem Frauen aus der ‚Underclass‘, die Sozialhilfeempfängerinnen, diejenigen ohne Ausbildung, die auf Wohlfahrtsleistungen verwiesenen Schichten der Gesellschaft, genau jene wären, die im höchsten Maße Kinder in die Welt setzen und nicht zuletzt durch ihre mangelhaften Kompetenzen bei der Erziehung ihrer Kinder die Gesellschaft demografisch ‚unterschichten‘. Auf der Basis der Daten des Mikrozensus von 2004 ergibt sich jedoch ein völlig anderes Bild: Knapp die Hälfte der Frauen, die über das geringste

Haushaltsnettoeinkommen (unter 1100 Euro) verfügen, bekommen gar keine Kinder. Und auch in der zweitärmsten Gruppe (1100 bis unter 1500 Euro) bleiben noch 39 Prozent ohne Kinder (vgl. Stutzer/Hin 2005). Anders formuliert heißt das, dass keine anderen Einkommensgruppen häufiger kinderlos bleiben, als diejenigen am untersten Ende der Einkommensskala. Damit im Einklang weist auch die Untersuchung von Rank (1989) für den US-amerikanischen Staat Wisconsin aus, dass gerade die „fertility rate of welfare recipients is actually lower than the fertility rate among women not on welfare. Moreover, the duration of welfare dependency has a negative effect on the probability of child-bearing.“ Die Gruppen, die in der Bundesrepublik am seltensten kinderlos bleiben, sind nicht die Angehörigen der ‚Underclass‘, sondern – nimmt man Berufsgruppen als Indikator – jene Frauen, die konventionell der Arbeiter- und unteren Mittelklasse zuzuordnen und in aller Regel mit ebensolchen Männern verheiratet sind.¹⁹ Dabei lässt sich zwar durchaus sagen, dass die Wahrscheinlichkeit – auch zur frühen – Mutterschaft zwar durchaus klassen- aber eben nicht ‚underclass‘-spezifisch ist. Im Anschluss an Heinz-Günter Micheel (2003) kann argumentiert werden, dass nicht nur die Tatsache dass, sondern auch der Zeitpunkt zu dem sich Frauen dafür entscheiden Mütter zu werden, weniger durch distinkte (Sub)Kultur- und Wertorientierungen als vielmehr durch eine – relational zu ihrer Lebens- bzw. Klassensituation²⁰ – rationale Orientierung beeinflusst wird. Auch US-amerikanische und britische Studien zeigen, dass sich bei der so genannten ‚Underclass‘ kaum substanzielle Unterschiede zum so genannten ‚Mainstream‘ finden hinsichtlich der kulturellen Einschätzungen, Bewertungen und Anerkennungsformen von Fragen von Mutterschaft – schon gar nicht solche, die es erlauben würden, von einer Kultur der ‚Welfare Mothers‘ zu sprechen (vgl. Kaplan 1997, Dean/Taylor-Gooby, 1992).

‚Kultur der Abhängigkeit‘: Hängematten und Armutfallen

Mit Blick auf das genderspezifische Pendant zur ‚Welfare Mother‘, dem überwiegend männlich konnotierten Bild des arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen, gewinnt – im Kontext von SID und MUD – die These einer ‚Kultur der Abhängigkeit‘ an Bedeutung. Ein großzügiges Wohlfahrtssystem habe die Bevorzugung der „sozialen Hängematte“²¹ zu Ungunsten eines durch eigenen Erwerb gesicherten finanziellen Lebensunterhalts evoziert. Der Sozialstaat schaffe somit eine ‚Armut-‘, ‚Arbeitslosigkeits-‘ bzw. ‚Sozialhilfefalle‘: Er ermutige die Betroffenen dazu, sich aus rationalen Erwägungen gegen eine Arbeitsaufnahme zu entscheiden, die ihre finanzielle Situation nur unwesentlich verbessern würde²² (vgl. Sesselmeier 1997). Zu behaupten, dass die Empirie, auf der diese weit reichenden Behauptungen aufbauen, auf tönernen Beinen stehe, wäre eine glatte Unterbreitung. Dies gilt selbst dann, wenn man darüber hinweg sieht, dass der gesamte

Diskurs vor allem von den für ‚großzügige‘ Wohlfahrtsleistung nun nicht eben gerade bekannten ‚liberalen Welfare-Regimes‘ übernommen worden ist und wenn man die bekannte Einsicht außer Acht lässt, dass das soziale Leistungssystem in Deutschland „als ‚Hängematte‘ so unattraktiv [ist], dass 30 Prozent bis 50 Prozent an sich Hilfeberechtigter die Hilfe nicht in Anspruch nehmen“ (Leibfried 1997: 70) und so ‚großzügig‘ ist, dass die Armutsrate unter Arbeitslosen in Deutschland weit über dem EU-Durchschnitt liegt und nur mit Großbritannien, Italien und Spanien vergleichbar ist (vgl. Ludwig-Mayerhofer 2005). Ganz unmittelbar gegen solche Behauptungen spricht, dass sich starke, kausale Zusammenhänge zwischen einer ‚Wohlfahrtsabhängigkeit‘ der Herkunftsfamilie und dem Empfang von Wohlfahrtsleistungen der Kinder empirisch nicht finden (dazu Goetze 1992; Ulrich 2003), ein negativer Einfluss staatlicher Transfers auf die Arbeitsangebotsentscheidungen im unteren Einkommensbereich – v.a. im Vergleich zu öffentlichen Diskussionen (vgl. Kessl i.d.H.) – massiv überschätzt wird²³ (vgl. Andreß/Strengmann-Kuhn 1997), ein dauerhafter Sozialhilfebezug vergleichsweise selten und die Mobilität aus dem Bezug sozialer Hilfen heraus hoch ist. Auf Basis einer Analyse von SOEP-Daten zwischen 1991–1996 sprechen Gebauer, Petschauer und Vobruba (2002) davon, dass 59 Prozent der Betroffenen nach einem, 78 Prozent nach drei und 83 Prozent nach fünf Jahren keine Sozialhilfe mehr beziehen und ein Drittel der Personen dieser Stichprobe Erwerbstätigkeiten aufnimmt, die unterhalb der Schwelle zur Sozialhilfe liegen, sodass sie weiterhin ergänzend Sozialhilfe empfangen.²⁴ Selbst wenn man, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen als ‚Rational Choice‘-AkteurInnen in den Blick nimmt, ist das Armutsfallenargument alleine deshalb nicht überzeugend, weil Entscheidungen über die gegenwärtige Arbeitsaufnahme bzw. die aktuelle Arbeitslosigkeit auch Effekte auf künftige Beschäftigungs- und Einkommenschancen zeitigt. Ferner wären – wenn schon im Sinne utilitaristischer Modellrechnungen argumentiert wird – auch nicht-pekuniäre Kosten zu kalkulieren, wie etwa der Wunsch nach Kontakt und Umgang mit Kollegen, nach Anerkennung, das Gefühl gebraucht zu werden etc.²⁵ So zeigen Winkelmann und Winkelmann (1998) mit Blick auf solche ‚Kosten‘ einen „significant and substantial negative impact on satisfaction [auf]. The non-pecuniary costs of unemployment by far exceed the pecuniary cost associated with loss of income while unemployed.“ Darüber hinaus legt schließlich eine maßgebliche Studie von Duncan Gallie nahe, dass die Unterstellung, die ‚Nutzenseite‘ der ‚rationalen Kalkulation‘ läge in der Vermeidung von Erwerbsarbeit, bei anderen Gruppen wesentlich plausibler ist, als bei der ‚Gruppe der Arbeitslosen‘. So zeigt Gallie zwar, dass ‚Langzeitarbeitslose‘ ein geringfügig niedrigeres Maß an Arbeitsorientierung (‚work commitment‘)²⁶ aufzeigen als ‚Kurzzeitarbeitslose‘, aber beide ein deutlich höheres Maß als abhängig und selbstständig Beschäftigte: „[U]nemployed as a whole were actually more committed to employment than those who work“ (Gallie 1994: 742). Dieser Befund dürfte auch auf Deutschland übertrag-

bar sein. Anhand von Daten aus dem breit angelegten CASE Projekts, zeigt Helga Cremer-Schäfer (2005) auf, dass das Bestreben eines Vermeidens eines als entwürdigend empfundenen ‚Lebens in Abhängigkeit‘ und Versuche ‚das Leben in die eigene Hand‘ zu nehmen, ein zentrales Moment der Alltagsroutinen der Betroffenen ist: „Schlimmer als ausgebeutet zu werden und noch schlimmer als private Abhängigkeit“, so fasst Cremer-Schäfer (2005:172) zusammen „wird die Abhängigkeit von staatlichen (Wohlfahrts-)Bürokratien und ihrem Personal beurteilt. Bezahlte Arbeit ist gefragt, weil dies [...] als der Weg erfahren wird mit dem man etwas eigenes hat, ein Eigentum auf dessen Basis man selbst dafür sorgen kann, dass und wann man an welchen gesellschaftlich erzeugten Ressourcen partizipieren kann“. Wie auch eine ganze Reihe anderer Studien aufzeigen, lässt sich generell davon sprechen, dass sich die Armen und ‚Exkludierten‘ „nahezu ausnahmslos an den Werten der Selbstständigkeit und der Arbeit“ (Keller 2005: 113) orientieren bzw. allgemeiner formuliert, an den „dominant attitudes, aspirations and values of mainstream society“ (Bowring 2000: 323, Häussermann/Kronauer 2005, Young i.d.H.)²⁷. Es spricht viel dafür, dass diese „Werte sogar stärker ausgeprägt [sind] als bei den Mittel- und Oberschichten“ (Keller 2005: 123, vgl. Heath 1992), da Armut und Marginalität eben auch in fortgeschritten liberalen Gesellschaften nach wie vor ein deutlich klassenspezifisches Phänomen ist (vgl. Groh-Samberg 2004, Goldthorpe 2003). Die Klassenmilieus, aus denen sich diese Gruppen empirisch in einem außerordentlich hohen Maß rekrutierten (vgl. Morris 1996, Groh-Samberg 2004, Keller 2005) weisen in aller Regel jenen Habitus auf, für den Michael Vester et al. (2001) eine ausgeprägte Konformitätsorientierung rekonstruieren. Im Anschluss an die Studien von Carl Nightingale (1993) erscheint es in so fern angemessen, für die so genannte ‚Underclass‘ nicht nur *keine* nominal distinkte ‚Kultur‘ zu unterstellen, sondern eher von einer kulturell-normativen *Überadaptation* der vorherrschenden Kultur- und Konsumnormen auszugehen, die jedoch mit Blick auf die verfügbaren Ressourcen ihrer Träger materiell nicht verwirklicht werden können. Ihr Problem ist daher, wie es Jock Young (2002) formuliert, „not so much the process of [...] being simply excluded but rather one [...] of being] all too strongly included in the culture but, then, systematically excluded from its realisation.“

‚Not even wrong‘:

Eine Bilanz der nominalistischen ‚Underclass‘-Debatte

Lydia Morris (1996) hat ebenso wie unzählige andere SozialwissenschaftlerInnen nachgezeichnet, dass das Existente an der ‚Underclass‘ – falls überhaupt (vgl. Andreß 1999) – ihre marginalisierten strukturellen Positionen sind, die auf ungleiche gesellschaftliche Machtrelationen und Verteilungen von Vor- und Nachteilen

verweisen. Eine eigenständige, von anderen Klassen und Milieus abgrenzbare ‚Kultur der Underclass‘ ist vielfach widerlegt²⁸ (im Überblick: Lister 2004, Dean/Taylor-Gooby 1992, Heath 1992) aber nirgendwo bestätigt worden. Vielfältige Versuche, eine ‚Underclass‘ als *eigenständige Klasse* unterhalb der ArbeiterInnenklasse zu verorten, waren analytisch diffus und sind auch empirisch gescheitert. Ergebnisse aus einer Community-Studie auf der Basis von (bisher) 350 Survey-Interviews im Kontext eines eigenen Forschungsprojekts²⁹ sprechen dafür, dass dies nicht nur mit Blick auf Präferenzen und Werthaltungen der Fall ist. Überprüft wurden ebenfalls Aspekte der Selbstwirksamkeitsüberzeugungen (etwa sein alltägliches Leben selbst in der Hand zu haben, sich (nicht) einsam zu fühlen oder sich (keine) großen Sorgen um die Zukunft zu machen) und jene Momente von Vertrauen, Mitgliedschaften und sozio-kulturellen wie politischen Praktiken, die gemeinhin als Indikatoren der ‚Inklusion‘ und ‚Partizipation‘ in dem gelten, was im dominanten Diskurs als ‚Zivilgesellschaft‘ verhandelt wird.

Die Zusammenhänge wurden auf zwei verschiedene Art und Weisen überprüft:

(1) Zunächst wurde auf der Grundlage unterschiedlicher Variablen (Zugehörigkeit zur ‚Arbeiterklasse‘, Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld, derzeitige Erwerbstätigkeit sowie ‚niedrige‘ und ‚hohe‘ Klasse) Dummy-Variablen gebildet, d.h. es gibt lediglich zwei Ausprägungen: man gehört zu dieser Gruppe (ja) oder nicht (nein). Die Bestätigung einer ‚Underclass‘ würde sich darin zeigen, dass hierbei deutliche Korrelationen zu bestimmten Merkmalen auftreten, denn dann würde sich beispielsweise die Gruppe der SozialhilfeempfängerInnen deutlich von den übrigen nicht-sozialhilfeempfangenden Befragten unterscheiden. Weiterhin müsste die ‚niedrige‘ Klasse deutlich vom so genannten ‚Mainstream‘ abweichen, die ‚hohe‘ Klasse hingegen nur wenig bzw. gar nicht, da sie als Teil des ‚Mainstreams‘ gilt. Dies müsste sich darin ausdrücken, dass die Korrelationen bei ‚niedrige‘ Klasse deutlich stärker sind, als bei ‚hohe‘ Klasse.

Unsere Ergebnisse (vgl. Tabelle 1) zeigen zunächst, dass jene Dummy-Variablen, die Gruppen abbilden, die auf aktuelle eigene Erwerbstätigkeit und jene, die auf Arbeitslosigkeit verweisen, selbst im Falle bloßer binärer Korrelationsberechnungen mehr oder weniger keine Zusammenhänge zu den auf ‚Selbstwirksamkeit‘ und ‚zivilgesellschaftliche Integration‘ verweisenden Indikatoren aufzeigen. Zwar zeigen sich Zusammenhänge bei jener Dummy-Variablen, die auf SozialhilfeempfängerInnen verweist. Dies könnte jedoch ein statistisches Artefakt sein, da sich SozialhilfeempfängerInnen überproportional aus niedrigen, bzw. den ArbeiterInnenklassen rekrutieren (vgl. Groh-Samberg 2004). Tatsächlich weisen die Dummy-Variablen ‚Arbeiterklasse‘³⁰ und ‚niedrige Klasse‘ – obwohl das jeweilige Merkmal eine je deutlich (bzw. vielfach) größere Anzahl an Befragten betrifft – insgesamt deutlich höhere Zusammenhänge auf, als ‚Sozialhilfe‘. Darüber hinaus sind die Zusammenhänge mit Blick auf das Cluster ‚hohe Klasse‘

stärker als hinsichtlich ‚niedrige Klasse‘ sowie deutlich und durchgängig höher als hinsichtlich der Dummy-Variable ‚Sozialhilfe‘.

(2) Die zweite Berechnungsgrundlage bilden metrische, linear verlaufende Variablen bzw. Faktoren (der Klassenfaktor sowie das Nettoäquivalenzeinkommen), bei denen alle Befragten einen Zahlenwert auf einer durchgängigen Skala zugewiesen bekommen. Mit diesen Faktoren wurden ebenfalls Korrelationen zu den auf ‚Selbstwirksamkeit‘ und ‚zivilgesellschaftliche Integration‘ verweisenden Indikatoren berechnet. Hierbei zeigt schon alleine die Variable ‚Nettoäquivalenzeinkommen‘ in allen Aspekten höhere Zusammenhänge auf, als ‚Sozialhilfe‘³¹ und in der Regel auch als alle anderen Dummy-Variablen. Die mit Abstand stärksten, durchweg hoch signifikanten Zusammenhänge weist der lineare, schon qua Definition metrisch auf die gesamte befragte Population bezogene Faktor ‚Klasse‘ auf. Mit Blick auf jene Ungleichheiten, die sich im Sinne von Neckel und Sutterlüty in ‚ordinaler‘ Form kategorisieren lassen, zeigen sich also die deutlichsten Effekte. Diese ziehen sich linear durch die gesamte Population. Demgegenüber führt eine Gegenüberstellung von binären, nominal klassifizierten Gruppen nicht nur eher zu einer Stigmatisierung dieser Gruppe, sondern auch eher zu einer Verschleierung als zu einer Aufdeckung von Ungleichheiten. Die Vorstellung, dass eine nominale ‚Underclass‘ von einem ‚Mainstream‘ exkludiert wird, scheint nicht nur mit Blick auf die ‚Underclass‘, sondern auch mit Blick auf den ‚Mainstream‘ unangemessen. Die höheren Klassen weichen stärker von diesem ab, als die niedrigen. Es scheint daher eher sinnvoll, von einer klassenförmig strukturierten, kapitalistischen Gesellschaftsformation auszugehen, in der sich zwar mittlere Klassenlagen statistisch ‚clustern‘ und auch wie sie Studien von Pierre Bourdieu und Michael Vester zeigen, milieutheoretisch beschreiben lassen (vgl. Bauer/Bittlingmayer/Ziegler i.d.H.). Es finden sich jedoch keine Hinweise auf einen angeblich ‚klassenlos‘ verstehbaren ‚Mainstream‘, von dem sich die untersten Gruppen abgrenzen lassen.

Es spricht vieles dafür, die ‚Armen‘ und ‚Ausgeschlossenen‘ kulturell, habituell und hinsichtlich ihrer auf materielle Lebenschancen verwiesenen Lebensführung als Teil der ArbeiterInnenklasse zu verstehen. Von diesen mögen sie sich mit Blick auf die Verfügung von Ressourcen – die auf sozio-ökonomische Veränderungen verweisen, die die gesamten unteren Klassenmilieus bzw. jene der manuellen ArbeiterInnen betreffen, bzw. bedrohen (vgl. Bourdieu et al. 1997, Goldthorpe 2003, Groh-Samberg 2004) – in quantitativ-ordinaler Hinsicht unterscheiden, nicht jedoch durch substantielle, qualitativ-nominale Merkmale (vgl. Marshall/Roberts/Burgoyne 1996). Dabei wird die enge Beziehung von Armut und *Klasse* nicht schwächer, sondern – gerade auch in Deutschland – umso *stärker*, wenn nicht nur Einkommens- sondern auch andere Deprivationsindikatoren herangezogen werden (vgl. Goldthorpe 2003, Groh-Samberg 2004, Layte et al. 2000). Demgegenüber hat die Rede von der ‚Underclass‘ bzw. die kulturalistische,

nominale Klassifizierung ‚sozial Exkludierter‘ zwei zentrale Blindstellen. Erstens finden sich zwar unzählige Anekdoten und Erzählungen aber *überhaupt keine* Nachweise der bloßen Existenz einer (eigenständigen) ‚Underclass‘, die auch nur ansatzweise methodische Validität und analytische Konsistenz für sich beanspruchen können (vgl. Goldthorpe 2003). Zweitens, ist dieser Begriff ein politischer Begriff, der eher darauf zielt, die Beschriebenen zu marginalisieren und nicht darauf, Marginalisierte zu beschreiben (vgl. Lister 2004). Er bringt eine bestenfalls irreführende, in der Regel jedoch eine gefährliche Verschleierung der gesellschaftlichen Realität von Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen zum Ausdruck und basiert weniger auf einer Analyse realer Probleme von Deprivation und Unterdrückung, sondern auf klassischen Stereotypen bürgerlicher Abwertung. Das politische wie analytische Elend der Rede von einer „Underclass ‚shut out‘ or ‚cut off‘ from society“ bringt Mark Kleinman (1998: 7–8) treffend auf den Punkt. „In fact, as a way of understanding the set of problems that confronts us, the concept of the ‚underclass‘ is, to borrow a phrase from the physicists ‚not even wrong‘. As description it is inaccurate, as analysis worse than useless, and as a guide to policy positively harmful.“

Class Counts

Die Kritik an Vorstellungen einer ‚Kultur der Armut‘ bzw. ‚Kultur der Abhängigkeit‘ bedeutet nun gerade nicht, die Einsicht zurückzuweisen, dass es Korrespondenzen zwischen sozialen Positionen und den Lebensführungen, den Wahrnehmungen, Bewertungen, Präferenzen bzw. dem gibt, was man als ‚kulturelle Praktiken‘ der AkteurInnen bezeichnen kann (vgl. Bauer/Bittlingmeyer/Ziegler i.d.H.). So zeigen etwa korrespondenzanalytische Studien im Anschluss an Pierre Bourdieu auf, dass es z.B. vor allem bei Angehörigen höherer Klassen Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitalformen gibt, über die sie verfügen, „weil das eine Kapital zielgerichtet für den Erwerb des anderen verwendet werden kann [... Demgegenüber] können die Mitglieder der unteren Klassen ihre Kapitalien nicht zielgerichtet einsetzen. Aufgrund ihrer starken ökonomischen und bildungsmäßigen Restriktionen haben sie keine Wahl bei der Ausprägung ihres Lebensstils, es gibt keine zielgerichtete Ausrichtung von Geschmack bei den unteren Klassen“ (Blasius/Friedrichs 2001: 340). Pierre Bourdieu (1982) hat dies als den ‚Geschmack der Notwendigkeit‘ bezeichnet. Er resultiert in seiner Materialität aus den verinnerlichten praktischen Erfahrungen klassenspezifischer Existenzbedingungen und ist mit Blick auf seine symbolische Be- bzw. Abwertung auf die relationale Klassifizierungsmacht derer verwiesen, die in der Lage sind, jene ‚Kulturformen‘ durchzusetzen, die (in der Regel) gerade auch von denen als höherwertig anerkannt wird, die diese nicht erreichen. In diesen Zusammenhang lassen sich auch die

Tabelle 1: Binäre Korrelationen nach Pearson

	„Klasse“ ³² (linearer Faktor)	Netto- äquivalenz- einkommen	Arbeiter- klasse ³¹ (Dummy- Variable: Ja/Nein)	Sozialhilfe (Dummy- Variable: Ja/Nein)	Arbeits- losengeld (Dummy- Variable: Ja/Nein)	derzeit erwerbstätig (Dummy- Variable: Ja/Nein)	„hohe Klasse“ ³¹ (Dummy- Variable: Ja/Nein)	„niedrige Klasse“ ³¹ (Dummy- Variable: Ja/Nein)
Mitgliedschaft in Vereinen, Parteien etc.	.278**	.151**	-.174**	-.089	.029	-.007	.226**	-.219**
Einfluss auf Entscheidungen, die das alltägliche Leben betreffen	.177**	.176**	-.150*	-.098	-.125*	.004	.171**	-.145**
„generalisiertes Vertrauen“ (den meisten Menschen kann man vertrauen)	.231**	.115*	-.094	.019	.019	-.027	.170**	.173**
Fühle mich oft einsam.	-.125*	-.119*	.148*	.097	.024	-.030	-.128*	-.095
Mache mir große Sorgen um meine Zukunft.	-.244**	-.226**	.248**	.158**	.103	.041	.241**	-.121*
Tageszeitungsabonnement	.358**	.316**	-.262**	-.198**	-.081	-.036	.369**	-.195**
Teilnahme an politischen Wahlen ³³ (nur dt. Staatsangeh. > 17 Jahre)	.375**	.382**	-.245**	-.292**	-.073	-.056	.311**	-.232**
Aktion ³²	.425**	.232**	-.239**	-.230**	-.067	.048	.269**	-.332**

Analysen von Jean-Claude Kaufmann (2005: 223) stellen, der aufzeigt wie die ‚kleinen Welten‘ unterer Klassen „von der kulturellen Elite wegen ihrer Belanglosigkeit und ihrer vermeintlichen Gewöhnlichkeit zutiefst stigmatisiert [werden ...], vor allem wenn sie allzu sichtbare Realisationen annehmen und es wagen im Vordergrund zu erscheinen“. Ihre Lebensstiläußerungen werden von jenen, die die Möglichkeiten haben, aus einem breiteren Spektrum an realisierbaren Lebensstilen zu schöpfen, als ‚Erbärmlichkeiten‘ disqualifiziert. Dies geschieht zwar auch, aber eben nicht ausschließlich – vielleicht nicht einmal primär – durch bewusste Formen der Stigmatisierung. Ebenso wichtig sind ‚unbeabsichtigte‘, beiläufige Überheblichkeiten, Darstellungen eigener Überlegenheit und Virtuosität oder auch nur blasierte Gleichgültigkeiten, die als Summe vieler kleiner ‚Nichtigkeiten‘ mit Blick auf das Maß der Verächtlichmachung und Herabsetzung den offensichtlichen Formen beabsichtigter Entwürdigungen kaum nachstehen³⁴. Es sind gerade diese ‚alltäglichen Formen des Klassenkampfes‘ (Bourdieu 1997) in denen jene, die die Deutungsmacht ihrer dominierenden Positionen in das moralische Kapital konvertieren können, ihre Vorlieben als die legitimen durchsetzen. Dies führt zugleich dazu, jenen, „die nicht über d[as] erfinderische Potenzial verfügen“, das ein breites Arsenal potenziell realisierbarer Lebensstile zu bieten in der Lage ist, „die wenigen verbleibenden Auswege noch [zu] verschließen“ (Kaufmann 2005: 223). Solche ‚Kämpfe um Lebensstile‘ sind, wie Bourdieu sagt, vor allem stilisierte Formen des Klassenkampfes, in denen die Lebensstiläußerungen von Mitgliedern unterer Klassen dadurch abgewertet werden, dass man sie ihre ‚Inferiorität‘ spüren lässt bzw. ihnen die Angemessenheit ihrer Lebensführung und Lebensstiläußerungen abspricht.³⁵ Diese werden unmittelbar mit der Zugehörigkeit zu unterprivilegierten Gruppen gleichgesetzt und damit zu einem Merkmal ‚negativer Klassifikation‘ und ‚negativer Identifikation‘.

Da nun die verfügbaren ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen in einem engen Zusammenhang mit den Lebensstilen der Menschen stehen, die über einen solchen mehr oder weniger großen Pool an Ressourcen verfügen (vgl. Bourdieu 1997, Vester et al. 2001), überrascht es nicht, dass bei den Angehörigen unterer sozialer Klassen „[d]ie tatsächlich realisierbaren Träume, die in Projekte verwandelt werden können [...] weniger zahlreich [sind] als bei jemandem, der über konsequente, diversifizierte Ressourcen verfügt“ (Kaufmann 2005: 218). Aus dieser, zynisch gesprochen, ‚vernünftigen Einschätzung‘ ihrer gesellschaftlichen Position, ihrer Lebenschancen und der Möglichkeiten ihrer Lebensführung – die sich in korrespondierenden Präferenzen oder eben dem ‚Geschmack der Notwendigkeit‘ niederschlägt – einen schicksalsergebenen und passiven Fatalismus der unteren sozialen Klassen abzuleiten, trifft nicht nur nicht den Punkt, sondern lässt sich selbst als ein Moment ‚symbolischen Klassenkampfes‘ verstehen. Mit Blick auf die Frage der ‚Kultur‘ bzw. der ‚politics of identity‘ lässt sich kaum bestreiten, dass sie zunächst im selben Maß, wie auch die Angehörigen aller ande-

ren Klassen, Identitätsarbeit leisten und eine Vorstellung von ihrem Leben, ihren Wünschen und ihren angestrebten Veränderungen haben. Die Art und Weise ihrer Realisierung ist aber nicht nur auf Deutungsmuster und ihren ‚Raum an Fähigkeiten‘ verwiesen, sondern auch auf einen strukturellen Raum an Bedingungen und Möglichkeiten, in dessen Rahmen sich Deutungen und Fähigkeiten erst entwickeln können. Dieser Raum erfährt jedoch in unterschiedlichem Maße strukturelle Einschränkungen, die weniger eine ‚Frage der Kultur‘, sondern ein Effekt der politischen Ökonomie und weder natürlich noch nötig sind. Strukturelle, klassenselektive Verhinderungen der Realisierung des potenziellen Möglichkeits- und Fähigkeitsraums der AkteurInnen sind in so fern ‚unnötig‘, wie (grundlegende) Veränderungen der institutionellen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Verhältnisse diesen unterdrückenden Charakter verringern bzw. eliminieren könnten. Auch mit Blick auf die *kulturellen* Lebensführungen der AkteurInnen ist es daher angemessen, den Fokus auf ihre strukturellen *Positionierungen* in klassenförmigen, paternalistischen, rassistischen, etc. Verhältnissen zu richten, die ihre Handlungs- und Daseinsmöglichkeiten materiell begrenzen und *zugleich* symbolisch marginalisieren. Eine Kulturalisierung sozialer Ungleichheit hingegen perpetuiert diese Verhältnisse, indem sie sie verschleiert: Ignoranz gegenüber Klassenungleichheiten, bedeutet (stillschweigende) Akzeptanz von Herrschaftsverhältnissen.

Anmerkungen

- 1 ‚Kultur‘ lässt sich hier im Sinne der ‚klassischen‘ Definition von Swidler (1986: 273) als das ‚Repertoire‘ an „habits, skills, and lifestyles“ verstehen, „from which people construct strategies of action“, sowie im Sinne einer Auseinandersetzung mit ‚signifying practices‘, (d.h. Praktiken und Beziehungen, für die Fragen von (symbolischer) Bedeutung und Repräsentation zentral sind) (vgl. Ray/Sayer 1999).
- 2 Wie Newman und Smith (1999) formulieren: „The everyday experience of class thus goes well beyond financial stability or instability. People who struggle to make ends meet are caught in a vicious trap. Their work offers no glory or pride – as culturally defined – unless framed as future- and family-oriented sacrifice. But by making such sacrifices, other painful wounds are opened up -including resentment, hostility, and shame“ (<http://www.pineforge.com/newman4study/resources/sennett1.htm>).
- 3 So der treffende Begriff von Helga Cremer-Schäfer
- 4 Dies gilt auch wenn z.B. mit Rekurs auf Pierre Bourdieu darauf verwiesen wird, dass es den Ausgeschlossenen an sozialem, ökonomischem und kulturellem Kapital mangelt. Das mag zwar deskriptiv zutreffend sein, verfehlt aber genau die herrschaftstheoretische Pointe, die Bourdieu eröffnet. Die ganze Kapitaltheorie Bourdieus, so führt Ruth Levitas (2004: 11) treffend aus, „is precisely about the ways in which classes are structured and the rich preserve power and influence, processes that are necessarily obscured by dominant discourses of social exclusion/inclusion and by meritocratic models“.

- 5 Diese Nominalität gilt stärker noch für den MUD Ansatz.
- 6 Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich z.B. jene Jugendlichen, die ein bekannter deutscher Rechtsgelehrter als ‚Medienverwehrteste‘ bezeichnet, u.a. dadurch auszeichnen, pro Tag ‚mehr als vier Stunden‘ vor dem Fernseher zu sitzen. Für den Beleg, dass die Suffizienzgrenze damit unterschritten ist, muss von der PISA-Studie bis zur Hirnforschung alles Mögliche herhalten. Einen gewissen (zusätzlichen) Witz bekommt dieses Argument dadurch, dass US-amerikanische Studien (aus dem Jahr 2005) davon sprechen, dass der Fernseher in den Haushalten der USA durchschnittlich sechs Stunden pro Tag läuft. Dabei ist weniger aufschlussreich, dass US-amerikanische SchülerInnen in der PISA-Studie durchweg besser abgeschnitten haben als deutsche SchülerInnen, vielmehr interessiert die Position der Hirnforschung: Nicht so sehr bezüglich der Frage, was in den Hirnen von amerikanischen SchülerInnen abläuft, sondern in denen von niedersächsischen Juristen.
- 7 Der Unterschied zum biologischen Parasiten besteht demnach in dessen moralischer Schuldunfähigkeit.
- 8 Gleichwohl schlägt sich MUD nicht nur in ‚harten‘, punitiven, sondern auch in (scheinbar) ‚weichen‘ Strategien nieder wie z.B. den ‚nahräumlich‘ orientierten Politiken und Ansätzen. Ihre im Sinne des MUD wesentliche Gemeinsamkeit besteht darin, Marginalisierten abzuverlangen, endlich ihrer ‚Verantwortung‘ nachzukommen, d.h. ‚das Richtige‘ selbst zu tun und nicht von anderen zu erwarten: „Ask not what your community can do for you“ (Lund 1999). In diesem Kontext lautet ein wesentliches Argument, dass dort wo „die Sozial- und Jugendhilfe ihre Klienten nur bedient, von ihnen nichts verlangt und sie finanziell und durch praktische Hilfeleistungen ‚verwöhnt‘, [...] alle Möglichkeiten und Chancen einer erfolgreichen Sozialraumarbeit verschüttet“ werden (KGSt-Consult 2000: 60).
- 9 Peter Löhr, der für die Begleitung des Bund-Länder-Programms ‚Soziale Stadt‘ verantwortlich ist, wird vom Magazin ‚Stern‘ (vom 07.11.2002) damit zitiert, dass man gerade in ‚Problemgebieten‘ unmittelbar erleben könne „welche Kultur der Abhängigkeit der Sozialstaat geschaffen hat. Dort leben manche Leute schon in der dritten Generation von Sozialhilfe – da herrscht Sozialhilfeadel – die wissen gar nicht mehr, wie das ist, morgens aufstehen, sich rasieren, vernünftig anziehen und zur Arbeit fahren. Die kassieren ihr Geld vom Staat, machen nebenbei noch ein bisschen Schwarzarbeit, wenn sie nicht sogar kriminell werden. Wenn wir etwas bewegen wollen, müssen wir diese Leute aus ihrer Lethargie wecken, ihnen klar machen, dass sie für sich, ihre Stadt und ihr Viertel selbst verantwortlich sind“.
- 10 Tätowierungen und Piercings sind etwa Michael Winkler zu Folge körperlich sichtbar gemachte Zeichen der Exklusion: „Der Leib selbst wird zu einem Ort, auf welchen die Symbole der Ausgrenzung und des Ausschlusses aufgeprägt werden“ (Winkler 2005: 107).
- 11 Der ‚Nachweis‘, dass dies nicht an der ökonomischen Lage der AkteurInnen liegen kann, wird häufig eher von ReporterInnen – und mitunter auch von HistorikerInnen – als von empirischen SozialforscherInnen vorgelegt und z.B. durch die Einsicht ‚bewiesen‘, dass schließlich jede zu Hause gekochte Mahlzeit aus Kartoffeln und Gemüse, aus Vollkornbrot und Käse billiger sei, als die Dauerernährung im Fastfood-Restaurant (vgl. Nolte 2005: 65).
- 12 Dies erinnert bis zu einem gewissen Maße an die Modelle des ‚Schichtaufbaus‘ wie sie etwa Harriet Moore und Gerhard Kleining sowie Karl Martin Bolte (in seinem ‚Zwie-

- belmodell⁴) für die Bundesrepublik in den 1960er Jahren entworfen haben. Beide positionieren unterhalb der ‚unteren Unterschicht‘, die etwa 17 Prozent ausmache, eine ‚Schicht‘ der ‚sozial Verachteten‘ von etwa 4 Prozent. Neuere Modelle in dieser Tradition zeigen diesbezüglich kaum Veränderungen.
- 13 Dieser Begriff geht auf Ronald Reagan zurück. Reagan gebrauchte ihn v.a. zur Klassifikation jener (weiblichen) Gesellschaftsmitglieder, die das deutsche Ministerium für Wirtschaft und Arbeit derzeit als ‚Parasiten‘ bezeichnet.
 - 14 Kleine Anfrage der CDU/CSU an die Bundesregierung (Drucksache 15/4580 <http://dip.bundestag.de/btd/15/045/1504580.pdf>)
 - 15 Internationale Daten weisen in der Tat auf einen erhöhten Anteil an ‚sozial schwachen‘ Jugendlichen hin, zumindest unter jenen Mädchen, die ihr Kind austragen (vgl. für Bremen auch Friese 2002).
 - 16 Im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit 13 Geburten pro Tausend Frauen zwischen 15 und 19 Jahren im Mittelfeld der OECD-Staaten (Unicef 2001). Spitzenreiter unter den Industrienationen sind die USA mit einer Quote von 52, in Europa liegt Großbritannien mit 31 vorne. Seit Jahren haben sich die Niederlande unter den weltweiten Schlusslichtern etabliert. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass die niederländische Tradition in einer ebenso liberalen wie umfassenden Familienplanungspolitik besteht (durchgängige, fächerübergreifende schulische und außerschulische ‚akzeptierende‘ Thematisierung jugendlicher Sexualität, kostenlose Verhütungsmittel für alle Frauen etc.). Demgegenüber dominiert in den USA eine konservativ-religiöse „no sex until marriage“ Programmik.
 - 17 In einem gewissen Sinne wird auch die Elternschaft im Sinne von kulturalisierten Anerkennungspolitiken thematisiert: „Teenager, die aus mittellosen und sozial schwierigen Verhältnissen stammen, entscheiden sich öfter für das Kind, weil sie sich neue Lebensinhalte und als Mutter gesellschaftliche Anerkennung erhoffen“ (Bundesverband der deutschen Frauenärzte 2005).
 - 18 Die ‚Soccer Mom‘ ist eine diskursive Figur, die jene „white, married, politically moderate to conservative suburban, stay-at-home mother“ (West 2002: 8) beschreibt, die sich selbst v.a. als ‚Mutter ihrer Kinder‘ definiert. Sie zeigt sich bereit, ihre High Heels gegen einen ‚sporty dress‘ einzutauschen und sich überall dort zu engagieren – den Fußball-, Reit- und Musikvereinen – wo sie ihre Kinder und jene aus der Nachbarschaft hinführt, bzw. generell überall dort wo ihre Kinder ‚sie brauchen‘.
 - 19 Dabei, so zeigen Bertram und Rösler auf, zeichnen sich insbesondere „sowohl „grüne Berufe“ (Landwirtin, Floristin, Gärtnerin) als auch Verkäuferinnen und Lehrerinnen durch eine generell niedrige Kinderlosigkeit aus. Nur sechs Prozent der 35 bis 45-jährigen Landwirtinnen im MZ 2000 leben ohne Kinder in der Familie. Die höchsten Anteile kinderloser Frauen haben die Publizistinnen mit 54 Prozent, gefolgt von leitenden Tätigkeiten wie der Geschäftsbereichsleiterin/Direktionsassistentin“ (Rösler/Bertram 2005: 9).
 - 20 Mit Blick auf die – weniger Daten, als dem hegemonialen amerikanischen Diskurs folgende – Prognose einer ‚Sozialhilfekarriere‘ zeigt Melissa Cox (2003) mittels multivariater Regressionsanalysen, dass „welfare receipt, particularly among young mothers, was [...] mainly] the consequence of structural barriers to work such as a shortage of suitable childcare and available jobs. In short, the culture of dependency thesis alone cannot explain patterns of benefit receipt in the study area, and therefore pro-

vides an inadequate theoretical foundation upon which to base social policies“. Ähnlich zeigt auch Friese (2002) in ihrer explorativen Studie in Bremen: „Junge Mütter sind hochmotiviert, eine berufliche Tätigkeit aufzunehmen und sich durch eine Ausbildung nachhaltig zu qualifizieren: einerseits mit dem Ziel, selbstständig den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Kinder zu sichern, andererseits aber auch, weil sie sich die gesellschaftliche Anerkennung durch eine Berufstätigkeit wünschen“ (Friese 2002: 39). Im Wesentlichen gilt also, dass Sozialhilfe auch bei Müttern vor allem ein Produkt von durch relative Armut erheblich eingeschränkter Lebenslagen und nicht des ‚Kinderkriegens‘ selbst ist. Obschon gerade in der Bundesrepublik Kinder zu bekommen für Frauen aus der Arbeiterklasse ein erhebliches Armutsrisiko darstellt. Nur sind dafür sicherlich nicht die Frauen verantwortlich zu machen.

- 21 Diese Behauptung kann auch vor dem Hintergrund als paradox gelten, wenn man berücksichtigt, dass die Zumutungen an Arbeitslose über die letzten Jahrzehnte immer wieder angehoben wurden: Dies gilt etwa für eine Kürzung der Leistungshöhe, einer Heraufsetzung der Zugangsvoraussetzungen sowie der Grenze für eine zumutbare Arbeit, die nicht abgelehnt werden darf. (vgl. Ludwig-Mayerhofer 2005)
- 22 Paradigmatisch hierfür die Ausführungen von Werner Sesselmeier (1997: 29): „Betrachtet man die Entscheidungssituation des Hilfeempfängers, nämlich Arbeit aufzunehmen oder weiter Hilfe zu empfangen aus mikroökonomischer Sicht, so bewirkt die Arbeitsaufnahme keine nennenswerte Steigerung des Einkommens, wohl aber eine Reduktion der zur Verfügung stehenden Freizeit. [...] Es ist also festzustellen, daß der gegenwärtige Gewährungsmodus der Sozialhilfe unweigerlich starke negative Anreize zur Aufnahme von Arbeit bzw. eine starke externe Ineffizienz mit sich bringt. [...] Die kurzfristig rationale Entscheidung, nicht zu arbeiten, führt zu einem zunehmenden Humankapitalabbau bei den betroffenen Personen, der sie im Zeitablauf immer weniger konkurrenzfähig gegenüber den beschäftigten Arbeitnehmern macht. Es kommt also wieder zu typischen Persistenzphänomenen mit der Folge, daß die davon Betroffenen langfristig alimentiert werden müssen“.
- 23 Andreß und Strengmann-Kuhn widerlegen auch die häufig unterstellte Annahme, dass hohe staatliche Transfers besonders dort die Arbeitsaufnahme verhindern, wo sich Sozialleistungen und niedriges Einkommen überschneiden. Im Gegenteil sind solche Zusammenhänge tendenziell stärker in höheren Einkommensgruppen zu finden.
- 24 Gebauer, Petschauer und Vobruba liefern auch alternative Denkangebote zur Faulheitsbegründung warum Arbeitslose evtl. nicht die erstbeste Arbeit annehmen, sondern die Zeit des Sozialhilfebezugs etwa für Familienangelegenheiten, Kindererziehung oder Altenpflege nutzt.
- 25 Studien zeigen gravierende psychosoziale Folgen von Arbeitslosigkeit sowie deutlich erhöhte Inzidenzraten psychischer und physischer Erkrankungen auf. Diese sich lassen sich ebenfalls der ‚Kostenseite‘ zurechnen.
- 26 ‚Work commitment‘ wurde dabei in einer komplexen Fragebatterie operationalisiert. Ein wesentlicher Indikator dabei war die Bereitschaft, auch dann Arbeit anzunehmen, wenn es finanziell nicht notwendig erscheint.
- 27 Dies dürfte wie eine jüngere Studie von Pawel Sztabinski (2003) – ebenfalls in scharfem Kontrast zu den üblichen Stereotypen – eindrücklich mit Blick auf Polen (bzw. die Stadt Warschau) nahe legt, auch für die Armen in ost-europäischen Ländern der Fall sein.

- 28 Dies gilt auch hinsichtlich so genannter ‚sozialer Brennpunkte‘. Ähnlich wie Häussermann und Kronauer (2005) für Deutschland, konstatieren Kearns und Parkes (2003) auch für die wesentlich dramatischere Situation in Großbritannien keinerlei „evidence to support the notion of a distinctive culture in deprived UK areas [...] residents in poor areas were responding to negative residential conditions in the same way as the rest of the population“.
- 29 Dem DFG-Forschungsprojekt ‚Räumlichkeit und soziales Kapital in der sozialen Arbeit. Zur Governance des Sozialen Raums‘ an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld unter der Leitung von Hans-Uwe Otto.
- 30 Sozialhilfe empfangende Mitglieder der ArbeiterInnenklasse mittels Workfare wieder zu aktiv aber in schlecht bezahlten und prekären Jobs zu erwerbstätigen Mitgliedern der ArbeiterInnenklasse bzw. der unteren Klassenmilieus zu machen, dürfte in so fern selbst, dann kein sinnträchtiger Modus der ‚Integration‘ sein, wenn man – *kontrafaktisch* – unterstellt, die nominale Klassifikation der ‚Exkludierten‘, wie sie SID und MUD nahe legen seien wirklichkeitsgerecht.
- 31 Es spricht daher vieles dafür ‚Sozialhilfe‘ weniger als einen Indikator für eine ‚reale Gruppe‘, sondern zunächst einmal als einen Hinweis auf Akteure mit wenigen pekuniären Mitteln zu verstehen.
- 32 **‚Klasse‘** ist ein komplexer linearer Faktor, der vor dem Hintergrund neuerer klassentheoretischer Überlegungen auf der Basis einer Hauptkomponentenanalyse zweiter Ordnung gebildet worden ist. Er spiegelt sozusagen das ‚Gesamtvolumen‘ der Befragten an ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital wider. Mittels einer Hauptkomponentenanalyse (erster Ordnung) wurde dabei ökonomisches Kapital durch das Nettoäquivalenzeinkommen und den ISEI-Werten (Berufsstatuswerte) der Befragten, kulturelles Kapital aus ihrem formalen Bildungsabschluss, ihren ‚bildungsbezogenen Fähigkeiten‘ und ihren ‚bildungsbezogenen Gütern‘ (z.B. mehr als 100 Bücher im Haushalt), soziales Kapital aus ihrem Netzwerkzugang zu einkommens- wie bildungsstarken und statushohen Akteuren (ermittelt durch eine Modifizierung der netzwerkanalytischer Instrumente) gebildet. **‚Arbeiterklasse‘** wurde gebildet aus den Klassen VIII und IX der Erikson-Goldthorpe-Portocarero Erwerbsklassenskalierung (EGP). (Nur bei jenen Befragten möglich, die einen eigenen Erwerbsstatus haben bzw. hatten und angaben) **‚Hohe Klasse‘** und **‚niedrige Klasse‘** sind Klassencluster. Mittels jener drei Hauptkomponenten durch die sich der Klassenfaktor konstituiert wurde eine Clusteranalyse berechnet. ‚Hohe Klasse‘ weist bei einer ‚Dreierlösung‘ bei allen Komponenten die höchsten, ‚niedrige Klasse‘ die niedrigsten Werte auf.
- 33 **‚Teilnahme an politischen Wahlen‘** ist Ergebnis einer Hauptkomponentenanalyse aus den Antworten zu der Frage: An welchen der letzten dieser Wahlen haben Sie teilgenommen: Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl, Europawahl. **‚Aktion‘** ist das Ergebnis einer Hauptkomponentenanalyse aus den Antworten zu den Fragen: Haben Sie in den letzten drei Jahren: ... eine öffentliche Diskussionsveranstaltung besucht; ... eine Geld- oder Sachspende gegeben; ... an einer politischen Informations- oder Wahlveranstaltung teilgenommen; ... an einer Protestveranstaltung oder einer Demonstration teilgenommen; ... an einer Unterschriftenaktion teilgenommen; ... ein Gericht oder die Polizei über ein Problem informiert; ... Zeitung, Radio oder Fernsehen auf ein Problem aufmerksam gemacht (z.B. Leserbrief); (Sind Sie) mit gewählten politischen Vertretern in Kontakt getreten.

- 34 Da sich gerade mit Blick auf diese ‚hidden injuries of class‘ (Sennett/Cobb 1977) kaum Möglichkeiten zu dem bieten, was in der Stigmatisierungstheorie als ‚fighting back‘ beschrieben worden ist, spricht vieles dafür, dass es gerade diese Herabwürdigungen sind, die die Betroffenen, wie Kaufmann (2005: 223) „dazu zu bringen, sich zu isolieren“.
- 35 Dies gilt insbesondere dann, wenn sie ‚ihren Platz‘ verlassen und ‚zu nah‘ an die der privilegierten Gruppen heranreichen. Eine als ‚Promiskuität‘ empfundene Nähe sozial fern stehender Personen (vgl. Bourdieu 1997) äußert sich im Unbill über solche ‚Grenzüberschreitungen – wie ‚Wie führt die sich denn auf?‘, ‚Was denkt der denn, wer er ist?‘ – ebenso wie in der Tendenz der Bourgeoisie aufs Land zu flüchten, wenn der Pöbel an die Küste kommt. Die ‚subjektive Lebensqualität‘ der oberen Klassen, so zeigen auch die Ergebnisse unserer eigenen Studie, nimmt insbesondere dann zu, wenn sie ‚unter sich‘ in räumlicher wie sozialer Distanz bleiben. Statistisch formuliert: Unterprivilegierte im Kreis des engeren Netzwerks zu haben, korreliert in der oberen Klasse signifikant negativ ($r=-.237$) mit der eigenen Lebenszufriedenheit. Ferner zeigen unsere Ergebnisse, dass die ‚Reichen‘ in ‚reichen Gebieten‘ insgesamt die höchste ‚Lebenszufriedenheit‘ besitzen, die ‚Armen‘ in ‚armen Gebieten‘ aber von einer höheren ‚subjektiven Lebensqualität‘ berichten, als die ‚Reichen‘ in ‚armen Gebieten‘.

Literatur

- Andreß, Hans-Jürgen 1999: Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen.
- Andreß, Hans-Jürgen/Strengmann-Kuhn, Wolfgang 1997: Warum arbeiten wenn der Staat zahlt? Über das Arbeitsangebot unterer Einkommensschichten. In: Zeitschrift für Sozialreform, 7, 505–525
- Becker, Heidede/Franke, Thomas/Löhr, Rolf-Peter/Rösner, Verena 2002: Drei Jahre Programm Soziale Stadt. Eine ermutigende Zwischenbilanz. In: DiFu (Hg.): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Berlin.
- Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen 2001: ‚Der Geschmack der Notwendigkeit‘: Lebensstile in benachteiligten Wohnquartieren. In: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.): Die Armut der Gesellschaft. Opladen, 337–361
- Bourdieu Pierre et al. 1997: Das Elend der Welt. Konstanz.
- Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc 1999: On the Cunning of Imperialist Reason. In: Theory, Culture, and Society 16, 1, 41–58
- Bowring, Finn 2000: Social exclusion: limitations of the debate. In: Critical Social Policy, 3, 307–330
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005: Vorrang für die Anständigen. Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung und im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005.
- Butler, Judith 1998: Merely Culteral. In: New Left Review, 227, S. 33–44
- Capaldi, Nicholas 1998: Was stimmt nicht mit der Solidarität? In: Bayertz, Kurt (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt a.M., 86–110

- Castel, Robert 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg.
- Cox, Melissa A. 2003: Welfare Dependence and Dynamics in Britain. Presented at „Women Working to Make a Difference,“ IWPR’s Seventh International Women’s Policy Research Conference, June 2003.
- Cremer-Schäfer, Helga 2005: Lehren aus der (Nicht-)Nutzung wohlfahrtsstaatlicher Dienste. Empirisch fundierte Überlegungen zu einer sozialen Infrastruktur mit Gebrauchswert. In: Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hg.): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit. München, Basel, 163–177
- Crompton, Rosemary/Scott, John 2005: Class analysis: Beyond the cultural turn. In: Devine, Fiona/Savage, Mike/Scott, John/Crompton, Rosemary: Rethinking class. New York, 186–203
- Dahrendorf, Ralf 1987: The Erosion of Citizenship and its consequences for us all. New Statesman, Juni 1987, 12–15
- Dean, Hartley/Taylor-Gooby, Peter 1992: Dependency Culture. The Explosion of a myth. New York.
- Fraser, Nancy 2001: Recognition without Ethics? In: Theory, Culture & Society, 18, 2/3, S. 21–42
- Friese, Marianne 2002: Abschlussbericht des Vorprojektes: Bremer Förderkette ‚(Junge) Mütter in Beratung, (Aus)Bildung und Beruf‘ Bremen. <http://www.dlb.uni-bremen.de/web/publikationen/publikationen.htm#mosaik>
- Gallie, Duncan 1994: Are the Unemployed an Underclass? Some Evidence from the Social Change and Economic Life Initiative. In: Sociology, 28, 3, 737–757
- Gebauer, Ronald/Petschauer, Hanna/Vobruba, Georg 2002: Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt. Berlin.
- Giddens, Anthony 1997: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt a.M.
- Giddens, Anthony 1998: The third way. Cambridge.
- Giddens, Anthony 2000: The third way and its critics. Cambridge.
- Goetze, Dieter 1992: ‚Culture of Poverty‘ – Eine Spurensuche. In: Leibfried, Stephan/Voges, Wolfgang (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, 88–103
- Goldthorpe, John 2003: Globalisierung und soziale Klasse. In: Müller, Walter/Scherer, Stefani (Hg.) Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt/New York.
- Groh-Samberg, Olaf 2004: Armut und Klassenstruktur. In Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56, 4, 653–682
- Häussermann, Hartmut/Kronauer, Martin 2005: Desintegration und soziale Kohäsion in Berlin – Erfahrungen, Kenntnisse, Forschungsfragen. Eine Kurz-Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Berlin.
- Heath, Anthony 1992: The Attitudes of the Underclass. In: Smith, David (Hg.): Understanding the Underclass. London.
- Jencks, Christopher/Peterson, Paul 1991: The urban underclass. Washington.
- Kaplan, E. B. 1997: Not Our Kind of Girl. Unraveling the Myths of Black Teenage Motherhood: Berkley.
- Kaufmann, Jean-Claude 2005: Die Erfindung des Ich. Eine Theorie der Identität. Konstanz.

- Kearns, Ade/Parkes, Alison 2003: Living In and Leaving Poor Neighbourhood Conditions in England. In: *Housing Studies*, 18(6), 827–851
- Keller, Carsten 2005: *Leben im Plattenbau – Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung*. Frankfurt/Main.
- KGSt-Consult 2000: Gutachten zu den Hilfen zur Erziehung in den Jugendämtern des Weißeritz-Kreises, des Landkreises Sächsische Schweiz und des Niederschlesischen Oberlausitz-Kreises. Heidelberg, Köln.
- Kidger, Judi 2004: Including Young Mothers: Limitations to New Labour's Strategy for Supporting Teenage Parents. In: *Critical Social Policy* 24, 291–311
- Kleinman, Mark 1998: Include Me Out? The New Politics of Place and Poverty: LSE Case-Paper 11. London. <http://sticerd.lse.ac.uk/dps/case/cp/paper11.pdf>
- Kronauer, Martin 1995: Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa: Die Entstehung einer neuen ‚Underclass‘? In: *Soziologisches Forschungsinstitut (Hg.): Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte*. Opladen, 197–214
- Lahusen, Christian/Stark, Carsten 2003: Integration: Vom fördernden zum fordernden Wohlfahrtsstaat. In: *Lessenich, Stefan (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt/New York, 353–371
- Layte, Richard/Maître, Bertrand/Nolan, Brian/Whelan, Christopher 2000: Persistent and Consistent Poverty: An Analysis of the 1994 and 1995 Waves of the European Community Household Panel Study. EPAG Working Paper No. 11. Dublin.
- Leibfried, Stephan 1997: Reform der Sozialhilfe aus der Sicht der Wissenschaft, in: *Forschungs-institut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Sozialreform und Zukunft der Sozialhilfe, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 58*, Bonn, 65–85
- Levitas, Ruth 1998: *The Inclusive Society?: Social Exclusion and New Labour*. New York.
- Levitas, Ruth 2003: *The Idea of Social Inclusion*. Paper auf der ‚What do we know and where do we go? Building a Social Inclusion Research Agenda‘ Konferenz im März 2003 in Ottawa. Online unter: <http://www.ccsd.ca/events/inclusion/papers/rlevitas.htm>
- Levitas, Ruth 2004: Let's Hear it for Humpty: Social Exclusion, the Third Way and Cultural Capital. In: *Cultural Trends* 50, 2, 41–56
- Lister, Ruth 2004: *Poverty*. Cambridge.
- Löhr, Rolf-Peter 2000: Bundesweite Erfahrungen und Erkenntnisse für die Praxis aus der Begleitforschung des Bundes mit dem Programm ‚Soziale Stadt‘. <http://www.soziale-stadt.de>
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 2005: Arbeitslosigkeit und sozialer Ausschluss. In: *Anhorn, Roland/Bettinger, Frank: Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit*. Wiesbaden, 203–218
- Lund, Brian 1999: ‚Ask Not What Your Community Can Do For You‘: Obligations, New Labour and Welfare. Reform. In: *Critical Social Policy*, Vol. 19, No. 4, 447–462
- Mansel, Jürgen 1995: *Sozialisation in der Risikogesellschaft: Eine Untersuchung zu psychosozialen Belastungen Jugendlicher als Folge ihrer Bewertung gesellschaftlicher Bedrohungspotentiale*. Neuwied.
- Marshall, Gordon/Roberts, Stephen/Burgoyne, Carole 1996: Social Class and Underclass in Britain and the USA. In: *The British Journal of Sociology*, 47, 1, 22–44
- Micheel, Heinz-Günter 2003: *Lebenslauf und sozialpädagogische Forschung* Habilitationsvortrag am 5.2.2003 an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld.
- Michel-Schwartz, Brigitta 1998: Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit auf die Lebenslagen Jugendlicher und ihrer Familien. In: *Kinder- und Jugendhilfe*, Heft 2/1998.

- Morris, Lydia 1996: Classes, underclasses and the labour market. Lee, David J./Turner, Bryan S. (Hg.): *Conflicts about Class: Debating Inequality in Late Industrialism*. A Selection of Readings. London; New York, 184–195
- Murray, Charles 1996: The Emerging British Underclass. In: Institute of Economic Affairs (Hg.): *Charles Murray and the Underclass: The Developing Debate*. London, 23–52
- Murray, Charles 2005: The Hallmark of the Underclass. In: *The Wall Street Journal* vom 29. September 2005. <http://www.opinionjournal.com/extra/?id=110007348>
- Neckel, Sighard 1991: Status und Scham. Zur symbolischen Reproduktion sozialer Ungleichheit. Frankfurt.
- Neckel, Sighard 2003: Kampf um Zugehörigkeit. Die Macht der Klassifikation. In: *Leviathan*, 30, 159–167
- Neckel, Sighard/Sutterlüty, 2005: Negative Klassifikationen. Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hg.): *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration*. Wiesbaden, 409–428
- Nightingale, Carl 1993: *On the Edge*. New York.
- Nolte, Paul 2005: *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*. München. 5. Auflage.
- O'Reilly, Dermot 2005: Social Inclusion: a philosophical anthropology. In: *Politics*, 25, 2, 80–88
- Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger 2005: Sozialraum und Sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank (Hg.): *Sozialer Ausschluss und Sozialer Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit*. Wiesbaden, 115–146
- Rank, Mark 1989: Fertility among women on welfare: Incidence and Determinants. In: *American Sociological Review*, 54, 296–304
- Ray, Larry/Sayer, Andrew 1999: *Culture and Economy: After the Cultural Turn*. London.
- Rösler, Wiebke/Bertram, Hans 2005: Die Überbewertung der Kinderlosigkeit (und Unterbewertung der Mehrkinderfamilie) im internationalen Vergleich und die Kinderzahl differenziert nach Arbeitszeit (Mikrozensus) und Arbeitszeit-Präferenzen (Familiensurvey). Vortragsmanuskript der Tagung ‚Ein Leben ohne Kinder? Kinderlosigkeit in Deutschland‘ in Rostock, Oktober 2005. http://user.demogr.mpg.de/kreyenfeld/research/workshop/Present/bertram_Roesler.pdf
- Savage, Mike 2002: Social exclusion and class analysis. In: Braham, Peter/Janes, Linda (Hg.): *Social Differences and Divisions*. Oxford, 59–100
- Sayer, Andrew 2005: *Moral Significance of Class*. Cambridge.
- Schultheis, Franz/Schulz, Kristina (Hg.) 2005: *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*. Konstanz.
- Sennett, Richard/Cobb, Jonathan 1977: *The Hidden Injuries of Class*. Cambridge
- Sesselmeier, Werner 1997: Einkommenstransfers gegen persistente Arbeitslosigkeit. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): *Förderung der Beschäftigung von Geringqualifizierten in Deutschland vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Frankreich, den Niederlanden und Schweden*. Bonn.
- Silver, Hilary 1994: Social exclusion and social solidarity: three Paradigms. In: *International Labour Review* 133, 531–578

- Steinert, Heinz 2004: Schließung und Ausschließung. Eine Typologie der Schließungen und ihrer Folgen. In: Mackert, Jürgen (Hg.): Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analysen, Perspektiven. Wiesbaden, 193–212
- Stutzer, Erich/Hin, Monika 2005: Kinderlosigkeit in Deutschland. Methodische Probleme, empirische Ergebnisse und Determinanten. Vortragsmanuskript der Tagung ‚Ein Leben ohne Kinder? Kinderlosigkeit in Deutschland‘ in Rostock, im Oktober 2005. http://user.demogr.mpg.de/kreyenfeld/research/workshop/Present/Stutzer_hin.pdf
- Swindler, Ann 1986: Culture in action: symbols and strategies. In: American Sociological Review, 51, 273–86
- Sztabinski, Pawel 2003: Can We Define the Warsaw Poor as an ‚Underclass‘? Vortrag auf dem International Workshop ‚Social exclusion Inequality and Health‘. Juni 2003 in Providence. <http://www.brown.edu/Departments/Sociology/faculty/silver/sirs/papers/sztabinski.pdf>
- Ulrich, Carsten 2003: Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtskultur. MZES-Arbeitspapiere 67. Mannheim.
- Unicef 2001: Teenage births in rich nations. Innocent Report Card. Issue No. 3. <http://www.unicef-icdc.org/publications/pdf/repcard3e.pdf>
- Vester Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.
- West, Laurel Parker 2002: Soccer Moms, Welfare Queens, Waitress Moms and Super Moms: Myths of Motherhood in State Media Coverage of Child Care. MARIAL Working Paper 16. http://www.marial.emory.edu/pdfs/wp016_02.pdf
- Winkelmann, Liliana/Winkelmann, Rainer 1998: Why Are the Unemployed So Unhappy? Evidence from Panel Data. In: Economica, 65, 1–15
- Winkler, Michael 2005: Formationen der Ausgrenzung – Skizzen für die Theorie einer diskursiven Ordnung. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank: Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Wiesbaden, 95–114
- Young, Jock 2002: Crossing the Borderline: Transgression and Order in Late Modernity. www.malcolmread.co.uk/JockYoung/crossing.htm

*Alexandra Klein, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, AG 8,
Postfach 100131, 33501 Bielefeld;
E-mail: alexandra.klein@uni-bielefeld.de*

*Sandra Landhäußer, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, AG 8,
Postfach 100131, 33501 Bielefeld;
E-mail: sandra.landhaeusser@uni-bielefeld.de*

*Dr. Holger Ziegler, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, AG 8,
Postfach 100131, 33501 Bielefeld;
E-mail: ho.ziegler@gmx.de*

Joachim Weber

Mäeutisch statt klinisch

Plädoyer für eine nicht-klinische Sozialarbeit

Klinisch-medizinische Rationalität

„Wir wissen, dass Katzen zum Gebären ungestört sein müssen, an einem dunklen, einsamen Ort, vielleicht vorbereitet mit einer weich ausgeschlagenen Schachtel. Und alle, die Katzen kennen, wissen auch, dass man eine Katze beim Gebären oder ihr Neugeborenes nie stören darf, sonst hören die Wehen auf oder sie nimmt ihre Jungen nicht an.

Und jetzt stellen Sie sich vor, dass vor langer Zeit eine Gruppe von gut meinenden Wissenschaftlern sich vorgenommen hat das Gebärverhalten von Katzen zu untersuchen. Sie haben angefangen, Katzen beim Gebären zu beobachten im hell erleuchteten, lauten, modernen Labor. Sie schlossen sie an viele Monitore und Sonden an, umgaben sie mit fremden Technikern, die ständig raus und rein gingen um alles zu dokumentieren. Die Studien an den gebärenden Katzen in den hell erleuchteten Kabinen gingen über viele Jahre. Es zeigte sich, dass die Geburtsarbeit unkoordiniert wurde, länger dauerte oder mittendrin aufhörte. Die Katzen waren zunehmend gestresst, ihr Stöhnen und ihre Schreie waren schrecklich. Die Jungen hatten Sauerstoffnot, kamen deprimiert zur Welt und brauchten Reanimation. Da kamen die Wissenschaftler zum Schluss: Es scheint, dass Katzen nicht gut gebären können.

Sie erfanden Maschinen um das Gebären zu verbessern und den Sauerstoffgehalt im Blut der Jungen zu überwachen; sie erfanden Schmerzmittel und Tranquilizer, Wehenmittel und Wehenhemmer und entwickelten Notfalloperationen. In wissenschaftlichen Papieren berichteten die Wissenschaftler über die Schwierigkeiten der Katzen beim Gebären und gleichzeitig über ihre eigene hoch entwickelte, effiziente Geburtstechnologie. Die Medien streuten diese Erkenntnisse und bald brachten alle ihre Katzen zum Gebären ins Labor. Das muss für Katzen der sicherste Platz zum Gebären sein.

Jahre gingen ins Land, die Arbeit in den Labors nahm zu, immer neues Personal wurde eingestellt, langsam wurden die Ersten alt und gingen in Ruhestand. Leider wusste die zweite Generation nicht mehr, dass das Ganze als Versuch begonnen hatte. Sie hatten noch nie erlebt wie Katzen an einem einsamen Platz in einer weich ausgeschlagenen Schachtel ihre Jungen gebären. Wieso auch – was für eine gefährliche Idee! Sie waren absolut überzeugt, dass Katzen ohne die Hilfe von viel Technologie nicht gebären können. Sie dachten an die vielen wissenschaftlichen Ergebnisse, die sie in den letzten Jahren gesammelt hatten und waren sehr zufrieden mit sich selbst, ihrer klugen und guten Arbeit und den vielen Katzen und Jungen, die sie gerettet hatten“ (Weiß 2004).

Wer auf welchem Wege auch immer mit der Geburtshilfe in Berührung kommt, kommt kaum an der Beobachtung vorbei, dass zwischen Hebammenkunst (Mäeutik) und medizinischer Geburtshilfe eine unübersehbare Rivalität besteht, die so alt ist wie die medizinische Geburtshilfe selbst. Die oben aufgeführte Parabel aus einem Vortrag auf einem Hebammenkongress zeigt den Hintergrund dieses Streites auf anschauliche Weise auf. Auf Hebammenseite gründet die Kritik an der Medizin auf dem spezifischen medizinischen Selbstverständnis und der daraus sich ergebenden Haltung im konkreten Handeln.

Dieses medizinische Modell gründet auf einem spezifischen Könnensbewusstsein, einem Bewusstsein, Gegenstände des eigenen Handelns unter Ausschluss störender Faktoren analysieren und damit diagnostizieren zu können und gleichzeitig unter Zuhilfenahme und Entwicklung technischer Instrumente methodisch behandeln zu können. Das eigene Könnensbewusstsein gepaart mit einem spezifischen Forscherdrang stiftet ein eigentümliches professionelles Selbstbewusstsein. Die mit diesem Professionalitätsbewusstsein in Berührung gekommenen Akteure richten sich eine eigene Umwelt zu: das klinische Labor, das streng von der Umwelt des Nichtklinischen getrennt und ganz auf das spezifisch technisierte Handeln zugeschnitten ist, um damit eine größtmögliche Kontrolle der Professionellen über das Geschehen zu erreichen (Foucault [1994]: 173ff.; 1976). Die Professionellen werden zu souveränen Meistern der zu untersuchenden und methodisch-technisch handhabbaren Situation. Es entsteht ein unübersehbares Gefälle zwischen Profis und den sich an diese und ihr Wissen und ihre Kompetenz anlehenden Klienten. Damit verbunden ist ein gänzlicher Ausfall von Selbstreflexivität, die dem technischen Denken selbst eigen ist. Schwierigkeiten, die im Laufe der professionalisierten Intervention auftreten, können nicht auf das eigene – als wissensbasiert und methodisch korrekt definierte – Handeln zurückgeführt werden, sondern müssen den Adressaten des eigenen Handelns zugeschrieben werden. Die Gebärschwierigkeiten müssen gemäß der Parabel der Katze zugeschrieben werden, dem als hilfreich konzipierten Labor kann gemäß dieses Rationalitätstypus‘ keine Verantwortung für die Verursachung zugeschrieben werden.

Doch damit nicht genug. Die Bedeutung der eigenen Interventionsfähigkeit steigert sich mit der Größe des dem Profi begehrenden Problems, das es zu lösen gilt. Je problematischer, defizitärer und pathologischer die Adressaten gesehen werden, desto stärker tritt das Können des Professionellen in den Vordergrund. Der Profi braucht die pathologische Zuschreibung des Patienten, um an ihm seine spezifische Kompetenz beweisen zu können. Gerade weil sich die Katze im Labor mit dem Gebären schwer tut, kann der hilfreiche Mediziner all sein bewundernswertes Können entfalten, um diese Defizite zu überwinden. Die klinische Professionalität steigert ihr Selbstbewusstsein nicht nur durch die Lösung selbstgeschaffener Probleme, sondern auch durch die Dramatisierung dieser Probleme, die nur mit hochprofessionalisierter Hilfe und technischem Höchstauf-

wand überhaupt lösbar werden. Es entsteht eine radikalisierte Zuschreibungstrennung: hier die hilflosen, destruktiven, leidenden Patienten, dort die fast omnipotenten, wissenden und allseits hilfreichen professionellen Retter.

Gleichzeitig verlieren die Klienten in diesem Schauspiel ihren Subjektstatus, insofern sich Subjektivität *per definitionem* der Kontrollierbarkeit entzieht. Die Person wird reduziert auf einen pathologischen Befund, und dieser Befund bestimmt die darauf folgende klinische Intervention. Dort, wo die Mitarbeit des Klienten unbedingt erforderlich ist, steht die Professionalität vor dem Problem, dass sich ihre Klienten an die klinische Umwelt anpassen müssen, gleichzeitig aber handlungsfähig bleiben müssen. Wo sie sich dieser Verwandlung verweigern, wird ihnen bald mangelnde Kooperationsbereitschaft – non-compliance – unterstellt. Eigentlich müssten schließlich auch die Wissenschaftler der Parabel zum Schluss den schwer gebärenden Katzen eine solche mangelnde Compliance unterstellen, weil sie auf das klinische Setting mit einem Aufhören der Wehen oder gar einer Verweigerung der Sorge für die eigenen – mühsam geretteten – Jungen reagieren. Aus klinischer Sicht ein Skandal!

Wen die Parabel in Bezug auf die Geburtsmedizin in ihrem kritischen Gehalt nicht überzeugt, der wage einen Blick in die dreihundertjährige Geschichte der Geburtsmedizin und der damit verbundenen Abwertung sowohl der gebärenden Frauen als auch der – nicht-klinischen – Arbeit von Hebammen. Vor allem wirkt ein Blick auf die Entwicklung klassischer Instrumente der Geburtsmedizin wie ein Blick in ein Gruselkabinett. Es ist heute allgemein vergessen, dass an der nichtindizierten, sondern am Forscherinteresse orientierten Anwendung der Geburtszange in den Anfängen der Geburtsmedizin jedes vierte Kind und jede sechzehnte Mutter starb (Schmidt; Vackinger 1999: 52f., Gengnagel; Hasse 1999: 35). Beim ebenfalls immer wieder – auch rein zu Forschungszwecken angewandten – Kaiserschnitt überlebte nur in den seltensten Fällen überhaupt einer von beiden (Metz-Becker 1999: 38f., Schmidt; Vackinger 1999: 54ff.). Gebärende waren gut beraten, sich in den von Ärzten aufgebauten Kliniken – den so genannten Accouchiranstalten – vor deren entwürdigenden Intervention zu retten und die einsetzenden Wehen zu verbergen, um auf diese Weise ihre eigene Würde sowie das eigene Überleben und das ihres Kindes zu sichern (Metz-Becker 1999: 39f.). Doch es wäre die falsche Reaktion, angesichts dieser Tatbestände die damaligen – durchweg männlichen – Mediziner als Sadisten und skrupellose Mörder zu verurteilen. Zu schnell könnten wir uns mit unserer heutigen humanen Medizin besser fühlen und unter einem tiefen Seufzer uns glücklich schätzen, dass diese alten Zeiten vorbei sind. Die Mortalitätsrate von Frauen und Kindern unter der Geburt zu Beginn der medizinischen Geburtshilfe hat nichts mit Sadismus zu tun, auch wenn dies unter medizinisch-geschichtlicher Perspektive manchmal den Anschein haben mag, sie steht vielmehr im Kontext des spezifischen Professionalisierungsbewusstseins einer Wissenschaft, die in ihrem Tun mit und an

Menschen tätig wird. Erst wenn wir die Problematik dieses gemeinen medizinischen Professionalitätsverständnisses erkennen, stoßen wir auf das Kernphänomen und damit auf den Grund, warum heutige Hebammen eine solche medizinkritische Parabel auf einem Kongress zum Besten geben. Der Konflikt zwischen Mäeutik und Medizin besteht letztlich in einem Konflikt um das Verständnis der je eigenen Professionalität und der damit verbundenen Haltung im konkreten Handeln.

Klinisch-medizinische Professionalitätsmodelle in der Sozialarbeitsdebatte

Damit können wir den dezidiert medizinischen Kontext verlassen und uns der Sozialen Arbeit zuwenden, in der seit Jahren ein immer neu variierender Streit um deren Professionalisierung entbrennt. Gerade in dieser Debatte wird die Tücke des medizinischen Modells nicht immer genügend reflektiert, wie dies vor allem in der Diskussion um die klinische Sozialarbeit deutlich wird. Gerade die klinische Sozialarbeit orientiert sich im Besonderen am medizinisch-klinischen Modell mit dem Versuch, einen den Medizinerinnen vergleichbaren professionellen Status zu erlangen in einem diesen Medizinerinnen analogen Aufgabengebiet. Dieses medizinische Modell ist seit den Anfängen der sozialarbeiterischen Theoriebildung in den Arbeiten von Alice Salomon (1923) und Mary Richmond (1917) präsent und durchzieht im Besonderen die soziale Einzelfallhilfe. Sie ist bereits in den 70er Jahren ausgiebig kritisiert worden (zusammenfassend Kunstreich 1998: I 164f.; II 101), um in den letzten Jahren unter dem Namen „Klinische Sozialarbeit“ ihr Come-back zu feiern, lediglich mehr oder weniger fokussiert auf Praxisfelder der Sozialen Arbeit in der Gesundheitshilfe (Feinbier 1997: 19ff.; Mühlum 2002: 21, 35f.; Pauls 2004: 14ff.).

Aufgenommen wird in der Debatte vor allem das klinische Professionalitätsverständnis, durch das der Berufsstatus von Sozialpädagogen und Sozialarbeitern gestärkt werden soll (Mühlum 2002; Pauls 2004: 16). Dieser Professionalitätsstatus verbindet sich mit einem eindeutigen Aufgabengebiet, das für Soziale Arbeit definiert werden soll, wobei der Terminus „soziale Probleme“ (Engelke 310ff., Puhl; Burmeister; Löcherbach 1996: 167ff.) bzw. „abweichendes Verhalten“ (Feinbier 1997) eine besondere Rolle spielt, gepaart mit dem medizinischen Anspruch der diagnostischen Objektivierung des Problems als Bedingung für ein methodisch gesichertes Vorgehen im Umgang mit dem diagnostizierten Problem. Im Kontext der klinischen Sozialarbeit fällt der unreflektierte unkritische Umgang mit diagnostischen Kompetenzen ebenso auf (Pauls 2004: 206f.) wie ein quasi-medizinisches Verständnis der eigenen Kompetenz (Pauls 2004: 197ff.) bis hin zu einem technisch-funktionalistischen Denken (Pauls 2004: 12f. im Wider-

spruch zu seinem eigenen moralischen Anspruch: ebd. S. 13). Auffällig ist dabei auch die oberflächliche Unterscheidung zwischen kontrollierender und therapierender Orientierung in der Sozialen Arbeit (Pauls 2004: 18). Dass gerade über therapeutische Interventionen kontrollierend regulativ mit Adressaten umgegangen werden kann (Sturzenhecker 1998; Arnstein 1969), ist dabei gar nicht im Blick. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer Tendenz zur Neodiagnostik in der Sozialen Arbeit (Kunstreich 2004) als Kennzeichen dafür, dass längst totgeglaubte Phänomene der Diskussion um die Soziale Arbeit wieder zu neuem Leben erwachen.

Freilich reproduziert die Diskussion um die klinische Sozialarbeit nicht einfach die Einzelfallhilfe der Anfangszeit der Sozialarbeit, sondern es ist ihr ein besonderes Anliegen, die Schwierigkeiten des medizinischen Modells auf eigentümliche Weise zu entschärfen. Dazu zählt insbesondere das Paradigma der Ganzheitlichkeit statt der Reduktion von Adressaten auf einmal diagnostizierte objektive Merkmale (Mühlum 2002: 25). Ganzheitlichkeit meint eine möglichst umfassende Einbeziehung der Persönlichkeit des Gegenübers in den Interventionsprozess. Allerdings erhöht das Paradigma der Ganzheitlichkeit nur die Gefahren, die der klinisch-medizinischen, professionalisierten Intervention innewohnen. Diese spezifische Professionalität hängt eng mit größtmöglicher – eben klinischer – Kontrolle über den Interventionsprozess zusammen. Gerade die umfassende Kontrolle über eventuelle Störfaktoren kennzeichnet das klinische Setting. Unter diesem Blickwinkel radikalisiert der ganzheitliche Blick das medizinische Interventionsmodell. Während der Mediziner sich damit begnügt, ein bestimmtes Organ bzw. ein Körperteil am Menschen zu behandeln, maßt sich der ganzheitlich arbeitende klinische Sozialarbeiter an, den ganzen Menschen seiner kontrollierenden Interventionstätigkeit zu unterwerfen. Ganzheitlichkeit lässt sich somit gleichsetzen mit totalitär. Nichts bleibt dem analytisch-diagnostischen Blick des klinischen Sozialarbeiters verborgen. Der Adressat wird auf totale Weise gläsern. Die vielschichtigen Ebenen der Diagnostik im Kontext der klinischen Sozialarbeit mit physischer, psychischer und sozialer (oft zusammengefasst zu „biopsychosozial“, Pauls 2004: 35ff.) Ebene zeigen sehr deutlich diese Gefahr auf.

Eng mit der Ganzheitlichkeit verbunden ist der Begriff der Ressourcen (Pauls 2004: 19; Mühlum 2002: 24). Statt Klienten auf ihre Defizite zu reduzieren, um diese dann professionell gesteuert zu behandeln, rekurriert klinische Sozialarbeit auf positive Ressourcen, über die jeder Mensch im Umgang mit seiner jeweiligen Situation verfügt. Allerdings bleiben diese positiven Handlungsmöglichkeiten einem Objektstatus verhaftet. Der Begriff der Ressource entstammt dem ökonomischen Bereich. Mit ihm wird dasjenige bereitliegende Material benannt, das dem Produktionsprozess unter dem Primat der Nutzenmaximierung zugeführt werden soll. Sie werden in diesem Sinne auch auf den immateriellen Verfügungsbereich erweitert, wobei das objektivierende Verfügbarmachen bisher unverfüg-

barer Güter und die dadurch erreichte Erhöhung der Kontrolle über die Natur in und um den Menschen die handlungsleitende Perspektive auch auf die immaterielle Form von humanen Ressourcen bleibt. Das bisher Unverfügbare soll der professionellen Verfügung zugeführt werden, um für die professionellen Ziele genutzt wenn nicht gar verbraucht zu werden. Dass diese Unverfügbarkeit vielleicht einen Wert in sich trägt und an der Verfügbarmachung Schaden nehmen könnte, bleibt dabei kaum im Blick. Stattdessen wird Beteiligung und Ressourcenorientierung fast gleichgesetzt. Wer die ureigensten Fähigkeiten von Menschen nutzbar macht, beteiligt sie fast automatisch am Geschehen, auch wenn diese Beteiligung wenig zu tun hat mit der Selbstbestimmung, die das Ziel echter Partizipation darstellt. Es ist der problematische Kontext der medizinischen Professionalität, der die Begriffe zu hochproblematischen Konzepten verwandelt, sodass durch diese wohlmeinenden Begriffe nicht nur die Problematik dieses Modells als Modell für Soziale Arbeit verschleiert wird, sondern die Problematik des medizinischen Modells sogar noch verschärft.

Schließlich soll die dem klinischen Modell inhärente Fremdbestimmung von Adressaten durch eine explizite Kundenorientierung relativiert werden. Das Kundenmodell versucht das Verhältnis von professionalisiertem Profi gegenüber dem abhängigen, objektivierten Klienten umzukehren. Der leidende Patient wird zum kompetenten Kunden umdefiniert, der spezifische Hilfsdienstleistungen autonom einkauft. Ob damit der klinischen Wissensherrschaft des auf Aufträge angewiesenen Dienstleisters tatsächlich ein wirksames Kontrollinstrument entgegengesetzt werden kann, darf bezweifelt werden (Weber 2002; 2003: 76f.). Vor allem jedoch beschränkt sich die Selbsttätigkeit des Kunden allein auf das Auswählen sowie auf die Einforderung von Leistungen bzw. die Beschwerde. Er wird mitnichten zu einem autonom handelnden Subjekt erklärt, sondern allenfalls zu einem Konsumenten mit einer spezifischen Kundenerwartungshaltung (anders Dewe; Otto 2002).

Die fremdbestimmte Selbstbestimmung in der sokratischen Mäeutik

Die medizinische Geburtshilfe hat vor dreihundert Jahren das Aufgabengebiet der Hebammen an sich gerissen, die Geburt in die Klinik verlagert und den Geburtsverlauf medizinisch zugerichtet. Seit Neuestem ist eine Kehrtwende in der Geburtshilfe unübersehbar, die Hebammen wieder die Verantwortung für den Geburtsvorgang überträgt, was nicht nur an der vermehrten Einrichtung von Geburtshäusern und der Zunahme von Hausgeburten, sondern auch an den neuerdings immer mehr eingerichteten Hebammenkreißsälen in den Kliniken sichtbar wird. Das Tun von Hebammen scheint unter einem anderen, alternativen

Selbstverständnis zu erfolgen, das unter den werdenden Eltern verstärkt Anklang findet. Dieses Selbstverständnis wurde schon sehr früh auch für pädagogischen Kontexte nutzbar gemacht. Die Philosophie – genauer das philosophische Denken von Sokrates – rekurrierte als Erstes auf ein solches mäeutisches Selbstverständnis, das – wie noch zu zeigen sein wird – in hohem Maße für das Selbstverständnis Sozialer Arbeit relevant ist.

Der Unterschied dieser mäeutischen Kunst im Gegensatz zum medizinisch-klinischen Modell liegt auf der Hand. Während die klinische Medizin eine als gefahrvoll interpretierte Situation versucht, unter bestmögliche ärztliche Kontrolle zu bringen, um in dieser klinisch-kontrollierten Situation bestenfalls die Mitarbeit des Patienten zu gewinnen, geht die Mäeutik von der Initiative der Betroffenen aus, um dieser Initiativität helfend beizustehen. Die jeweilige Frau gebiert das Kind und entfaltet in dieser absoluten Ausnahmesituation eine ungeheure Kompetenz, die Hebamme steht diesem Tun der Frau unter der Geburt mit ihrer umfangreichen Erfahrung und Kompetenz lediglich hilfreich bei.

(1) Sokrates geht es in seiner Mäeutik um die Auffindung von Wahrheit. Doch diese Wahrheit – so Sokrates – kann eben nicht – wie landläufiger Meinung gemäß – gelernt werden, indem das Wahrheitswissen gehört und dann als Wissen abgespeichert wird, sondern nur indem die Wahrheit, die bereits in jeder Seele als Potenzial verborgen auffindbar ist, durch Hebammenkunst als *aletheia*, als Unverborgenheit (Heidegger [1986]: 219) ans Licht gehoben wird. Der platonische Sokrates entwickelt diese Kunst als eine Kunst der Frage in der Auseinandersetzung mit Menon, der die Gesprächsführung von Sokrates als die lähmende Wirkung eines Zitterrochenes (Platon Menon: 80a) darstellt, insofern jeder in dem, was er meint zu wissen, durch die sokratische Fragekunst in diesem Scheinwissen derart erschüttert wird, dass schließlich eine innere Lähmung auftritt. Sokrates belässt Menon nicht in diesem Eindruck, sondern führt praktisch anhand einer mathematischen Fragestellung im Austausch mit einem Sklaven (Platon Menon: 82b) vor, dass jeder Mensch in sich die Fülle der Wahrheit verbirgt, die durch eine entsprechende Kunst zu fragen aus ihm herausgehoben werden kann. Fast zwangsläufig bedeutet dies, dass das Zentrum der Hebammenkunst in einer ermutigenden Unterstützung der Selbsttätigkeit der Betroffenen besteht, die die eigentlichen Akteure des gesamten Prozesses darstellen.

(2) Damit gerät die begleitende Person auf den zweiten Platz. Sie ist nicht erster Akteur, sondern der Betroffene selbst nimmt vielmehr diese Position ein. Allerdings bedeutet diese Umkehrung nicht eine Verklärung der Situation, die diesen Beistand in gutem Zureden aufgehen lässt. Die Situation der Geburt ist dafür viel zu dramatisch. Auch in der sokratischen Hebammenkunst geht es um den Umgang mit zum Geburtsprozess gehörenden äußerst schmerzhaften Wehen. Eine Geburt ohne Wehen ist eine unrealistische Fiktion. Eine der Hauptauf-

gaben der beistehenden Hebamme besteht in dem Umgang mit diesen Schmerzen und diese durch entsprechende Hilfsmittel und Methoden entweder zu verstärken oder aber zu fördern, um damit den Geburtsvorgang befördern (Platon Theaitetos: 149c). Damit geschieht eine deutende Verwandlung der Schmerzen. Auch Theaitetos gegenüber, der an einer ihn quälenden Unklarheit leidet, signalisiert Sokrates, dass diese Qual eine Form von Schmerz – nämlich Wehen – bedeutet, der ihn zur Geburt von neuem Wissen führen kann (ebd. 148d). Es geht also gerade nicht darum, die Schmerzen loszuwerden, sondern sie produktiv zu nutzen und zu lenken, bis aus ihnen Wissen entsteht.

(3) Hinzu kommt eine dritte Aufgabe der sokratischen Hebamme: die Ehestiftung (Platon Theaitetos: 149d f.). Sie gerät in gefährliche Nähe zur Eugenik, insofern sie entscheidet, aus welcher Verbindung die besten Kinder gezeugt werden können. Was Sokrates mit dieser Ehestiftungskunst meint, ist jedoch etwas anderes: Es geht darum, „diejenigen herauszufinden, deren Umgang für [die Betroffenen] förderlich sein dürfte“, damit sie die entsprechende, zu gebärende Wahrheit in sich wachsen lassen können. Es ist genau besehen eine weitere Tätigkeit, die die Position der Hebamme relativiert. Nicht der Profi erzeugt zusammen mit der Hebamme das Wissen. Nicht die helfende Beziehung zur Hebamme spielt die zentrale Rolle für die Geburt, sondern die durch ihre Mithilfe gestifteten Beziehungen. In der Sozialen Arbeit wurde lange Zeit die Bedeutung der helfenden Beziehung vor allem in der Einzelfallhilfe überschätzt. Die sokratische Mäeutik macht deutlich, dass die professionelle helfende Beziehung lediglich eine vermittelnde Funktion hat in einem Netz von Bezügen, das in den Betroffenen Neues entstehen lässt.

(4) Schließlich betont Sokrates die Bedeutung einer spezifischen Unterscheidungskunst (Platon Theaitetos: 150a ff.), die Fehl- und Missgeburten – die von ihm so genannten „Mondkälber“ – einleitet und damit die Schwangere von den damit verbundenen Beschwerden entbindet. Die Unterscheidung von Schein und Wahrheit bei der Hebung des im Betroffenen wachsenden Wissens spielt für das Tun von Sokrates eine besondere Rolle. Hier entsteht leicht der Eindruck, dass die Geburtshilfe doch wieder einen expertokratischen Zug erhält, zumal wenn wir bedenken, welche ethischen Fragestellungen auf der Bildseite von Sokrates hier angesprochen werden. Die professionelle Anmaßung, zu entscheiden, welche Schwangerschaften wegen des Lebensunwertes des in ihnen wachsenden Lebens abgebrochen werden können, bei Sokrates sogar sollen, zerstört leicht den Grundgedanken des selbstbestimmten Entwickelns von Wahrheit wieder, den Sokrates für sich in Anspruch genommen hatte. Zur Ehrenrettung von Sokrates lässt sich in diesem Zusammenhang lediglich sagen, dass er diese Zuschreibung von Wahrheit und Falschheit nicht von außen an den Betroffenen vollzog, sondern diese sich vielmehr in der Arbeit an den inneren Widersprüchen in dem vermeintlich Gewussten durch die sokratische Fragetechnik von selbst zeigte, bis die Betroffenen solche Fehlgeburten des Wissens von selbst einsahen.

Potenzialvermutung, Umdeutung und Verwandlung von Defiziten in Chancen für Neues, sowie Vernetzung und die Arbeit an fehlleitenden Widersprüchen bilden die Kernkompetenzen in der sokratischen Mäeutik, die insofern leicht auf Soziale Arbeit übertragbar sind. Allerdings wird gleichzeitig auch die Grenze des sokratischen Modells von Beistandschaft deutlich. Sokrates ist in seiner Mäeutik nur an der jeweiligen Selbstentwicklung von Wahrheit im Menschen interessiert. Dass noch ganz anderes einzigartiges Neues aus einem Menschen heraus wachsen und ans Licht der Welt kommen könnte, ist für ihn belanglos. Wahrheit ist gerade nicht individuell, sondern universell bestimmt, und so muten die Vorführungen des platonischen Sokrates in den überlieferten Dialogen wie eine suggestive Befragungstechnik an, die Betroffene dazu bringt, das einzusehen, was Platon sie gemäß seiner Philosophie einsehen lassen will. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass die sokratisch-platonische Mäeutik vor allem Einzug in die theologische Katechetik (Gräffe [1798]; Dinter [1839]; Dolz 1789; Vierthaler [1798]) erhielt, insofern der katechetische Unterricht anders als die Predigt die offenbaren Wahrheiten nicht durch Hören aufnehmen lässt, sondern durch eine mäeutische Fragetechnik selbst entwickeln lassen sollte. Damit ist die Grenze zur Manipulation berührt, die fremdbestimmt eine objektiv bestimmte Selbstbestimmung in Subjekten hervorzurufen sucht, ohne dass diese eine solche Fremdbestimmung wahrnehmen. Gerade in Bezug auf den Sklaven des Menon fällt auf, dass dieser die ihm gestellte mathematische Frage gar nicht selbst entwickelt hat, sondern von Sokrates gestellt bekommt, um unter stark lenkender Frageanleitung von Sokrates diese Frage schließlich zu lösen. Damit wird der Sinn des mäeutischen Handelns wieder konterkariert. Es geht nicht wirklich um die Beistandschaft hin zu einer originären Selbstbestimmung von etwas Einzigartigem, das jede Personalität impliziert, sondern lediglich um den einsichtigen Nachvollzug einer allgemeinen Wahrheit, an der der Betroffene im Fall des Menon gar kein Interesse hat und an der die professionelle Fragetechnik höheren Anteil hat als die Selbstbestimmung der Betroffenen.

Die radikale Authentizität der kindlichen Kreativität nach Nietzsche

Einzigartig Neues und damit Personalität kann gar nicht den Charakter einer allgemeinen Wahrheit haben, denn als Wahrheit wäre dieses Neue immer schon da gewesen und damit gerade nicht neu. Diese Einsicht führt zu einem ganz anderen Philosophen, der sich in seinem Denken der Entwicklung eines neuen Menschseins ganz verschreibt. Gemeint ist Friedrich Nietzsche, der sich weigert, in seiner massiven Kulturkritik des 19. Jahrhunderts in einen Nihilismus zu versinken, sondern alle Kräfte mobilisiert zur Schaffung eines neuen Menschen

über das alltägliche Menschsein hinaus. Da Sprache immer mit Allgemeinbegriffen umgeht, um ein Einzelnes durch Zuschreibung von Allgemeinheiten zu erfassen, gerät Nietzsche vor das Problem, dass ein solch radikales neues Menschsein, das über das bisherige Menschsein hinausgeht, sich mit Allgemeinbegriffen nicht fassen lässt. Es gelingt ihm nur mit metaphorischen Umschreibungen anzudeuten, was diesen neuen Menschen, den „Übermenschen“, überhaupt auszeichnen könnte, die äußerst vage bleiben müssen, weil wir nicht wissen können, was dieses Neue ist, das aus dem Jetzigen hervorgehen kann und das dieses schließlich überwindet. In diesem Zusammenhang wird für Nietzsche das Bild der Schwangerschaft wichtig: „Dass der Schaffende selber das Kind sei, das neu geboren werde, dazu muss er auch die Gebärerin sein wollen und der Schmerz der Gebärerin.“ (Nietzsche: KSA 4: 111) Und im Zusammenhang einer deutlichen Kritik der helfenden Haltung: „Ihr Schaffenden, ihr höheren Menschen! Man ist nur für das eigne Kind schwanger. Lasst euch nichts vorreden, einreden! Wer ist denn euer Nächster? Und handelt ihr auch ‚für den Nächsten‘, – ihr schafft doch nicht für ihn!“ (Nietzsche KSA 4: 362) Die Neuartigkeit des Neuen, das als Einzigartiges geboren wird, entspringt bei Nietzsche nicht einem aufklärerischen Erkenntnisprozess wie bei Platon und Sokrates, sondern einem schöpferischen Geschehen des Menschen in seinem Bezug auf sich selbst, den niemand um ihn herum ihm abnehmen kann. Der schöpferische Übermensch ist alles drei in einem: die Gebärerin, die aus der menschlichen Welt kommt und in der Welt schwanger wird, der Schmerz, der mit diesem schöpferischen Prozess verbunden ist und schließlich das Neue selbst, in das er verwandelt wird. Dieses schöpferische Neue, das mit der Metapher der Geburt angezeigt wird, nimmt so viel Raum ein, dass daneben für eine beistehende, begleitende Hebamme gar kein Platz bleibt. Folglich spricht Nietzsche auch nicht von einem Geburtsverlauf, sondern von einer dreistufigen „Verwandlung des Geistes“ (Nietzsche KSA 4: 29ff.), an deren Ende das Neue des Kindes steht.

(1) Zunächst wird der Geist im Gang dieser Geburtsverwandlung zu einem Kamel, das sich durch seine besondere „Tragsamkeit“ auszeichnet. In genialer Weise zählt Nietzsche in diesem Zusammenhang ganz unterschiedliche Lasten auf, die der Geist auf der Stufe des Kamels zu tragen aufgeladen erhält. Das Kamel ist ausschließlich fremdbestimmt, und doch sind die Lasten, die Nietzsche erwähnt, in Frageform aufgezählt. Das Kamel steht vor der Frage, welche Lasten es auf sich nimmt, wobei solche Lasten, die den Lastenträger niederdrücken (christliche Feindesliebe und Selbstverleugnung, wissenschaftliche Wahrheitsuche, etc. Nietzsche KSA 4: 29), unterschiedslos neben solchen Lasten stehen, die den Träger dieser Lasten stärken, nämlich sich den gestellten Aufgaben und Situationen (dem „Versucher“ ebd.) zu stellen, die Endlichkeit zu bejahen („von unserer Sache scheiden“ ebd.) oder eben auch angebotene Hilfe zu verweigern, um ganz auf eigenen Beinen zu stehen (die „Tröster heimschicken“ ebd.). Es

sind eindeutig die letzteren Lasten, die den Verwandlungsweg markieren, und der beladene Geist steht zentral vor der Frage, für welche Lasten er zur Verfügung stehen will. Nicht die Minimierung von Lasten kann die Aufgabe des Menschen in der Verwandlung sein, das kann ihm nur seine spezifische Stärke rauben; nicht größtmögliche Unterstützung ist vonnöten, sondern ein Ja zu denjenigen Lasten, die den Lastenträger stärken auf seinem Weg, und ein Abladen sinnloser Lasten, aus denen keine Stärke gewonnen werden kann.

(2) Der Weg des Kamels führt durch die Wüste, und so wird für Nietzsche die Wüste zum Ort der zweiten Verwandlung: zum Löwen. In der Einsamkeit der Wüste geht es um einen Kampf mit eben diesen Lasten, die das Kamel eben noch willig getragen hat. Es geht um den Kampf für die Freiheit, eine Freiheit von den herrschenden Werten, indem der Geist seinen eigenen Willen entdeckt. Der Weg von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung führt über den Widerstand. Wer die Selbstbestimmung von Belasteten will, muss deren Widerständigkeit, ihre non-compliance, wollen, er muss es ertragen können, dass sie zu dem, was ihnen zugemutet wird, in höchst authentischer Weise Nein sagen.

(3) Doch Nietzsche belässt es nicht bei dieser zweiten Verwandlung, sondern fügt noch eine dritte hinzu. Denn das Nein kennt noch keine Kreativität. Es arbeitet sich lediglich verneinend an den Zumutungen ab, die ihm auferlegt werden. Die dritte Verwandlung ist die des Geistes zum Kinde: „Unschuld ist das Kind und Vergessen, ein Neubeginnen, ein Spiel, ein aus sich rollendes Rad, eine erste Bewegung, ein heiliges Ja-Sagen.“ (Nietzsche KSA 4: 31) Auf der letzten Stufe verwandelt sich das Nein in ein Ja und die Kampfbereitschaft in ein schöpferisches Spiel, wobei die Kräfte zu diesem Spiel einzig aus dem Betroffenen selbst kommen. Die ehemaligen Lasten sind vergessen, es geht nur noch um den spielerischen Prozess des ständigen schöpferischen Neubeginns.

Auch wenn Nietzsche eine Hebammentätigkeit in diesem Prozess nicht kennt, können aus seinem Konzept einige entscheidende Momente für eine förderliche Begleitung von kreativer Selbstbestimmung gewonnen werden. Zunächst ist dabei eine radikale Zurückhaltung gegenüber dem Betroffenen zu nennen, da jede Form der Beistandschaft den Selbstfindungsprozess, den er in der Verwandlung beschreibt, zerstören kann, indem sie versucht Lasten abzunehmen, statt den Lastenträger zu stärken. Das Beistehen besteht (1.) im Verwandeln der Lasten in Herausforderungen der je eigenen Stärke, (2.) in einem Zulassen von Widerständigkeit und deren Umdeutung in einen Befreiungsprozess und schließlich (3.) in einem Zulassen von Spielräumen, in denen sich die je eigene Kreativität wieder entfalten kann.

Nietzsche geht somit einen entscheidenden Schritt weiter als Sokrates. Der Verwandlungsprozess endet nicht mehr im Aufgehen der absoluten Allgemeinheit, der Wahrheit, sondern in einer radikalen Authentizität, von der niemand sagen

kann, wohin diese Authentizität führt. Das Neue ist das Unabsehbare und begrifflich nicht Fassbare, das den Durchschnittsmenschen Übersteigende, der Übermensch. Somit traut Nietzsche dem Einzelnen auch unendlich mehr zu als Sokrates. Je weniger Beistandschaft desto eher gelingt die Verwandlung. Allerdings bleiben Betroffene in dieser Einzelheit auch gleichzeitig stecken. Für Nietzsche gibt es nur den Übermenschen in der Einzahl. Wie sich mehrere Übermenschen begegnen können, was passiert, wenn das einzigartige Kind auf andere Neuanfänger trifft, liegt jenseits seines Denkkonzepts.

Anknüpfende Beistandschaft nach Hannah Arendt

In diesem Zusammenhang spielt ein ganz anderes Konzept eine besondere Rolle, das genau diesen Zusammenhang des Neuanfangs im Zusammenspiel mit anderen Anfängen bedenkt. Zu denken ist hierbei an das Natalitätskonzept von Hannah Arendt. Hannah Arendt unterscheidet dabei zwischen verschiedenen Tätigkeitsformen, wobei zunächst diejenigen Tätigkeiten, die der Natur geschuldet sind, unterschieden werden von denjenigen, die sich der von Menschen geschaffenen Welt verdanken. Die Tätigkeitsform des Arbeitens bestimmt Arendt dabei im Anschluss an Karl Marx als „Stoffwechsel mit der Natur“ (Arendt [1999]: 117). Es ist in den Naturprozess im und um den Menschen herum eingebunden und reagiert auf diesen. Die menschliche Bedürftigkeit wird zum Leitmotiv dieses Tätigseins, die dieses Tun mehr oder weniger zwingend bestimmt. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese Bedürfnisse ungestillt bleiben. Ganz gleich ob es sich um physische Schmerzen, psychische Angst, existenzielle Armut oder soziale Diskriminierung handelt, eine Not in einem solchen Bereich der Versorgung menschlicher Naturbedürfnisse macht die Fremdbestimmtheit des natürlichen Menschen offensichtlich und zerstört jeden Sinn für freiheitliche Selbstbestimmung nachhaltig. Damit beschreibt Arendt einen wichtigen Zusammenhang der Sozialen Arbeit. Adressaten Sozialer Arbeit kommen hier nicht als Unwissende in den Blick, die mit Wahrheitswissen schwanger gehen wie bei Sokrates, auch nicht als Problembelastete, deren Lasten sie entweder erdrücken oder aber stärken wie bei Nietzsche, sondern sie stehen in der Gefahr, unter dem Druck ihrer natürlichen Bedürfnisse ihr Bewusstsein für freiheitliches Handeln zu verlieren (Weber 2003: 154ff. 249ff.).

Von diesem Stoffwechsel mit der Natur kategorial unterschieden ist das freiheitliche Handeln, das sich einem reflexiven Bezug zur je eigenen Gebürtlichkeit verdankt. So wie jeder Mensch aufgrund seines Geborensseins ein Neuanfang (lateinisch: *initium*) in einer bestehenden Welt darstellt, so ist der Mensch, indem er reflektierend dieses Neuanfangen realisiert, dazu fähig handelnd in der Welt immer wieder neue Initiativen zu entwickeln und damit bestehende Abläufe in

unvorhersehbarem Maß zu unterbrechen und ihnen eine neue Richtung zu geben (Arendt [1999]: 215). Die Neuartigkeit ist also ebenso Bestandteil dieses freiheitlichen Handelns wie dessen Eingehen in eine bereits bestehende Welt. Darin unterscheidet sich die Initiativität des Handelns deutlich vom kreativen Handeln des Kindes bei Nietzsche. Arendt spricht in diesem Zusammenhang von der Wundertätigkeit des Handelnden, insofern durch ihn die bestehenden, oftmals automatischen natürlichen oder auch gesellschaftlichen Prozessabläufe unterbrochen werden und Neuanfänge „schlechterdings unerwartet und unerreichbar in die Welt brechen“ (Arendt [1999]: 216), die uns mit Staunen erfüllen.

Dies hat Konsequenzen für eine mäeutische Beistandschaft in diesem Handlungskontext, denn das freiheitliche Gebären von Handlungsinitiativen geschieht nicht in der Einsamkeit der Wüste, sondern unter der Bedingung der Anwesenheit von anderen, die ebenso mit Spontaneität begabt sind: „Etwas wird begonnen oder in Bewegung gesetzt von einem einzelnen, der anführt, worauf ihm viele gleichsam zu Hilfe eilen, um das Begonnene weiter zu betreiben und zu vollenden.“ (Arendt [1999]: 235) Handeln ist auf die Mitwesenheit anderer angewiesen, um aufgenommen und weiterbetrieben bzw. verstärkt und vollendet zu werden. Anfänge brauchen Anknüpfungspunkte in der Welt. Nur wenn sie diese finden, können sie Anfänge von etwas sein statt im Bestand der menschlichen Welt unterzugehen. Dieses Anknüpfen an die Anfänge anderer benennt Arendt mit Helfen und zeigt damit den besonderen Stellenwert des mäeutischen Beistehens im Zusammenhang des freiheitlichen Handelns auf. Dieses Helfen geht aus von den initiatorischen Impulsen der Adressaten, die es zunächst einmal überhaupt erst als solche erkennt und würdigt. Mit dem freiheitlichen Helfen ist eine spezifische Unterscheidungsgabe verbunden, die automatische Reaktivität im menschlichen Tätigsein unterscheidet von initiatorischen Impulsen. Ganz gleich wie stark Menschen dem Naturprozess zum Opfer gefallen sind und all ihr Handeln darauf ausgerichtet ist, der eigenen Not welcher Form auch immer Herr zu werden, kein Mensch kommt in seinem Tätigsein ganz ohne freiheitliche Impulse aus (Arendt [1999]: 215). Wie klein und unscheinbar diese Impulse auch sein mögen, das helfende Handeln beginnt mit dem Entdecken und Verstärken eben dieser bestehenden Impulse. Diese Würdigung der Initiativität beginnt mit dem Staunen über diese Anfänglichkeit, aber es bleibt nicht dabei, sondern greift diese Anfänge selbst aktiv auf und spricht ihnen damit erst ihren weltlichen Wert zu. Das Helfen wird zur Brücke zur Welt, bis die Initiativität wieder leichter Fortführung in der Welt findet. Allerdings ist diese helfende Fortführung nicht eine fremdbestimmte Dienstleistung, sondern geschieht selbst initiativ. Helfende sind nicht dienstleistende Wunscherfüller selbstbestimmter Kunden der Sozialen Arbeit, sondern geben sich mit ihrer eigenen Initiativität in das Spiel des ständig Neuen hinein. Dieser Zusammenhang sprengt den Gedanken des mäeutischen Beistandschaft, insofern die Hebamme anders als Arendts anknüpfendes Helfen

von dem Gebärdprozess des Neuen, das sie unterstützt, gerade nicht selbst betroffen ist (Platon Theaitetos: 149 b).

Diese Konzeption des freiheitlichen Helfens unterscheidet Arendt schließlich sehr sorgfältig von jedem Herrschaftshandeln (Arendt [1999]: 235f.). Das Verhältnis von Befehl und Gehorsam stellt letztlich den Verfallszustand des freiheitlichen Handelns dar. Das Handeln bedarf der Fähigkeit des Erduldens, insofern die selbst gesetzten Ziele durch die initiatorischen Impulse anderer immer wieder verändert oder gar direkt durchkreuzt werden (Arendt [1999]: 236). Wer dieses Spiel der Freiheit nicht zulassen will, sondern Souveränität über die einmal gesetzten Impulse erhalten will, dem bleibt nur die Möglichkeit, alle Initiativität auf seine Person zu konzentrieren und anderen nur noch die Möglichkeit zuzugestehen, diese Ideen und Ziele gehorsam auszuführen. Er wird unweigerlich zum Herrscher, er friert in seiner Position des Anfangenden fest und verbündet sich nicht mehr mit anderen, sondern kontrolliert vielmehr deren Tun.

Damit zeigt sich der auffälligste strukturelle Unterschied zwischen professionellem Herrschaftshandeln, wie es das klassische klinische Modell vorstellt und einem mäeutischen Zugang zum Hilfesgeschehen. Die klinische Rationalität orientiert sich am methodisch-technischen Können der Professionellen, dem sich alle anderen mehr oder weniger offensichtlich unterordnen müssen. Das mäeutische Selbstverständnis dagegen stellt die freiheitlich-selbst bestimmten Impulse der Betroffenen ins Zentrum und gruppiert alle anderen, auch die eigenen Handlungsimpulse der Professionellen, darum herum. (1) Ermutigendes Staunen über diese Impulse des Neuartigen, das in jedem Menschen als Begabung verborgen ist und durch Handeln das Licht der Welt erblickt, das (2) Erdulden der ständigen Durchkreuzung einmal gesetzter Ziele, der (3) engagiert selbst bestimmte Umgang mit diesen Anfängen anderer und die (4) Brückenbildung zur Welt freiheitlicher Bezüge bilden die Grundkategorien dieser mäeutischen Handlungskompetenz nach Arendt.

Schluss

Deutlich wird der zentrale Unterschied zwischen klinisch-medizinischem Selbstverständnis und mäeutischer Grundhaltung. Während die Klinik zum Reparaturbetrieb wird, zugerichtet auf das Agieren des spezialisierten und gleichzeitig in Seinem Aufgabengebiet souveränen Profis und insofern – obwohl in bester hilfreicher Absicht – dennoch zur kontrollierenden Herrschaftsausübung degeneriert, zeigt sich die Mäeutik als Beistandschaft der Selbstbestimmung zum freiheitlichen Handeln. Ziel der Mäeutik ist nicht die professionelle Lösung biopsychosozialer Probleme, sondern die Schaffung und Gestaltung einer Bühne, auf der Betroffene sich mit dem, was in ihnen steckt, im Miteinander entfalten

können, wobei dieser Beistand das Bühnengeschehen derart mitgestaltet, dass dieses aufscheinende Neue Fortführung in den Bezugsnetzen der Welt finden kann.

Die drei philosophischen Natalitätskonzepte legen dabei vier zentrale mäeutische Kompetenzen offen: (1) den Umgang mit den die Geburt der Einzigartigkeit begleitenden Komplikationen und Schmerzen (Sokrates), (2) das Bejahen und Aushalten von Widerständigkeit als Moment auf dem Weg zur kreativen Selbstbestimmung (Nietzsche) sowie (3) das freiheitlich engagierte Anknüpfen an freiheitliche Impulse anderer (Arendt) und schließlich (4) das Verweben dieser Impulse in bestehende freiheitliche Bezugsgewebe (Arendt sowie die sokratische Ehestiftung). Das Konzept der klinischen Sozialarbeit versucht zwar Momente einer solchen mäeutischen Förderung selbstbestimmter Vollzüge aufzunehmen mit ihren Begriffen von Ressourcenorientierung und Ganzheitlichkeit, doch verstrickt sie sich dabei in unlösbare Widersprüche, die allenfalls die Folgen des klinisch-medizinischen Modells relativieren, evtl. jedoch auch einfach nur kaschieren können. Sobald wir uns entscheiden, das zwischenmenschliche Hilfesgeschehen auf unser professionelles Können hin auszurichten, um Selbstbewusstsein, Planbarkeit und professionelle Handlungskontrolle zu erreichen, sodann wird es uns unmöglich sein, die Selbstbestimmung von Adressaten wirklich zu fördern oder gar freizusetzen (Pauls 2004: 204; Ansen 2002). Wer die ganz auf das professionelle Handeln zugeschnittene Klinik betritt, begibt sich in die Obhut der Ärzte und vertraut sich fast von selbst deren Handlungsvollzüge und Intentionen an, statt auf die eigene Kompetenz, Selbstbestimmung und die eigenen Vorstellungen und Wünsche zu vertrauen. Dieser Zusammenhang lässt sich auch mit professionsethischen Maßgaben über die Notwendigkeit der Einwilligung und Mitarbeit von Betroffenen oder deren menschliche Würde und Selbstbestimmung nicht kompensieren (Ansen 2002: 88).

Freilich zeigt das Beispiel des platonischen Sokrates, dass auch die mäeutische Grundhaltung nicht davor gefeit ist, sich in klinische Handlungsmuster zu verlieren. Freiheit ist immer ein gefährdetes Gut; sie bedarf eines spezifischen Sinnes für diese Freiheit, gepaart mit einem stabilisierenden Maß institutioneller Sicherungen, dem Vertrauen wie der Zumutung dieser Freiheit gegenüber Betroffenen sowie einem größtmöglichen Schatz freiheitlicher Selbsterfahrung, um auf dieser Basis die beschriebenen mäeutischen Kompetenzen entwickeln und bewahren zu können und auf diese Weise die Unabsehbarkeit, Lebendigkeit und Vielfalt des je einzigartigen Handelns in der Welt zu hegen.

Literatur

- Ansen, Harald 2002: Theoretisch-systematische Grundlagen der klinischen Sozialarbeit im Gesundheitswesen. In: Gödecker-Geenen; Nau, Hans (Hg.): *Klinische Sozialarbeit. Eine Positionsbestimmung*. Münster S. 83ff.
- Arendt, Hannah [1999]: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München/Zürich
- Arnstein, Sh. R. 1969: A Ladder of Citizen Partizipation. In: *Journal of The American Institute of Planners* July 1969
- Dewe, B.; Otto, H.U. 2002: *Reflexive Sozialpädagogik. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns*.
- Dinter, Gustav Friedrich [1839]: *Die vorzüglichsten Regeln der Katechetik : als Leitfaden beim Unterrichte künftiger Lehrer in Bürger- und Landschulen*. Neustadt a. d. Orla
- Dolz, Johann Christian 1789: *Katechetische Unterredungen über religiöse Gegenstände*. Sammlung 1–3 Leipzig
- Engelke, Ernst 2003: *Die Wissenschaft der Sozialen Arbeit. Werdegang und Grundlagen*. Freiburg.
- Feinbier, Robert Joachim 1997: *Klinische Sozialarbeit. Ein Prolog*. Sankt Augustin
- Foucault, Michel 1976: *Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie des ärztlichen Blickes*. Frankfurt a.M.; Berlin; Wien
- Foucault, Michel [1994]: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a.M.
- Gengnagel, Anette; Hasse, Ulrike 1999: „Die Geburt der Klinik“: Accouchiranstalten in Deutschland. In: Metz-Becker, Marita. (Hg.): *Hebammenkunst gestern und heute. Zur Kultur des Gebärens durch drei Jahrhunderte*. Marburg S. 31ff.
- Gräffe, Johann Friedrich Christoph [1798]: *Die Sokratik nach ihrer ursprünglichen Beschaffenheit in katechetischer Rücksicht betrachtet*. Göttingen
- Heidegger, Martin [1986]: *Sein und Zeit*. Tübingen
- Kunstreich, Timm 1997: *Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit*. 2 Bd. Hamburg
- Kunstreich, Timm 2003: *Neo-Diagnostik – Modernisierung klinischer Professionalität? – Ein Exposé für ein Methodenheft der Widersprüche*. In: *Widersprüche Heft 88*, S. 7ff.
- Kunstreich, Timm; Müller, Burkhardt; Heiner, Maja; Meinhold, Marianne 2003: *Diagnose und/oder Dialog? Ein Briefwechsel*. In: *Widersprüche Heft 88* S. 11ff.
- Metz-Becker, Marita 1999: *Akademische Geburtshilfe im 19. Jahrhundert: Der Blick des Arztes auf die Frau*. In: dies. (Hg.): *Hebammenkunst gestern und heute. Zur Kultur des Gebärens durch drei Jahrhunderte*. Marburg S. 37ff.
- Mühlum, Albert 2002: *Klinische Sozialarbeit – Stationen einer Kontroverse*. In: Gödecker-Geenen/Nau, Hans (Hg.): *Klinische Sozialarbeit. Eine Positionsbestimmung*. Münster S. 18ff.
- Nietzsche, Friedrich (KSA 4): *Also sprach Zarathustra I-IV*. Kritische Studienausgabe Band 4 München; Berlin; New York
- Pauls, Helmut 2004: *Klinische Sozialarbeit. Grundlagen und Methoden psycho-sozialer Behandlung*. Weinheim u.a.
- Platon [1989]: *Meno*. In: *Platonis Opera*. Tomus III. Oxford
- Platon [1988]: *Menon*. In: *ders.: Sämtliche Dialoge*. Band II. Hamburg

- Platon [1988]: Theaitetos (Theätet). In: ders.: Sämtliche Dialoge Band IV. Hamburg
- Platon [1989]: Theaitetos. In: Platonis Opera. Tomus I. Oxford
- Puhl, Ria; Burmeister, Jürgen; Löcherbach, Peter 1996: Keine Profession ohne Gegenstand. In: Puhl, Ria (Hg.): Sozialarbeitswissenschaft. Neue Chancen für theoriegeleitete Soziale Arbeit. Weinheim; München S. 167ff.
- Richmond, Mary 1917: Social Diagnosis. New York
- Salomon, Alice 1923: Leitfaden der Wohlfahrtspflege. Leipzig; Berlin
- Schmidt, Susanne; Vackinger, Annegret 1999: Künstliche Hilfe: Instrumente und Operationen. In: Metz-Becker, Marita (Hg.): Hebammenkunst gestern und heute. Zur Kultur des Gebärens durch drei Jahrhunderte. Marburg S. 50ff.
- Sturzenhecker, Benedikt 1998: Qualitätsfragen an Jugendpartizipation. In: Deutsche Jugend 46.Jg. 5/1998, S. 210–218;
- Vierthaler, Franz Michael [1798]: Geist der Sokratik : Ein Versuch, den Freunden des Sokrates und der Sokratik geweiht
- Weber, Joachim 2002/2003: Auf dem Weg zur gesteuerten Gesellschaft. Die Entwicklung der ambulanten Behindertenhilfe in Hamburg. In: standpunkt: sozial. Heft 3/2002 und 1/2003
- Weber, Joachim 2003: Philosophie des Helfens. Ein Hilfekonzept in Auseinandersetzung mit dem Denken von Hannah Arendt. Münster; Hamburg; London
- Weiß, Magdalena 2004: Vortrag auf dem X. Nationalen Hebammenkongress in Karlsruhe. In: www.bdh.de/aktuell

*Dr. Joachim Weber, Burmeisterstraße 16, 22305 Hamburg,
E-mail: weber-jo@web.de*



David G. Gil

**Gegen Ungerechtigkeit
und Unterdrückung**
Konzepte und Strategien
für Sozialarbeiter

Impulse Werkstatt Fachhochschule
Band 15

2006, ISBN 3-89370-410-8, 198 Seiten
€ 20,40 / SFr 35,90

- Wie können Ungerechtigkeit und Unterdrückung verhindert und überwunden werden? Was bedeuten diese Begriffe, woher kommen die damit verbundenen inhumanen Bedingungen und welche Dynamiken entfalten sie? David G. Gil setzt sich mit diesen Fragen auf Basis seiner langjährigen Erfahrung in sozialen Bewegungen der USA sowie seiner Praxis und Lehre in der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik auseinander! Er beruft sich in seiner Analyse und seinen Thesen auf die zentralen Werte kritischer Sozialarbeit und bringt sie im wahrsten Sinne des Wortes zum Klingen: Gleichheit, Freiheit, Kooperation, Gemeinschaft und das Streben nach individueller wie sozialer Weiterentwicklung.
 - Die zentrale Perspektive des Buches liegt dabei auf den Konsequenzen seiner Analyse für die Praxis und Ausbildung der Sozialen Arbeit. Gils explizit politischer Anspruch zeigt sich beispielsweise in seiner These, dass kritische Professionelle ihren politischen Standpunkt offen vertreten müssen. Das bedeutet für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten, kritisches Bewusstsein zu befördern und zu bilden sowie aktiv in und für soziale Bewegungen tätig zu sein.
 - Die Stärke des Gilschen Ansatzes, Analyse und Handlungsoptionen miteinander zu verschränken, führt zu einem fast programmatischen Charakter seines Buches, der schon durch den Titel – „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung“ – betont wird. Unter anderem aufgrund dieses Unterschiedes zur deutschen Wissenschaftstradition, in der gewöhnlich Analyse und Handlungsempfehlung entkoppelt werden, ist dieses Buch eine große Bereicherung für den kritischen Diskurs hierzulande.
 - Seine Analyse der vielfältigen Dilemmata, Widersprüche und Konflikte Sozialer Arbeit und sein Angebot einer „kritisch-optimistischen“ Option für das eigene Handeln sind zugleich Angebot und Herausforderung an die Leserinnen und Leser.
- Das Buch richtet sich an Professionelle, Studierende und Aktivist*innen in den vielfältigen Feldern der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik.

Arnd Richter

Politische Bildung und soziale Kompetenzentwicklung – ein ambivalentes Verhältnis

Soziale Kompetenzentwicklung ist in aller Munde. Politische Bildung hingegen befindet sich seit Jahren in der Defensive. Dabei könnte gerade politische Bildung zu einer Subjektbildung beitragen, die den Fallstricken und Verkürzungen gegenwärtiger Kompetenztrainings entgeht. Dazu müsste politische Bildung jedoch ihr humanistisches Subjektverständnis hinterfragen und die Probleme reflektieren, die heute mit diesem Subjektmodell verbunden sind. Weder das Konzept lebenslangen Kompetenzzlernens, das an einem neoliberalen Subjektmodell anknüpft, noch eine politische Bildung, die auf ein universelles autonomes Subjekt zurückgreift, sind geeignet, einen Ausweg aus fremdbestimmter und verwertungsorientierter Bildung aufzuzeigen. Demgegenüber wird für eine politische Bildung plädiert, die sich aktiv in die Kompetenzentwicklung des Subjekts einmischt, um das Ineinandergreifen von individueller Selbst- und politischer Fremdführung sichtbar, erfahrbar und bearbeitbar zu machen. Wie soziale Kompetenzen als ein widersprüchliches Verhältnis in der politischen Bildungspraxis zum Thema werden kann, darauf wird in einem abschließenden Praxisbericht ein Blick geworfen.

Sozialkompetenz, Subjektivität und neoliberale Menschenführung

Das Training und Erlernen sozialer Kompetenzen erfreut sich einer steigenden Nachfrage und Beliebtheit. Diese spiegelt sich nicht nur im Angebot der beruflichen Bildung, sondern auch in Programmen der politischen Bildung wider. Gleichzeitig wird Kompetenzentwicklung als Aufgabe und Leitbegriff lebenslangen bzw. lebensbegleitenden Lernens verstanden.¹ Die Vereinbarkeit von politischer Bildung und Kompetenzzlernen ist jedoch umstritten und wird kontrovers diskutiert. Vor diesem Hintergrund soll mit dem folgenden theoriegestützten Praxisbeispiel ein möglicher Weg aufgezeigt werden, wie politische Bildung die Nachfrage nach Kompetenztrainings aufgreifen kann ohne ihren kritisch-aufklärerischen Anspruch aufzugeben.

WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 98, 25. Jg. 2005, Nr. 4, S. 93–102

Die Konjunktur von Kompetenzentwicklung und lebensbegleitendem Lernen beruht auf der Annahme, dass mit der Auflösung des fordistischen Arbeits- und Gesellschaftsmodells nicht nur die Arbeit, sondern zunehmend auch Bildung subjektiviert wird (vgl. Egbringhoff et al 2003). In diesem Zusammenhang wird auch das Lernen aus dem engen Rahmen klassischer Institutionen wie Schule, Betrieb, Universität etc. gelöst und als lebenslange Aufgabe den einzelnen Subjekten zugeschrieben. Das Lernen in Bildungsinstitutionen wird zwar keinesfalls für obsolet erklärt, aber es ist davon auszugehen, dass sich die Institutionen konzeptionell auf ein neues Lernsubjekt einstellen müssen, das nicht mehr ausschließlich mit standardisierten und in sich abgeschlossenen Bildungsangeboten versorgt werden kann. Vielmehr müssen sich die Bildungsangebote wesentlich stärker als bisher auf die subjektiven Bildungsansprüche, die spezifische Lebenssituation der Individuen und die Brüche in den Lernbiografien einstellen. Darüber hinaus hat sich das Bildungssystem auf ein Subjekt einzurichten, dem in hohem Maße Eigenverantwortung, Selbststeuerung und soziale Kompetenzen abverlangt werden. Neben einer verstärkten finanziellen Einbindung der Lernenden kommt die zunehmende Orientierung am Selbst auch konzeptionell zum Tragen. So lässt sich unschwer erkennen, dass in der aktuellen pädagogischen Diskussion die Rolle der Lehrenden sich fundamental ändert. Nicht mehr Wissensvermittlung, sondern Lernbegleitung ist die Aufgabe zukünftiger Pädagogen und Pädagoginnen. Die Lehrpersonen sollen Lernumgebungen bereitstellen, die optimal auf die Bedürfnisse der Lernenden zugeschnitten sind, damit diese ihr Selbstlernpotenzial im Austausch mit anderen voll ausschöpfen und entfalten können. Durch die verstärkte Orientierung am Selbst erhofft man sich sowohl mehr Engagement und Motivation als auch eine Verbesserung von Team- und Kommunikationsfähigkeit. Solche pädagogischen Settings sollen eine passende Vorbereitung auf die postfordistische Arbeitswelt bieten, in der flexible, teamorientierte und kommunikationsstarke Arbeitskräfte benötigt werden.

Soziale Kompetenzen und Subjektivität wurden in der Arbeits- und Berufswelt jedoch nicht immer geschätzt. Lange Zeit wurden Kreativität und Ideenreichtum, aber auch Kommunikations- und Kritikfähigkeit als Bedrohung für einen standardisierten und reglementierten Arbeitsablauf angesehen. Erst in den 70er und 80er Jahren wurden, nicht zuletzt durch die Kapitalismuskritik der 68er, Forderungen nach mehr Selbstbestimmung, kooperativen Arbeitsstrukturen und Kreativität aufgegriffen und als wichtige „Humanressourcen“ in die Wertschöpfung eingebunden. Subjektivität hat sich somit von einer Störgröße in eine Produktivitätsressource verwandelt. Ein wichtiger Motor dieser Subjektentwicklung ist die Hegemonie des Neoliberalismus, der die Menschen als selbstverantwortliche und rational steuernde Akteure konstituiert. Im Neoliberalismus wird ein an der Figur des Unternehmers orientiertes Menschenbild erzeugt, das für unsere Selbstführung leitend sein soll. Wie ein Unternehmer in seine Firma in-

vestieren muss, wenn er nicht untergehen will, so sind auch die Individuen angehalten, in sich selbst als Subjekte zu investieren, d.h. in Bildung, Gesundheit, Wellness, soziale Kompetenzen, etc. Das „Ich“ hat die Aufgabe seinen Marktwert zu erhöhen, indem es all seine persönlichen Fähigkeiten, seine Kenntnisse und letztlich seine Freiheit darauf ausrichtet, seine Beschäftigungsfähigkeit und Produktivität zu steigern. In dieser Form der Selbstbetrachtung nimmt sich das Subjekt vornehmlich als Humankapital wahr, das permanent aktualisiert und optimiert werden muss. Lebenslängliches Kompetenzzernen findet in diesem unternehmerischen Selbst seinen Kunden.

Neoliberale Herrschaftsstrategien, die das Selbstverhältnis der Menschen zunehmend bestimmen, zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie nicht primär mit Zwang und direkter Kontrolle arbeiten, sondern die Kontroll- und Führungsfunktion in die Subjekte selbst verlagern. So ist das lernende Individuum angehalten, selbst seinen Lernprozess zu organisieren, effektiv zu gestalten und lebenslang zu aktualisieren. Damit wird die Selbstführung der Subjekte von Prinzipien angeleitet, die politisch und ökonomisch gewollt sind.² Soziale Kompetenzen markieren in diesem Zusammenhang die Schnittstelle, an der Selbst- und Fremdführung zusammentreffen. Das neoliberale Subjekt führt sich mit Hilfe von Kompetenzen wie Kommunikation, Teamarbeit, Eigeninitiative, Kritikbereitschaft und Selbstreflexion; Eigenschaften also, die gleichzeitig der Selbstformung und der Herrschaft über Menschen dienen. Mit der Ausweitung von Selbststeuerung und Selbstverantwortung verliert Herrschaft nicht an Bedeutung, sondern ändert nur ihre Form. Sie tritt nun als Selbstkontrolle, Selbstoptimierung und Selbstökonomisierung auf. Die Ware Arbeitskraft hat sich im neoliberalen Kapitalismus grundlegend geändert. Pongratz und Voß haben dafür den Begriff des Arbeitskraftunternehmers eingeführt.³ Früher waren es vor allem die fachlich-beruflichen Kompetenzen, die den Wert der Ware Arbeitskraft bestimmten, heute hingegen wird zunehmend der ganze Mensch mit all seinen, persönlichen, sozialen und emotionalen Kompetenzen in den Verwertungsprozess einbezogen. In der Arbeit sollen die Menschen auch ihre persönlichen Kompetenzen, Kenntnisse und Interessen (z.B.: Einfühlungsvermögen, Kreativität, Hobbys, etc.) für das Unternehmen aktivieren. Gefragt sind reflexive, kommunikative, selbstverantwortliche und nicht zuletzt kritische Mitarbeiter/innen, die mit ihren Ideen und Einwänden zur Innovation und Kundenorientierung beitragen. Ihr Privatleben wiederum sollen die Menschen immer stärker nach ökonomischen Kriterien (Effizienz, Zeitmanagement, Kosten-Nutzen-Kalkül, etc.) organisieren. So ist aus dem humanistischen Bildungsideal einer umfassend entwickelten Persönlichkeit einerseits ein begehrenswertes Objekt für die Unternehmen geworden, andererseits wird das Individuum immer mehr auf den Status eines betriebswirtschaftlich kalkulierenden Subjekts reduziert.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird politische Bildung sowohl theoretisch als auch praktisch vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Kann noch

bedenkenlos von Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Autonomie die Rede sein, wenn der Kapitalismus diese Eigenschaften geradezu verlangt, weil sie die Unternehmensproduktivität erhöhen? Wie kann die Idee des selbst bestimmten, kritischen und reflexiven Subjekts noch Ausgangspunkt und Ziel von Bildung sein, wenn diese Subjektform gleichzeitig der Reproduktion von Herrschaft dient? Die zentralen Fragen nach Freiheit, Autonomie und auch Widerstand müssen neu gestellt werden, weil Herrschaft nicht mehr gegen die Subjekte arbeitet, sondern mit ihnen und durch sie. Wenn Freiheit und Selbststeuerung zum Medium von Macht werden, dann kann der Ruf nach Selbstbestimmung und Emanzipation schnell ins Leere laufen. Wenn diese Bedeutungsverschiebung nicht erkannt und konzeptionell integriert wird, läuft eine humanistisch ausgerichtete Bildungsarbeit Gefahr, die Unterwerfung zu zementieren, die sie doch eigentlich aufheben will. Daher ist politische Bildung gut beraten, sich auf die Auseinandersetzung mit den aktuellen Formen der Subjektbildung und Herrschaftstechniken sowohl theoretisch als auch praktisch gut vorzubereiten.

Konsequenzen für die Politische Bildung

Ein identitätsorientiertes Bildungsverständnis, wie es lange Zeit die Bildungslandschaft mit ihren klaren Grenzen und impliziten Logiken von allgemeiner, beruflicher und politischer Bildung geprägt hat, ging in etwa von folgender Überlegung aus: Berufliche Fort- und Weiterbildung beinhaltet ein Anpassungslernen, bei dem die Individuen instrumentell Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, die auf die Verwertungsbedingungen zugeschnitten sind. Oft handelt es sich um ein sehr eng geführtes Weiterbildungskonzept, das vor allem auf kurzfristig erlernbare und einsetzbare Qualifikationen setzt. Die Mitarbeiter/innen werden als Fachkraft geschult und in ihrer beruflichen Identität gestärkt. Der Mensch wird vor allem als Arbeitssubjekt betrachtet, der sich den betrieblichen Erfordernissen und Wünschen unterzuordnen hat.

Hingegen orientiert sich politische Bildung an einem humanistischen Subjekt- und Bildungsverständnis. Das Subjekt des Humanismus steht für Autonomie, Reflexion, Identität und eine universalistische Vernunft. Dieses Subjekt wird als Bezugspunkt für Bildungsprozesse vorausgesetzt und ist gleichzeitig Ziel von Bildung. Es bildet quasi einen Gegenpol zu Herrschaft und Macht, die die Freiheit und Handlungsfähigkeit des Subjekts einschränken und bedrohen. Das Subjekt wird entsprechend als privilegierter Ort der Emanzipation gesehen. Dass dieses Bildungsverständnis kein Relikt der Moderne ist, sondern nach wie vor Gültigkeit für sich beansprucht, mag das folgende Zitat illustrieren. In einem aktuellen Beitrag über Friedrich Schiller schreibt Marie Haller-Neumann (2005) in den der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“:

„Diese Bildungsidee (die von Schiller, Anm. d. V.) ist heute von hoher Aktualität. Der Mensch setzt sich als Ziel des Bildungsprozesses. Dies entspricht dem nach wie vor aktuellen Bild der freien Entwicklung der Persönlichkeit, der Entwicklung eines Subjekts, das mit sich selbst identisch und autonom handlungsfähig ist, wie es die heutige Bildungstheorie formuliert.“

In diesem Sinne verfolgt Politische Bildung das Ziel, den Menschen mittels Aufklärung und kritischem Denken aus Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu befreien, damit sich die Reflexionsfähigkeit des Subjekts autonom und vernunftvoll entfalten kann. Das Menschenbild, das diesem Ansatz zugrunde liegt, ist geprägt von einem Subjekt, das seine Autonomie, Identität und Authentizität durch Selbstbildsamkeit zur Geltung bringt. Im Kontext dieses Bildungsverständnisses stehen sich politische und berufliche Bildung unversöhnlich gegenüber, da beide an gegensätzlichen Menschenbildern ausgerichtet sind.

Das Ziel lebenslangen Lernens kann nun so interpretiert werden, dass die Gegensätze von beruflicher und politischer Bildung überwunden werden sollen. Im Rahmen dieses Bildungsverständnisses sollen persönliche, berufliche, soziale sowie politische Erfahrungen und Fähigkeiten verknüpft werden und in eine subjektorientierte Kompetenzbildung münden. Widersprüche werden dabei tendenziell negiert. So werden beispielsweise kreativer Konformismus, teamfähiger Egoismus und autonome Unterwerfung nicht als widersprüchliche Verhältnisse reflektiert, sondern als dynamische und vielseitige Sozialkompetenz idealisiert. Die Kompetenzen sollen so beschaffen sein, dass sie kontextübergreifend eingesetzt werden können und ein Höchstmaß an Flexibilität, Leistungsorientierung und Anpassungsfähigkeit ermöglichen.

Hintergrund dieses neuen Bildungsparadigmas ist der Weg in die Wissensgesellschaft, die sich nur als Weiterbildungsgesellschaft realisieren kann. An die Beschäftigten werden neue und zunehmend komplexere Anforderungen gestellt, die soziale Kompetenzen und lebenslanges Lernen immer wichtiger erscheinen lassen. Soziale Kompetenzen sollen es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen, sich eigenverantwortlich mit ihren Stärken in Teams und Netzwerken einzubringen, um gemeinsam Probleme und Aufgaben zu lösen. Die Chance für die Beschäftigten besteht darin, dass sie durch eigenständige und kooperative Arbeitsformen nicht nur Befehlsempfänger, sondern zunehmend auch Gestalter ihrer Arbeitsprozesse sind. Sie haben die Möglichkeit, ihre Kompetenzen und eigenen Ideen einzubringen und können so ihre Ansprüche nach selbst bestimmteren und kommunikativeren Arbeitsstrukturen einlösen. Zusätzlich können die Beschäftigten auch persönlich und ggf. in ihrem sozialen und politischen Engagement von diesen Kompetenzen profitieren. Dennoch steht die Verwertungsorientierung des Kompetenzzlernens dem beruflichen Anpassungslernen in nichts nach, da soziale Kompetenzen und Selbstverantwortung unter dem Diktat des Marktes stehen. Die Beschäftigten haben regelrecht die Pflicht, ihre gewonnene

Autonomie, Teamfähigkeit und Kreativität marktgerecht zu formen und einzusetzen. Die gewonnene Freiheit wird gleich wieder sanktioniert, indem die Individuen genötigt werden, von ihrer Freiheit einen ökonomischen Gebrauch zu machen. Das Menschenbild, das hier zum Tragen kommt, ist gekennzeichnet durch einen reduktionistischen Freiheits- und einen widerspruchsfreien Kompetenzbegriff. Damit ist das Konzept des lebenslangen Lernens kompatibel mit der neoliberalen Subjektform. Analog zur Ideologie des Neoliberalismus begreift es Menschen als selbstverantwortliche Lernsubjekte, die ihre Humankompetenzen leistungsorientiert entwickeln und vermarkten sollen. Die Lernenden sollen möglichst viele Lebenssituation als Lerngelegenheiten begreifen, Lernchancen erkennen und ihre Ressourcen zielgerichtet zu Kompetenzen bündeln.

Sowohl die identitätsorientierten Bildungskonzepte als auch die Umstellung auf lebenslanges Kompetenzlernen sind jedoch untauglich, um der Verwertungsorientierung Einhalt zu gebieten und den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angemessen Rechnung zu tragen. Das identitätsorientierte Bildungsverständnis übersieht die voranschreitende Entgrenzung von Arbeit und Lebenswelt. Menschen treten in den jeweiligen Bildungsorten und -situationen nicht nur als Erwerbstätige, Auszubildende oder politisch interessierte Privatpersonen auf, sondern als zur Selbststeuerung aufgeforderte Subjekte, die bestrebt sind, den Nutzen von Bildung zu maximieren und Synergieeffekte herzustellen. In ihrem Kampf gegen Unterdrückung und Macht greift politische Bildung zudem häufig auf ein Subjekt zurück, das selbst Effekt und Element derjenigen Machtverhältnisse ist, von denen es befreit werden soll. Das Problem des integrierten Bildungsansatzes besteht hingegen darin, dass er Widersprüche verdeckt statt sie zu bearbeiten und Kompetenzentwicklung an kapitalistische Verwertungsprozesse kettet.

Was wäre aber, wenn man an den herrschenden Subjektivierungsweisen ansetzen und den Kampf um die Subjektbildung aufnehmen würde? Politische Bildung kommt vor dem Hintergrund einer Subjektivierung von Arbeit und Bildung nicht darum herum, an Kompetenzen zu arbeiten, die prinzipiell sowohl für persönliche Weiterentwicklung berufliche Qualifizierung als auch für politische Partizipation genutzt werden können. Aus dieser Ambivalenz gibt es vorerst kein Entrinnen. Deswegen sollte diese Ambivalenz selbst transparent gemacht werden, indem die Subjekte darin bestärkt werden, sich bewusst und kritisch zu ihrer widersprüchlichen und gesellschaftlichen Subjektivität zu verhalten. So könnte beispielsweise mit den Teilnehmenden ein Kompetenzprofil erarbeitet werden, welches von der Wirtschaft gewünscht und in vielen Trainingsangeboten unreflektiert bedient wird. Demgegenüber könnten die Teilnehmer/innen überprüfen, welche Kompetenzen für sie wichtig sind und warum sie diese für erstrebenswert halten. In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu analysieren, inwieweit die Teilnehmer/innen genau die sozialen Kompetenzen für die eigene

Persönlichkeitsentwicklung nutzen, die im neoliberalen Menschenbild des „Unternehmers seiner Selbst“ eine große Rolle spielen. So ließe sich ein soziales Kompetenzprofil mit dem Ziel erstellen, die Verschränkung von „Eigenem“ und „Fremdem“ herauszuarbeiten. Die Art und Weise, wie sich die Menschen als Subjekte verstehen, mit welchen Begriffen und Bildern sie ihre Selbstreflexion betreiben und mit welchen gesellschaftlichen Normen und Wertvorstellungen sie ihre Kompetenzentwicklung anleiten, all dies müsste Gegenstand eines politischen Konzepts zur Sozialkompetenz sein. Eine solche anspruchsvolle Reflexionsleistung muss keineswegs abstrakt bleiben, sondern lässt sich gut mit praktischen Übungen verbinden. So kann eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema soziale Kompetenzen mit Hilfe verschiedener Sozialformen erfolgen, sodass Sozialkompetenz gleichzeitig Inhalt und Übung ist.

Weder die Entkoppelung noch die Verkoppelung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem bietet einen Ausweg aus dem Dilemma der Subjektbildung. Stattdessen bietet eine Subjektbildung, die quer dazu liegt, die Möglichkeit, die subjektive Aneignung gesellschaftlicher Kompetenznormen zu reflektieren. Politische Bildung sollte weder den neoliberalen noch den humanistischen Bildungskonzepten die Kompetenzentwicklung von Menschen überlassen, sondern ihnen vielmehr dabei helfen zu verstehen, wie ihre Subjektivität nicht außerhalb von Machtverhältnissen steht, sondern von ihnen durchdrungen ist. Zu analysieren wäre, wie das Subjekt auf kulturelle Normen und Praktiken zurückgreift, um sich selbst zu formen. Dabei könnten auch von der Regel abweichende Formen und Aneignungsweisen sichtbar werden. Sozial kompetente Handlungsfähigkeit entsteht durch eine reflektierte und kritische Bemächtigung gesellschaftlicher Handlungsnormen und Praktiken. In diesem Bildungsprozess kann Politische Bildung eine gleichsam kritische und irritierende Funktion übernehmen.

Politische Bildung und soziale Kompetenzen in der Praxis – Ein kurzer Erfahrungsbericht

Bei einem einwöchigen Seminar mit Auszubildenden des ersten Lehrjahres aus kleineren kommunalen Finanzinstituten sollten soziale Kompetenzen angewendet, kritisch reflektiert und gesellschaftspolitisch ausgewertet werden. Im Vordergrund standen „Kommunikation“ „Teamarbeit“ und „Kritikfähigkeit“. Erwartungsgemäß gab es ein Spannungsverhältnis zwischen dem Interesse des Kooperationspartners nach verwertbaren Kompetenzen, die es zu erlernen und zu stärken galt, und dem eigenen Anspruch eines politischen und kritikgeleiteten Konzeptes von Sozialkompetenz. Dieses Spannungsverhältnis wurde nicht zu einer Seite hin aufgelöst, vielmehr wurde es Teil des Konzeptes. Die Auszubildenden übten einerseits Kommunikations-, Kooperations- und Kritikfähigkeit. Kompetenzen also,

die sie in ihrer Ausbildung, im privaten Umfeld und für gesellschaftliche Teilhabe benötigen. Andererseits wurde auch die Funktion und Bedeutung sozialer Kompetenzen für die Entwicklung des Kapitalismus analysiert und diskutiert. Dadurch wurden Widersprüche zwischen demokratischen Handlungsweisen, wirtschaftlichen Verwertungsinteressen und subjektiven Wertvorstellungen sichtbar und bearbeitbar. Wie dies in einem ersten Versuch ausgesehen hat, soll im Folgenden kurz skizziert werden.

In der Diskussion um gelungene Teamarbeit wurde herausgearbeitet, dass die beruflichen Anforderungen an soziale Kompetenzen in sich auch Widersprüche beinhalten. So konnten die Auszubildenden bereits ihre Erfahrung einbringen, dass von Ihnen einerseits Kooperation und Teamorientierung erwartet und andererseits Durchsetzungsvermögen und Konkurrenzfähigkeit verlangt werden. Der Konflikt zwischen individueller Leistungs- und kooperativer Teamorientierung warf viele Fragen auf. Was wird eigentlich bewertet, meine Eigenleistung oder Gruppenergebnisse? Führt das Konkurrenzdenken nicht zu Entsolidarisierungen unter den Beschäftigten? Führt der Druck zum Erfolg der Gruppe beizutragen nicht vermehrt zu psychischen Problemen und körperlichen Schäden? Wann schlägt Teamarbeit in Anti-Teamarbeit und Mobbing um? In diesem Zusammenhang wurden auch neue Managementstrategien diskutiert. Demnach tritt die Leitungsebene immer mehr zurück und steuert nur noch indirekt über harte Zielvorgaben, die, ganz gleich wie, erfüllt werden müssen. „Arbeite so autonom wie ihr wollt, aber seid profitabel“, so ließe sich dieses Managementkonzept zusammenfassen. Die Auszubildenden sahen darin ein sehr zweischneidiges Verhältnis von mehr Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Gestaltungsfreiräumen auf der einen und vermehrtem Druck und Konkurrenzorientierung auf der anderen Seite.

In einer weiteren Einheit hatten die Auszubildenden die Gelegenheit, den Stellenwert sozialer Kompetenzen zur Steigerung von Produktivität und Effektivität insgesamt zu bewerten und kritisch zu reflektieren. Interpretierten einige der Auszubildenden die Förderung von sozialer Kompetenz eher als Anpassungslernen, um die ökonomischen Verwertungsinteressen zu erfüllen, sahen andere in der Stärkung sozialer Fertigkeiten vielmehr die Chance sich weiterzuentwickeln und Kompetenzen nicht nur in der Berufswelt, sondern ebenso bei privaten, sozialen und politischen Aktivitäten zu nutzen. Methodisch sollten die Auszubildenden aus verschiedenen Sozialkompetenzen diejenigen auswählen, die für sie beruflich und persönlich die höchste Priorität haben. Neben gängigen Kompetenzen wie Konflikt-, Kommunikations-, und Teamfähigkeit gehörten u.a. auch Solidarität, Utopiefähigkeit und Humor zu den vorgegeben Begriffen. In dieser Übung wurde deutlich, dass soziale Kompetenzen, die den Auszubildenden persönlich wichtig waren wie beispielsweise „Toleranz“ und „Humor“, beruflich weit weniger oben auf der Liste standen. Umgekehrt erhielten soziale

Kompetenzen wie beispielsweise „Teamarbeit“ und „Zielstrebigkeit“ beruflich eine hohe Wertigkeit, persönlich wurden sie jedoch als nicht so bedeutsam eingestuft. Der Großteil der Auszubildenden betonte beruflich den Leistungsaspekt, privat dominierte die Orientierung an Werten wie Verständnis und Freundschaft. Für soziales und politisches Engagement wiederum seien vor allem „Toleranz“ und „Solidarität“ wichtig. Die Teilnehmenden sahen in diesen Diskrepanzen jedoch kein großes Problem, sondern eher einen Ausgleich. Sie gingen davon aus, dass in der Arbeitswelt, in der Gesellschaft und in der in der Privatsphäre jeweils unterschiedliche Normen und Prinzipien gelten.

Angeregt diskutiert wurde die Frage, ob die Sozialkompetenz „Kritikfähigkeit“ nicht in erster Linie dazu diene, die Beschäftigten über Feedbackprozesse in die Qualitätssicherung und -steigerung zu integrieren. Eine offene und kritische Bewertung von Arbeitsabläufen und Vorschriften sei hingegen nicht erwünscht. Kritikbereitschaft würde heute von Unternehmensseite vor allem eingefordert, um die Ideen der Mitarbeiter/innen für Innovationen zu nutzen. Um den kritischen Charakter von Kritik zu erhalten, ist es daher wichtig, Möglichkeiten und Orte zu schaffen, in denen Kritik nicht von vornherein auf marktorientiertes Feedback reduziert wird.

Im letzten Teil des Seminars sollten die Auszubildenden über die Beziehung zum Kunden nachdenken und ihre Idealvorstellungen präsentieren. Erstaunlicherweise wurden nun die beruflichen und privaten Bereiche nicht mehr getrennt gesehen, sondern für eine Entgrenzung plädiert. In ihrem Konzept sollte die Kundenbeziehung nämlich von den Finanzinstituten in die Wohnungen der Kunden verlagert werden. Das Argument war, dass sich Menschen zu Hause viel wohler fühlen und daher eher Vertrauen fassen und Verträge abschließen würden. Die Frage, ob auch sie es gut fänden, wenn Geschäftsleute ihren Privatbereich aufsuchen würden, beantworteten viele der Auszubildenden mit „ja“. Interessant war, dass die anwendende Geschäftsführung ein solches Eindringen in die Privatsphäre der Kunden mit der Begründung ablehnte, dies sei mit ihrem Berufsstand und Selbstverständnis schwer vereinbar. Schließlich seien sie keine „Staubsaugervertreter“, sondern seriöse und auf Diskretion bedachte Geschäftsleute. In der Diskussion zeigte sich schnell, dass diese Frage auch eine Generationenfrage ist. Den Auszubildenden war es wichtig, eine „lockerere Verbindung“ zu dem Kunden zu schaffen, den „alten Hasen“ hingegen ging es darum, die Balance zwischen Kundenorientierung und Distanz zu wahren. Dieses Beispiel ist möglicherweise ein Hinweis darauf, dass im Denken gerade junger Menschen die Forderung nach einer Flexibilisierung von Beruf und Alltag schon so stark Eingang gefunden hat, dass eine Entgrenzung für selbstverständlich angesehen wird.

Die kurze Skizzierung von Übungen und Diskussionen sollte zeigen, dass auch in einem Seminar zur Sozialkompetenz politische Bildung möglich und sinnvoll ist.

Berührungängste mit dem Thema Kompetenzentwicklung sind ebenso wenig angebracht wie unkritische Trainings, die bloß gewünschte Verhaltensnormen einüben. Politische Bildungsangebote zu sozialen Kompetenzen müssten die Ambivalenz konzeptionell einbeziehen und einen Raum dafür schaffen, Subjektivität in ihrer Widersprüchlichkeit kritisch zu reflektieren.

Anmerkungen

- 1 Zum Beispiel im aktuellen Gutachten der Sozialforschungsstelle Dortmund „Evaluation zur Wirksamkeit des WbG NRW“.
- 2 Das Führen von Selbstführungen bezeichnet der französische Philosoph Michel Foucault auch als Regieren bzw. als Gouvernamentalität. Ausführlich zu dem Verhältnis von Selbst- und Herrschaftstechniken im Rahmen des Gouvernamentalitätsbegriffs bei Foucault siehe: Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas 2000: Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen.
- 3 Voß, G. G.; Pongratz, H. J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der „Ware Arbeitskraft“? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50(1), S. 131–158.

Literatur

- Haller-Neveermann, Marie 2005: Ein Weltbürger, der keinem Fürsten dient. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 9–10, S. 14–22.
- Egbringhoff, Julia; Kleemann, Frank; Matuschek, Ingo; Voß, G. Günter 2003: Subjektivierung von Bildung. Bildungspolitische und bildungspraktische Konsequenzen der Subjektivierung von Arbeit.
- <http://www.ta-akademie.de/deutsch/bestellungen/textelk/ab233.pdf>.
Gefunden am 04. März 2005.

Arnd Richter, Pestalozzistraße 11, 33615 Bielefeld
E-mail: arnd-richter@web.de

Rat-lose Kommunalpolitik

*Norbert Wohlfahrt und
Werner Zühlke: Ende der
kommunalen Selbstverwaltung.
Zur politischen Steuerung im
Konzern Stadt. 145 S. VSA-Verlag,
Hamburg 2005; 12,80 Euro*

Norbert Wohlfahrt und Werner Zühlke legen mit diesem Band eine kompakte Fassung der Ergebnisse von eigenen Forschungsarbeiten über verschiedene Facetten kommunalpolitischer Entwicklungen aus den letzten 15 Jahren vor. Auch wenn sich diese primär auf Kommunen in Nordrhein-Westfalen bezogen haben und der bundesdeutschen kommunalen Wirklichkeit Uneinheitlichkeit attestiert wird, „so treffen die hier behaupteten Entwicklungen einer Ökonomisierung und Fragmentierung des Politischen aus unserer Sicht im Kern alle lokalen selbstverwalteten Körperschaften“ (7). Die vorgestellten Ergebnisse betreffen alle Handlungsfelder kommunaler Politik, vom Sport über Kultur und Soziales bis zur Ver- und Entsorgung, sie betreffen die mit dem Stichwort der „Neuen Steuerung“ vollzogenen Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung und sie stellen ganz grundsätzlich die Frage, wie viel demokratische politische Spielräume für die Gestaltung lokaler Lebensverhältnisse denn noch übrig bleibt für die BürgerInnen und die von ihnen gewählten repräsentativen Organe. Im Vorwort „Globalisierung und lokale Demokratie“ rekurrieren die Autoren auf Dahrendorfs Argumentation des Bedeutungsverlusts des Prinzips der Volkssouveränität und der Parlamente angesichts der Rolle supranationaler Organisationen (10f.). In der politikwissenschaftlichen Diskussion gibt es aus Sicht der Autoren Thesen, die, angesichts dieser Entwicklungen, der lokalen Demokratie eine große Rolle und neue

Chancen zuschreiben. Das vorliegende Buch schreibt gegen diese Sichtweise an und versucht zu belegen, dass Kommunen zunehmend reduziert werden „auf ihre Funktion als Wirtschaftsstandorte“ und dass die Kommunen „die lokale Demokratie“ nicht erneuern, „sondern sie bauen sie Schritt für Schritt ab“ (13). Das Interesse der Autoren an der Betrachtung dieser Entwicklung ist deutlich geprägt davon, dass sie die Selbststeuerungsfähigkeit von Kommunen und die kommunale Daseinsvorsorge als Güter politisch hoch bewerten. Aus ihrer Sicht sind es vor allem die Tendenzen der „Ökonomisierung der Verwaltung“, der „Privatisierung öffentlicher Aufgaben“ und der „Fragmentierung der politischen Verantwortlichkeiten“, welche die kommunale Selbstverwaltung und Demokratie untergraben (14/15). Dass dies kein von anonymen Sachzwängen gesteuerter Prozess ist, sondern dass politische Akteure in den Kommunen diese Veränderungen befördern, wird von Norbert Wohlfahrt und Werner Zühlke immer wieder betont. In einem kurzen historischen Rückblick erinnern sie daran, dass das „Spannungsfeld“ zwischen „Kommune, Staat und Wirtschaft sowie zwischen Rat und Verwaltung“ (20), ein altbekanntes Phänomen ist. Vom Standpunkt der Autoren aus ist jedoch besonders zu befragen ist, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen die Möglichkeiten zur politischen Selbstbestimmung und Steuerung der Kommunen, also die Chance, „die örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln“ (20), schwächer werden.

Diese Tendenz wird zum Ersten belegt an der Ökonomisierung der kommunalen Selbstverwaltung durch „Neue Steuerung“ und „New Public Management“ (22). In der Zusammenfassung der jüngeren Entwicklung stellen sie fest, dass die Verwaltungsmodernisierung dysfunktionale Entwicklungen (genannt werden z.B. „Qualitätsprobleme, Verlust von Gemeinwohlbezug“ u.a.) durch

die Etablierung eines „strategischen Managements“ überwinden wollen, das von normativen Entscheidungen darüber geprägt ist, „welche Aufgaben öffentlich überhaupt wahrgenommen und welche prioritär unter Berücksichtigung zur Verfügung stehender Ressourcen bearbeitet werden sollen“ (30). Die Tendenz einer Entpolitisierung des Verwaltungshandelns gestaltet sich „durch den Übergang von einer primär rechtlichen Steuerung des Verwaltungshandelns zu einer Steuerung durch ökonomische Kennziffern“ – so zitieren die Autoren zustimmend Pelizzari. Die Zunahme einer Dominanz des Ökonomischen reflektiert nach Wohlfahrt und Zühlke in hohem Maße auch den Verfall der kommunalen Steuereinnahmen. Diese Entwicklung und die politischen Reaktionen darauf (u.a. Einrichtung der „Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen“ werden von den Autoren in hohen Zügen dargestellt und sie kommen zu dem Schluss, dass Finanzkrise plus „Effizienzstreben des New Public Management“ der „Ökonomie auch eine Dominanz über alle Felder der Stadtpolitik“ gibt (36). Dass oben angesprochene klassische Spannungsfeld wird so immer mehr zu einem asymmetrischen Verhältnis zwischen Unternehmensinteressen und Kommunalpolitik. Diesen Interessen gegenüber ist die lokale Politik in der Logik der Standortkonkurrenz immer weniger selbstbewusst handlungsfähig.

Die zweite große Tendenz, die von den Autoren beschrieben wird, ist die der „Privatisierung des Öffentlichen“ (37f). Zur Privatisierung wird von den Autoren alles gerechnet, was zur Übernahme öffentlicher Aufgaben durch „Einzelpersonen, Privathaushalte, Stiftungen, Verbände und Vereine“ führt (37). Die Kritik der Autoren bezieht sich primär auf den Sachverhalt, dass die von diesen Privaten übernommenen Aufgaben „in erheblichem Maße die politische Steuerungsfunktion der repräsentati-

ven demokratischen Organe“ beschränkt (37). Eine so verstandene Subsidiarität wird von den Autoren dem neuen Sozialstaatsverständnis, das von den BürgerInnen mehr Selbstsorge verlangt, zugeordnet (37); Privatisierung ist aber auch Ergebnis der „Privatisierungsformel“, nach der diese immer dann geboten ist, wenn dadurch Kostensenkungen möglich sind (38). Die verschiedenen Arten von Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben wird (38ff) anhand von vielen Beispielen dargestellt, nach Typen systematisiert und ansatzweise auch so weit wie möglich anhand von Daten quantitativ umrissen. Veranschaulicht wird die Trend für die Bereich Sport (44–47, Kultur (47–49), Soziales (49–50) und Ver- und Entsorgung (50–52). Für die These, dass kommunale Akteure diese Entwicklung nicht passiv erleiden, sondern eine aktive Rolle haben, ist die Liste der zehn Argumente für Privatisierungen aus Sicht von kommunalen Verwaltungsexperten erhellend, finden sich in ihr doch sowohl betriebswirtschaftliche Argumente als auch solche, die die Entmachtung politischer Gremien zugunsten von ExpertInnenentscheidungen explizit positiv bewerten (42). Wieweit die Entmachtung der politischen Institutionen tatsächlich geht, ist nach den Ergebnissen der Autoren abhängig von den gewählten Rechtsformen. Quantitativ scheinen die „formellen Ausgliederungen“ gegenüber den „materiellen Privatisierungen“ gegenwärtig zu überwiegen (53). Das europäische Wettbewerbsrecht spielt nach Ansicht der Autoren allerdings den Motor für eine weitere materielle Privatisierung, zumal sich erst dadurch wirklich wirtschaftlich interessante Expansionsfelder für (multinational agierende) Unternehmen ergibt (54). Für die politische Diskussion interessant ist die Tatsache, dass die Autoren unter der Überschrift der Privatisierung sich nicht auf diese vordergründigen ökonomischen Prozesse beschränken, sondern

dass sie zivilgesellschaftliche Konzepte der stärkeren „Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch die Einzelnen“ in den Blick nehmen. So können sie auch das Aufeinanderangewiesen-Sein von Marktliberalismus und Gemeinschaftssinn in Konzepten der Bürgergesellschaft verweisen und die Mängel demokratischer Legitimation solcher Formen der Privatisierung beschreiben (56f.). Dabei weisen sie auch auf die Paradoxien hin, die eine solche gesellschaftliche Entwicklung mit sich bringt: „Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sind es die Tendenzen zunehmender Individualisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lebensformen, die kaum Zeit, Mittel und Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement zulassen“ und wegen fehlender sozialrechtlicher Absicherungen sind auch nicht alle BürgerInnen in der Lage zur „Selbsthilfe und Mitgestaltung“ (58/59).

Der dritte Entwicklungsstrang, der die Veränderung der politischen Steuerungsformen bestimmt, wird von Wohlfahrt und Zühlke unter der Überschrift „Fragmentierung“ behandelt (60f.). Dort entwickeln sie einen Begriff vom „Konzern Stadt“ und der „Bürgerkommune“ als unterschiedliche Formen der „Diffusion kommunaler Steuerungsmacht“ (60). Beim „Konzern Stadt“ zeigen sie mit empirischem Material u.a., wie sich die finanziellen Gewichte zwischen kommunalem Verwaltungshaushalt und städtischen Beteiligungen an Unternehmen verschieben, wie „Stadtwerke (sich) zu Machtzentren innerhalb des Konzern Stadt“ entwickeln und wie über „Beteiligungscontrolling“ Kommunen im Sinne einer Gesamtsteuerung handlungsfähig zu bleiben versuchen (62f.). Die „Bürgerkommune“ wird von den Autoren als kommunales Leitbild verstanden, dass einem aktivierenden Staatsverständnis entspricht. Sie referieren Untersuchungsergebnisse zu der Entwicklung von Bürgerbeteiligungs-

verfahren, in denen sich zeigt, dass BürgerInnen als Auftraggebende, Kunden oder Beratende, selten aber als Entscheidende eine Rolle spielen. Einige Untersuchungen können auch die Instrumentalisierung von Bürgerpartizipation durch direkt gewählte Bürgermeister gegenüber dem Stadt bzw. Gemeinderat darstellen (vgl. 66–70). Weitere Elemente der Fragmentierung sind für die Autoren „Local Governance“ und Neoregionalismen. Mit „Local Governance“ ist gemeint, dass die Kommune sich als „Akteur unter Akteuren versteht und eine planende und koordinierende oder eine bloß moderierende oder makelnde Funktion ausübt“ (71). Auch hier wird mit Dahrendorf konstatiert, dass die „klassischen Institutionen der parlamentarischen Demokratie“ ausgehöhlt werden und ihre Rolle als Raum von Macht verlieren (72f.). Fehlende demokratische Kontrolle und Legitimation sind auch die Charakterisierungen der Autoren für regionale Planungs- und Entscheidungsinstanzen, denen Aufgaben von der kommunalen Ebene abgegeben werden (76). Diese Analysen werden im Kapitel „Destabilisierung des kommunalpolitischen Systems“ (77–95) nochmal konzentriert auf die im engeren Sinne kommunalpolitischen, demokratischen Fragen danach, welche Rolle den Räten und den BürgerInnen gegenüber Verwaltungen und anderen Institutionen bleibt, wenn der Kommunalhaushalt immer mehr zum Torso wird und gar nicht mehr den Status als zentrale Informations- und Getaltungsgrundlage besitzt. Auch die Stadt- und Raumentwicklung wird von den Autoren auf ihre Folgen für das Demokratie- und Staatsverständnis betrachtet. Mit Lutz Holzner, einem US-amerikanischen Geografen nehmen sie eine „Verinselung und Institutionalisierung des Lebens der Einzelbürger mit einhergehendem wachsendem Bedürfnis nach Privatraum bei gleichzeitiger Schwächung der Bedeutung des öffentlichen Raumes“ wahr

und mit Richard Sennett befürchten sie, dass der moderne, flexible Kapitalismus eine „Stadt ohne Gesellschaft“ hervorbringt, die eine Bürgerschaft im klassischen Sinne gar nicht mehr bilden kann (89). Die Aufgaben, die eine solche Bürgerschaft politisch zu bearbeiten hätte, werden im Kapitel „Sozialintegration als Steuerungsproblem“ beschrieben (96–120). Ausgehend von Mitscherlichs Norm der Stadt als „Biotop für freie Menschen“ werden verschiedene Aspekte städtischer Schrumpfungprozesse, soziale Ungleichheitsentwicklungen und darauf bezogene politische Strategien (von der „Sozialen Stadt“ bis „zero tolerance“) diskutiert. Die Möglichkeiten ihrer kommunal-demokratisch legitimierten Bearbeitung werden der Kernthese des Buches zufolge jedoch immer geringer und am Horizont zeichnet sich eine „ratlose Gemeinde“, eine „partizipative Demokratie ohne Rat“ ab (122). Die Untersuchungsergebnisse der Autoren verweisen einerseits auf den Trend einer Konzentration von kommunalpolitischer Steuerung auf die Ebene der Länder andererseits auf eine verstärkte Kommunalisierung gerade der Sozialpolitik, was angesichts der finanziellen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Gemeinden die sozialen Ungleichheitsentwicklungen verstärkt (124/125).

Im Schlusskapitel nehmen die Autoren sowohl die Frage des Verhältnisses von Sozialpolitik und kommunaler Daseinsvorsorge auf, als auch die Frage nach den Alternativen zur Entmachtung der kommunalen Rats-Demokratie. Die „investive Sozialpolitik“ des aktivierenden Staates setzt auf die „Herstellung bzw. Wiederherstellung individueller Wettbewerbsfähigkeit“ (Qualifikation, soziale und kommunikative Kompetenzen) (127/128). Diese Orientierung hat auch Konsequenzen auf der Ebene des lokalen Sozialstaats in den Kommunen. Wohlfahrt und Zühlke beobachten eine „notwendige Selektivität moderner Sozialpolitik“

(unproduktive – produktive, kinderlose – Familien mit Kindern) (129), eine „Neujustierung der Gerechtigkeitsdebatte“ weg von Verteilungsgerechtigkeit, Bindung von sozialer Gerechtigkeit an die Haushaltslage sowie Förderung privater Wohltätigkeit (129f). In den Kommunen werden die sozialen Spaltungsprozesse nicht nur augenfällig, sondern im „Spagat der Bedienung von vor- und nachrangigen Interessen, der Finanzmisere der Kommunalhaushalte und der interkommunalen Konkurrenz ist ziemlich klar, welche Interessen mit den knappen Mitteln von der Kommunalpolitik der meisten Städte primär bedient werden: die der Wirtschaft, die der einkommensstarken und kaufkräftigen Bürger und nicht die der immobilien, kostenaufwändigen Armutsbevölkerung“ (132). Spätestens hier drängt sich die „Forderung nach einer auf sozialen Ausgleich ausgerichteten Infrastrukturpolitik auf lokaler Ebene“ auf (133) und die Frage, inwieweit sie in dem von den Autoren skizzierten Rahmen überhaupt politisch formuliert werden kann. Als Handlungsmöglichkeiten mit zumindest „kompensatorischer Funktion“ werden verschiedene Partizipationsstrategien genannt: Partizipation von BürgerInnen, von Kommunalbeschäftigten. Aber auch Beteiligungsverwaltungen, die Verwaltung und Kommunalpolitiker für die Tätigkeit im Rahmen ausgegliederter Unternehmen qualifizieren, größere Handlungsautonomie der Kommunen im Rahmen übergeordneter Förderpolitik, Aufbau von demokratischen Kooperations- und Verhandlungsverfahren im Rahmen kommunaler Netzwerke sowie last not least der Erhalt der kommunalen Eigenproduktion werden genannt.

Das Buch ist eine äußerst kompakte Sammlung und Zusammenfassung von kommunalen und sozialpolitischen Entwicklungen. Das Politik- und Demokratieverständnis scheint manchmal geprägt von einem fast emphatischen Begriff von kommunaler, par-

lamentarischer Rats-Demokratie. Die richtige und notwendige Betonung von politischem Handeln als Alternative zur aktiven Auslieferungen an die Erfordernisse des marktwirtschaftlichen Primats ökonomischer Interessen bringt die Autoren so zuweilen nahe an ein wenig kritisches Verständnis repräsentativer kommunaler Demokratie. Zumindest in der Diskussion zu alternativen Handlungsmöglichkeiten – was ja nicht der Schwerpunkt des Buches ist – ist es dringend geboten, die Erfahrungen der verschiedenen sozialen und politischen Konflikte zu reflektieren, die auf kommunaler Ebene stattgefunden haben und stattfinden. Im Streit um die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten stellen sich ja immer politische Fragen nach der Qualität des kollektiven Konsums (z.B.

welche Bildung, Erziehung und Kultur für wen? Welche Gesundheitsversorgung für wen? Welche Mobilitätskonzepte für wen?), stellen sich Fragen nach Übereinstimmung und Konflikt zwischen Beschäftigteninteressen und NutzerInneninteressen und nicht zuletzt Fragen nach den geeigneten Verfahren kommunalpolitischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. Die Stärke des Buches liegt trotz der Kompaktheit in der Anstrengung, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, staatliche politische Regulationsstrategien und Veränderungen kommunaler Politik in einen analytischen Zusammenhang zu stellen.

Wolfgang Völker
Hellkamp 39
20255 Hamburg

Kleine Verlag aktuell

Wolfgang Braun und Matthias Nauerth (Hrsg.)

Lust an der Erkenntnis

Zum Gebrauchswert soziologischen Denkens für die Praxis Sozialer Arbeit

Impulse Werkstatt Fachhochschule, Band 14

2005, ISBN 3-89370-404-3, 250 Seiten, € 22,00 / SFr 38,60

- Fachkräfte der Sozialen Arbeit müssen ihr berufliches Handeln innerhalb des gesellschaftlichen (Verstrickungs-)Zusammenhangs wahrnehmen können. Doch nicht nur das: zudem müssen sie ihre Blickschärfe in den verschiedenen Arbeitsfeldern umsetzen. Dafür kann die Soziologie wichtige Beiträge leisten. Denn sie beschreibt den Menschen als soziales Wesen, das seine Geschichte selbst macht und die Verhältnisse durch Handeln erzeugt, verfestigt – aber auch verändern kann. Soziologie hat daher für die Soziale Arbeit einen herausragenden Gebrauchswert, weil sie den Blick auf die eigene gesellschaftliche Funktion, auf soziale Problemlagen und auf eine helfende Praxis schärft.
- In diesem Buch sind soziologische Texte versammelt, in denen Hinweise zu einer für die Soziale Arbeit nützlichen soziologischen Perspektive gegeben werden. Die Autorinnen und Autoren zeigen ihre eigene soziologische Denkart und Produktionsweise so auf, dass deren Gebrauchswert für eine Praxis Sozialer Arbeit kenntlich wird. Bei aller Unterschiedlichkeit ist den Texten gemeinsam, dass sie ein Zeugnis der Lust an soziologischem Denken geben und damit zum Denken im Horizont Sozialer Arbeit auffordern.
- Es ist das Anliegen dieses Buches, Soziale Arbeit zu einer lustvollen Praxis soziologischen Denkens zu verführen.

Wer gehört dazu?

Mark Terkessidis:

Die Banalität des Rassismus.

Migranten zweiter Generation

entwickeln eine neue Perspektive.

226 S. transcript Verlag,

Bielefeld 2004; 23,80 Euro

Wann eigentlich merkt eine Person, dass sie nicht dazugehört? Zum Beispiel Kemal: Ihm wurde bei seinem ersten Besuch auf der Ausländerbehörde mit sechzehn Jahren klar, dass er nicht dazugehört. Bis zu diesem Zeitpunkt, sagt er, „habe ich immer gedacht, dass ich dazugehöre“ (S. 173). Oder Nejla: „Durch mein Aussehen ist das immer die erste Frage, woher ich komme. Wenn ich dann (...) sage ‚Ich komme aus Kiel‘, dann kommt immer die Frage, woher ich wirklich komme“ (S. 181). Es sind diese scheinbar harmlosen Erlebnisse, denen Mark Terkessidis in seinem Buch nachspürt: Situationen, in denen Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und deren Gemeinsamkeit zunächst nur darin besteht, dass ihre Eltern nach Deutschland eingewandert sind, schlagartig deutlich gemacht wird, dass sie „anders“ sind und nicht dazugehören. „Viele der Interviewten“, so fasst der Autor zusammen, „haben während der Gespräche eine erste, exemplarische Szene beschreiben können – gewissermaßen eine ‚Urszene‘ –, welche plötzlich einen Abstand aufklaffen ließ zwischen dem einheimischen ‚Wir‘ und ihnen selbst. Der Eindruck, ‚anders‘ zu sein, verstärkte sich dann, je öfter sich ähnliche Erlebnisse wiederholten.“ (S. 173) Die Summe dieser alltäglichen Ausgrenzungserlebnisse macht die Banalität des Rassismus aus. Banal scheinen die einzelnen Erlebnisse; der Sachverhalt aber, der in ihnen erscheint, ist es nicht. Wer bei Rassismus nur an die Exzesse rechtsextremer Gewalt denkt, hat, so Terkessidis, nicht

begriffen, worin der eigentliche Skandal besteht: das normale Funktionieren gesellschaftlicher Kerninstitutionen hat rassistische Effekte. Es bringt überhaupt erst das „Objekt“ hervor, ohne das rechtsextreme Gewalt ziellos bliebe. Bevor der rechtsextreme Gewalttäter zur Tat schreiten kann, muss ein Teil der Bevölkerung als Gruppe – als „Fremde“ auf „unserem Territorium“ – bereits sichtbar gemacht worden sein. Und genau diese hierarchisierende Spaltung innerhalb der Bevölkerung, die sich im gesellschaftlichen Prozess vollzieht und die sich den davon Betroffenen in unzähligen, alltäglichen Vorkommnissen mitteilt, macht den Kern des Rassismus aus, dessen Folge dann eine rechtsextreme Gewalttat sein kann.

Um dies zu erkennen, bedarf es allerdings eines Perspektivenwechsels. Darauf bezieht sich der Untertitel des Buches: „Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive.“ Während sich fast die gesamte, vom einheimischen Mainstream dominierte Forschung über „Fremdenfeindlichkeit“ mit den „Tätern“ befasst, die Betroffenen aber nicht zu Wort kommen lässt, geht die neuere Rassismusforschung, für die in Deutschland z.B. die Arbeiten von Manuela Bojadzijev, Annita Kalpaka, Paul Mecheril und eben Mark Terkessidis stehen, von den Erfahrungen, den Widerständen und dem Wissen der Betroffenen aus. Dadurch aber erscheinen die Probleme nicht nur in einem anderen Licht, der Gegenstand der Forschung ist ein anderer: „Tatsächlich ist es (...) etwas völlig anderes, ob ich bestimmte Phänomene als ‚fremdenfeindlich‘ oder als rassistisch adressiere. Nehmen wir als Beispiel den Anschlag auf das Wohnhaus einer Familie türkischer Herkunft in Solingen zu Beginn der 90er Jahre. Wenn ich dieses Phänomen als ‚fremdenfeindlich‘ bezeichne, dann schwingen sofort bestimmte Voraussetzungen mit. Es gibt zwei Gruppen, ‚uns‘ und ‚die Frem-

den‘; die betroffene Familie war ‚fremd‘ und ihre ‚Fremdheit‘ war es, die bei den Tätern jene ‚Feindlichkeit‘ ausgelöst hat. Wenn ich die Anschläge jedoch rassistisch nenne, dann weise ich damit sofort auf zwei Merkmale hin: Zum einen wird davon ausgegangen, dass solche Anschläge die Zugehörigkeiten qua Gewalt gerade markieren wollen. Zum anderen kommt ein rassistisches Ereignis, wie Frantz Fanon einmal gesagt hat, in einer Gesellschaft nicht einfach vor – quasi zufällig –, sondern eine Gesellschaft ist rassistisch oder sie ist es eben nicht.“ (S. 40)

Dem Nachweis, warum ein Begriff wie „Fremdenfeindlichkeit“ – von „Ausländerfeindlichkeit“ gar nicht zu sprechen – analytisch unbrauchbar ist, gilt der erste Teil des Buches. Im zweiten befreit Terkessidis den Begriff Rassismus aus der ideologiezentristischen Verengung der traditionellen Rassismusforschung. Rassismus ist weder als Ideologie noch als Diskurs und schon gar nicht als „Vorurteil“ angemessen begriffen. Die These Fanons, dass eine Gesellschaft entweder rassistisch ist oder nicht, meint vielmehr, dass Rassismus die Qualität eines gesellschaftlichen Verhältnisses hat. Für Terkessidis stellt er ein strukturelles, die gesamte Gesellschaft durchwirkendes Ungleichheitsverhältnis dar, das selber ein Resultat moderner Gesellschaftsgeschichte ist. Als spezifisch modernes Phänomen hat Rassismus mit einem zentralen Exklusionsmodus der modernen, kapitalistischen Weltgesellschaft zu tun. Diesen Modus hat Immanuel Wallerstein auf die treffend paradoxe Formulierung „Ausschluss durch Einbeziehung“ gebracht. Indem Menschen aus peripheren Regionen z.B. durch Arbeitsmigration in die Sozialstruktur der reichen Zentren einbezogen werden, werden sie zugleich ausgeschlossen, unterliegen als „Ausländer“ einer Sondergesetzgebung und werden sozial „unterschichtet“. Zwar ist die praktische Mechanik des „Ausschlusses

durch Einbeziehung“ historisch und lokal sehr unterschiedlich. Dennoch lassen sich allgemeine Elemente benennen, die – so Terkessidis – den Rassismus als Gegenstand *sui generis* ausweisen: (1) Rassifizierung. Dies bezeichnet den Prozess, in dem aus Menschen durch Zuschreibung bestimmter Merkmale Mitglieder natürlicher Gruppen gemacht werden, also z.B. aus Migranten ethnische Minderheiten gemacht werden. (2) Ausgrenzungspraxis. Diese bezieht sich nicht nur auf die trivialen Gemeinheiten des Alltagsrassismus, sondern vor allem auf die institutionellen Diskriminierungen von Migranten am Arbeitsmarkt, durch das Staatsbürgerrecht und durch Bildungseinrichtungen wie z.B. die Schule. (3) Die differenzierende Macht. Selbstverständlich war diese in der offenen Gewalt untergegangener Kolonialsysteme ungleich deutlicher erkennbar als in demokratischen Einwanderungsgesellschaften. Gleichwohl zeigt sie sich auch in diesen – z.B. in der Macht, eine Ausweisung zu verfügen und eine Abschiebung zu exekutieren.

Dass die Institutionen des Arbeitsmarkts, der Staatsbürgerschaft und der kulturellen Hegemonie (von Bildungseinrichtungen wie Schule und Hochschule über Vereine, Kirchen bis hin zur industrialisierten Massenkultur) mächtige Instrumente der sozialen Schließung darstellen, lässt sich an den sozialen Lebenslagen der Arbeitsmigranten und ihrer Nachkommen in Deutschland, wie sie etwa in dem kürzlich vorgelegten „Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung dokumentiert sind, eindeutig belegen. Als so genannte „Gastarbeiter“ in den fünfziger und 80er Jahre in das ökonomische Segment unqualifizierter, schlecht bezahlter und unsicherer Arbeit integriert, durch den diskriminierenden und politisch entmündigenden, sonderrechtlichen Status des „Ausländers“ zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, gerieten sie in Positionen unterhalb der bereits existieren-

den Sozialstruktur, die sie bis heute mehrheitlich nicht verlassen konnten. Diese Prozesse der ökonomischen Unterschichtung und rechtlichen Sonderbehandlung haben, so Terkessidis, erst die Formen der sozialen Differenzierung in Deutschland hervorgerufen, die uns heute unter dem Label „ethnisch-kulturelle Differenzen“ im politischen und wissenschaftlichen Diskurs begegnen: „Der türkische Staatsangehörige (...), der die Bundesrepublik in den 60 Jahren als Arbeitskraft betrat, und ‚der Türke‘, der heute im Diskurs der ‚ethnischen Differenzierung‘ als Phantom durch die deutsche Gesellschaft spukt, haben (...) kaum mehr miteinander gemein als den Namen eines Herkunftslandes.“ (S. 65) Für die Nachkommen der Arbeitsmigranten ist aus der Unterschichtung vielfach Ausgrenzung geworden. Sie sind deutlich höher von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit betroffen als die autochthone Bevölkerung. Ihre Bildungs-, Berufs- und Einkommenschancen sind unübersehbar von sozialer Benachteiligung bestimmt. Und dieser Prozess hat sich, wie der bereits erwähnte, neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt, seit 1998 deutlich verschärft. Wie die institutionellen Praxen, die das „Fremde“ wie auch das „Eigene“ in einem Verhältnis der Ungleichheit hervorbringen, beschaffen sind, ist ein Problem der Rassismusforschung; wie diese Praxen mit rassistischen Wissensbeständen und Handlungsmustern vermittelt sind, ein weiteres. Beides zusammen, nämlich die praktische Einheit von institutioneller Diskriminierung und rassistischen Wissensbeständen, machen in ihrer jeweils konkreten, historischen Ausformung das aus, was Terkessidis im Rückgriff auf Überlegungen Michel Foucaults und Louis Althusser den „Apparat des Rassismus“ nennt.

Der Frage, wie sich die Normalität des Rassismus „ganz konkret in den Erlebnissen

der Migranten zweiter Generation“ (S. 210) niederschlägt, widmet sich Terkessidis im dritten, dem empirischen Teil seines Buches. Zweifellos sind Migranten Experten in eigener Sache. Dennoch stellen sich hier methodische Probleme besonderer Art. Zum einen verletzt das Wissen der Migranten über Rassismus das positive Selbstbild vieler Einheimischer und löst gewöhnlich entsprechend heftige Abwehrreaktionen aus: „So werden die Deutungen der Migranten als ‚überempfindlich‘, zu subjektiv oder gar als Beleidigung disqualifiziert.“ (S. 117) Zum anderen erscheinen den Migranten Diskriminierungen mitunter als so selbstverständlich, dass sie diese für nicht erwähnenswert halten. Durch diese Disqualifizierung des Wissens über Rassismus einerseits, durch die Nicht-Beachtung von Diskriminierungen andererseits ist in qualitativen Erhebungen zu erwarten, dass Migranten auf die Frage nach rassistischen Erlebnissen eher ausweichend und verharmlosend antworten werden. Terkessidis versucht dieser Schwierigkeit Rechnung zu tragen, indem er in seinen Interviews eine Mischstrategie aus Anamnese, narrativer und problemzentrierter Befragung verfolgt. Ausgehend von den Lebenslaufdaten der Interviewten fragt er nach konkreten Erlebnissen rassistischer Situationen, um schließlich das generelle Wissen über Rassismus zu thematisieren. In der Auswertung zeigt sich, dass zwar alle Interviewten – fünf Frauen und fünf Männer sowie ein Gruppengespräch mit acht Schülerinnen einer Gesamtschule – über erlebte rassistische Situationen im Alltag zu berichten wussten. Auch waren alle Befragten der Auffassung, „dass es sich bei Rassismus nicht um das Problem von verirrten Einzelnen handele, sondern dass Rassismus den Charakter eines Systems habe“ (S. 119). Aber ein generelles Wissen über Rassismus konnte Terkessidis – im Unterschied zu einer ähnlichen Studie, die Philomena Essed

für die Niederlande und die USA durchgeführt hat – in seinen Interviews nicht erkennen: „Die meisten Befragten haben sich ihr epistemisches Wissen über Rassismus quasi im Alleingang angeeignet – es gibt unter Migranten hierzulande kaum explizite, geteilte Wissensbestände. Oft ist die Wahrnehmung von Rassismus kaum mehr als ein Gefühl.“ (S. 118) Zweifellos spiegelt sich noch in diesem Nicht-Wissen der Betroffenen die erschreckende Ignoranz wider, die die politische Kultur in Deutschland insgesamt angesichts rassistischer Sachverhalte kennzeichnet.

Der empirischen Untersuchung von Terkessidis müssen weitere folgen. Dennoch ist sein Buch ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Rassismusforschung in Deutschland, die sich endlich etablieren muss. Zum ersten Mal im deutschsprachigen Raum wird hier in systematischer Perspektive über Gegenstand und Methode einer gegenwarts- und strukturbezogenen Rassismusforschung nachgedacht. Dadurch gelingt es Terkessidis, Anschluss an die internationale Rassismusforschung zu gewinnen. Bekanntlich hat die Identifizierung von Rassismus mit nazistischer „Rassepolitik“ dazu geführt, dass in Deutschland der Begriff des Rassismus für die Beschreibung und Erklärung von aktuellen Phänomenen lange Zeit nicht verwendet werden konnte. Dass diese Tabuisierung des Begriffs verheerende Folgen für die Forschung und auch für die politische Praxis hatte, ist heute für

jeden, der sich ernsthaft mit den sozialen Problemlagen der so genannten Migranten zweiter Generation beschäftigt, unübersehbar. Die sonderbaren Ersatz-Gegenstandsbestimmungen – „Ausländerfeindlichkeit“, „Fremdenfeindlichkeit“ – haben, wie Terkessidis noch einmal treffend aufzeigt, zu völlig falschen Problembeschreibungen geführt. Darin liegt der große Erkenntniswert des Buches. Es gibt kein anderes Buch in deutscher Sprache, das so überzeugend das Klischee zurückweist, der Rassismusbegriff sei moralisch überlastet und analytisch unbrauchbar, wie das von Terkessidis. Als gesellschaftliche Strukturkategorie sorgt der Begriff des Rassismus vielmehr für eine realistische Perspektive – und zwar sowohl in der Forschung als auch in der Praxis. Denn hat man erst einmal verstanden, welche Mechanismen es sind, die Teile der Bevölkerung durch Einbeziehung ausschließen, dann kann man auch politisch intervenieren – ohne freilich der Illusion zu unterliegen, das fest in den gesellschaftlichen Strukturen verankerte Ensemble rassistischer Praxen und Wissensbestände werde von heute auf morgen verschwinden.

*Prof. Dr. Wolfram Stender
Studiengang Sozialwesen
Evangelische Fachhochschule Hannover
University of Applied Sciences
Blumhardtstr. 2
D-30625 Hannover*

12. Münchner kinder- und jugendpsychiatrisches Frühjahrs-symposium über Entwicklungsstörungen Prävention von Entwicklungsstörungen

Vorbeugung von Störungen der kindlichen Entwicklung ist eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Manche Störungsbilder, wie geistige Behinderungen infolge einer Phenylketonurie oder choreoathetotische Bewegungsstörungen durch eine Neugeborenen-Gelbsucht, sind praktisch verschwunden. Andere allerdings sind bislang kaum zu verhindern und treten nach wie vor in unveränderter Häufigkeit auf. Anliegen der Tagung ist es, Bilanz zu ziehen und die Effektivität einzelner Präventionsmaßnahmen kritisch zu hinterfragen. Die Schwerpunkte bei der Prävention haben sich von medizinischen hin zu psychosozialen Interventionen verschoben. Dementsprechend werden auch auf diesem Symposium Anstrengungen zur Verhinderung von Fehlentwicklungen des Bindungs- und Sozialverhaltens ein zentrales Thema sein. Des Weiteren sollen Möglichkeiten zur Vorbeugung motorischer und kognitiver Entwicklungsstörungen diskutiert werden. Wir hoffen, dass die Tagung dazu beiträgt, effektiven Präventionsprogrammen zu einer flä-

chendeckenden Verbreitung zu verhelfen. Durch eine konsequente Vorbeugung könnten vielen entwicklungsgefährdeten Kindern zeitaufwändige und belastende Interventionen erspart und eine unkompliziertere Kindheit ermöglicht werden.

Wir möchten Sie einladen, sich an der Diskussion dieses für die Praxis so wichtigen Themas zu beteiligen.

Termin:

Samstag, den 11.03.06 9:30 bis 16:00 Uhr

Tagungssekretariat:

Frau E. Maier,

Institut für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie,

Nußbaumstr. 7, 80336 München,

Fax: 0 89/51 60-47 56

E-mail: sekramb.kjp@lrz.uni-muenchen.de

Anmeldung über Internet:

<http://www.kjp.med.uni-muenchen.de>

Tagungsort und Tagungsbüro:

Audimax der LMU,

Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München

Teilnahmegebühr: 30,00 Euro

Teilnahmebescheinigungen werden

auf Wunsch im Tagungsbüro ausgestellt.

Um Anmeldung wird bis zum

01.02.2006 gebeten.

14. Hochschultage Berufliche Bildung 2006 Berufliche Bildung, Innovation und Soziale Integration

Das Rahmenthema „Berufliche Bildung, Innovation und soziale Integration“ greift ein zentrales und zukunftsrelevantes Thema der deutschen und europäischen Berufsbildungsdiskussion auf. Die Hochschultage Berufliche Bildung sind ein Forum für den Austausch von Erfahrungen, Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, aber auch von Ideen und Konzepten aller an der Berufsbildung Beteiligten. In kaum einer anderen gesellschaftlichen Sphäre sind die Verhältnisse und Strukturen in den europäischen Ländern so verschieden wie in der beruflichen Bildung. Und zugleich ist der Druck besonders hoch, die Freizügigkeit und Mobilität der Beschäftigten durch eine Berufsbildung zu fördern, die sich zunehmend zu einer europäischen entwickelt. Das Thema der Europäisierung der beruflichen Bildung wird in vielen der Einzelveranstaltungen unter verschiedensten Aspekten aufgegriffen werden.

Das Tagungsmotto soll dazu beitragen, in der Diskussion über berufliche Bildung einen

Perspektivwechsel zu befördern. Die breite Debatte um die „Versorgung von Jugendlichen“ mit Ausbildungsplätzen hat den Blick dafür gestellt, dass berufliche Bildung zuallererst bedeutet, Jugendliche zu befähigen, die Arbeitswelt mit zu gestalten und dazu beizutragen, Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu verstärken. Natürlich kommt dabei der Frage nach den Entwicklungs- und Karrierechancen der Fachkräfte eine gleichgewichtige Bedeutung zu.

Termin:

15. März 2006 bis 17. März 2006

*Ort: Universität Bremen,
Bibliothekstraße 1,
28359 Bremen*

Kontakt:

*Peter Kaune
(Geschäftsführer der Hochschultage 2006),
Institut Technik und Bildung,
Universität Bremen,
Am Fallturm 1,
D-28359 Bremen
E-mail: pkaune@hochschultage-2006.de
Internet: www.hochschultage-2006.de*

5. Osnabrücker Kongress „Bewegte Kindheit“ Bildung braucht Bewegung – auf den Anfang kommt es an

Kinder brauchen Bewegung! Bewegung ist Ausdruck ihrer Lebensfreude, ihrer Vitalität und ihres Bedürfnisses nach Selbsttätigkeit und Aktivität. Um sich gesund zu entwickeln und ihre Fähigkeiten zu erweitern benötigen Kinder täglich ausreichende Bewegungsmöglichkeiten.

Bewegung ist aber auch Motor des Lernens. Über ihren Körper und ihre Sinne begreifen Kinder die Welt, erkennen Zusammenhänge und erwerben die Voraussetzungen für Selbstständigkeit und Selbstvertrauen. Damit gehören Bewegung, Spiel und Sport zu den unverzichtbaren Bestandteilen von Erziehung und Bildung. Sie gewinnen heute mehr als je zuvor an Bedeutung: Bewegungsmangel wird zunehmend zu einem zentralen Risikofaktor in unserer Gesellschaft, ins-

besondere im Kindesalter sind damit weit reichende negative Folgen für die Entwicklung verbunden. Der 5. Osnabrücker Kongress „Bewegte Kindheit“ wird sich mit den Chancen von Bewegung, Spiel und Sport für die Bildung und Gesundheit von Kindern befassen.

In ca. 120 Vorträgen, Seminaren, Workshops und Diskussionsforen werden neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorgestellt, pädagogische Ansätze einer Erziehung durch Bewegung diskutiert und praktische Anregungen für die Gestaltung der Bewegungserziehung gegeben.

Termin: 23.03. bis 25.03.2006

Tagungsort: Universität Osnabrück, u.a.

Anmeldung:

Universität Osnabrück,

Kongress „Bewegte Kindheit“,

Postfach 4469, 49069 Osnabrück

Kontakt: kindheit@uni-osnabrueck.de

Deutscher Fürsorgetag 2006 „Mut zur sozialen Verantwortung!“

Der 77. Deutsche Fürsorgetag findet unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Köhler statt. Unter dem Motto „Mut zur sozialen Verantwortung!“ treffen sich drei Tage lang Expertinnen und Experten aus allen sozialen Arbeitsfeldern – der Wissenschaft, Politik und Praxis – zum Informations- und Erfahrungsaustausch. Studenten und die interessierte Öffentlichkeit erhalten einen Einblick in die sozialpolitischen Entwicklungen Deutschlands.

Termin: 03.05. bis 05.05.2006

*Ort: CCD. Congress Center Düsseldorf,
Stockumer Kirchstr. 61, 40474 Düsseldorf*

*Kontaktadresse:
Deutscher Verein für öffentliche und
private Fürsorge, DFT-Veranstaltungsteam*

*E-mail: dft@deutscher-verein.de
Internet: <http://dft.deutscher-verein.de/>*

aktuell

Ingeborg Wender (Hrsg.)

Psychologinnen als Grenzgängerinnen im Fokus Geschlecht

2005, ISBN 3-89370-401-9
180 Seiten, € 19,80 / SFr 34,80

Zwar haben Frauen sich längst mit ihrer Kompetenz erfolgreich in der akademischen Wissenschaft, insbesondere auch im Fach Psychologie integriert, aber die höheren Positionen bleiben ihnen nach wie vor größtenteils versperrt. Somit bedarf es auch heute noch der Herausstellung von Wissenschaftlerinnen, um sie in den Blick der Achtsamkeit zu nehmen und zu ihrer höheren Akzeptanz in der „science community“ beizutragen.

Im vorliegenden Band stehen Psychologinnen mit ihren sehr verschiedenen Forschungsthemen, die durch die Klammer Geschlecht zusammengebunden werden, im Blickpunkt. Die Beiträge zeichnen sich durch einen interdisziplinären Zuschnitt aus, der unterschiedliche Grenzgebiete der Psychologie berührt. Die bearbeiteten Themen umfassen ein breites Spektrum: Mädchen und Technik, Hochbegabung, Koedukation, Einstellungen zum Körper, Mobilität und Kriminalität. Der letzte Beitrag des Bandes beschäftigt sich mit der Lage der Frauen im Fach Psychologie.

Kleine Verlag
Kleine Verlag

Widersprüche

Eine Übersicht über alle noch lieferbaren Bände der Widersprüche unter www.widersprueche-zeitschrift.de und www.kleine-verlag.de

Lieferbar sind u.a.:

Heft 67: Multioptionale Männlichkeiten?
132 Seiten, € 11,00

Heft 68: '68 wird 30. Zur Kontinuität eines Bruches
116 Seiten, € 11,00

Heft 69: Soziale Politiken International
116 Seiten, € 11,00

Heft 70: abseits fallen.
Abstieg bis zum Ausschluß?
108 Seiten, € 11,00

Heft 71: Biologisierung des Sozialen?
112 Seiten, € 11,00

Heft 72: Glücklose Arbeit – Arbeitsloses Glück. Zum gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Arbeitslosigkeit
123 Seiten, € 11,00

Heft 73: Transversale Bildung – wider die Umbilden der Lerngesellschaft
120 Seiten, € 11,00

Heft 74: 1989 – 1999 – 2010:
Brüche und Reformperspektiven
198 Seiten, € 11,00

Heft 75: Der „Dritte Sektor“:
Modernisierung von Markt und Staat?
118 Seiten, € 11,00

Heft 76: Zivilgesellschaft von oben.
Regulation der Kooperation
118 Seiten, € 11,00

Heft 77: Der kontraktuelle Sozialstaat –
Herrschaft des Managements?
Ende der Profession?
112 Seiten, € 11,00

Heft 79: Alles im Griff. Prävention als
Sozialtechnologie
118 Seiten, € 11,00

Heft 80: Wir können auch anders –
Soziale Utopie heute
116 Seiten, € 11,00

Heft 81: Da war doch was ...!? Zugänge zur
Erinnerung an Nazizeit
116 Seiten, € 11,00

Heft 82: Raum-Effekte. Politische Strategien
und kommunale Programmierung
128 Seiten, € 11,00

Heft 83: Zur globalen Regulierung des
Bildungswesens
128 Seiten, € 11,00

Heft 84: Der oder die Sozialstaat? Doing
Gender europäischer Wohlfahrtsregime
108 Seiten, € 11,00

Heft 85: Politische Bildung – Bildung des
Politischen?
120 Seiten, € 11,00

Heft 86: Safety first – Smile you're on camera
132 Seiten, € 11,00

Heft 87: Selbsttechnologien –
Technologien des Selbst
104 Seiten, € 11,00

Heft 88: Neo-Diagnostik –
Modernisierung klinischer Professionalität?
136 Seiten, € 11,00

Heft 89: Zum Umbau von Bildung und
Sozialstaat
124 Seiten, € 11,00

Heft 90: Noch auf Kurs? – Zehn Jahre
'Neue Steuerung' in der Jugendhilfe
116 Seiten, € 11,00

Heft 91: Scheiternde Erfolge oder:
Die Früchte politischer Emanzipationsprojekte
116 Seiten, € 11,00

Heft 92: Familienunternehmen –
zur neoliberalen (Neu)Ordnung der Familie
136 Seiten, € 11,00

Heft 93: Eliten-Schwindel. Gesellschaft
zwischen Demokratisierung und Privilegierung
92 Seiten, € 11,00

Heft 94: Kampf ums Herz.
Neoliberale Reformversuche und Macht-
verhältnisse in der ‚Gesundheits-Industrie‘
104 Seiten, € 11,00

Heft 95: Genders neue Kleider?
Dekonstruktivistischer Postfeminismus,
Neoliberalismus und die Macht
130 Seiten, € 11,00

Heft 96: Jenseits von Status und Expertise:
Soziale Arbeit als professionelle Kultur
128 Seiten, € 11,00

Heft 97: Politik des Sozialen – Alternativen
zur Sozialpolitik. Umriss einer Sozialen
Infrastruktur
160 Seiten, € 11,00

Kleine Verlag
Kleine Verlag